Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft

am Beispiel der Erhaltung von Streuobstbeständen im Bezirk Hartberg in der Oststeiermark

Masterarbeit
aus dem Studium Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur

Eingereicht von:
Mag.phil. Katharina Kerschhofer Bakk.techn.
Matrikelnummer: 0505563
Studienkennzahl: 066 419

Betreuerinnen:
a.o.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.nat.techn. Christiane Brandenburg
Institut für Landschaftsentwicklung, Erholungs- und Naturschutzplanung
Department für Raum, Landschaft und Infrastruktur

a.o.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.nat.techn. Monika Kriechbaum
Institut für Integrative Naturschutzforschung
Department für Integrative Biologie und Biodiversitätsforschung

Universität für Bodenkultur
Wien, Juni 2013

Vorwort

Viele Personen haben zum Gelingen der vorliegenden Arbeit beigetragen. Ihnen möchte ich an dieser Stelle danken:

Allen Gesprächspartnern, die mich mit wertvollen Informationen versorgten, allen voran die Landwirte, mit denen ich Interviews führen konnte.

Meinen beiden Betreuerinnen, Frau a.o.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.nat.techn. Christiane Brandenburg und Frau a.o.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.nat.techn. Monika Kriechbaum, für die konstruktiven Gespräche und ihre wertvolle und stets prompte Hilfestellung.

Meiner Korrekturleserin Frau Jeanine Lefèvre MA, für ihre Unterstützung, v.a. in der Endphase dieser Arbeit sowie meinem übrigen Freundeskreis, insbesondere Frau Dr. Sonja Loidl, ohne die es diese Danksagung nicht gäbe.

Meiner Familie, für ihre Unterstützung und ihren Rückhalt während meiner gesamten Studienzeit.

In dieser Arbeit wird auf gendergerechte Formulierung aufgrund der besseren Lesbarkeit verzichtet. Selbstverständlich sind sowohl Männer als auch Frauen im generischen Maskulinum inkludiert.

Wien, im Juni 2013

Kurzzusammenfassung

Durch die Etablierung des Vertragsnaturschutzes, allen voran des ÖPUL als sein breitenwirksamstes Instrument, ist der Naturschutz in Österreich zum großen Teil von der Bereitschaft der Landwirte, an einem Naturschutzprogramm teilzunehmen, abhängig. Es ist daher wichtig, die Faktoren für die Akzeptanz eines Programms zu kennen, um sie beeinflussen zu können.

In der Akzeptanzforschung werden diese Faktoren meist in subjekt-, objekt- und kontextbezogene Faktoren unterteilt. Darüber hinaus ist die Akzeptanz selbst Teil der Vertragsnaturschutzimplementierung allgemein. Referenzstudien zeigen, dass neben finanziellen Vorteilen durch die Teilnahme an einem Programm auch Faktoren wie die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit der Bewirtschaftungsweise des Betriebs sowie die Kooperation mit zuständigen Behörden eine Rolle für die Akzeptanz eines Vertragsnaturschutzprogramms spielen.

Für die vorliegende Arbeit wurden 15 Landwirte im Bezirk Hartberg in der Oststeiermark zu ihrer Teilnahme am ÖPUL und insbesondere der Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen“ mittels eines Leitfadeninterviews befragt. Das so gewonnene Material wurde anschließend mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Dabei konnte festgestellt werden, dass wirtschaftliche Faktoren wie Rentabilität und der Erhalt einer Förderung eine große Rolle spielen, aber auch die Einstellung der Teilnehmer zum Förderwesen und den Streuobstwiesen sowie emotionale Faktoren wie die Verbundenheit zu dieser Kulturlandschaft wichtig sind. Obwohl die Einstellung zum Naturschutz grundsätzlich eine positive ist, fehlt konkretes Wissen dazu oft. Zu viel Bürokratie, zu komplexe Regelungen und schlechte Erfahrungen mit zuständigen Behörden führen zu Unzufriedenheit mit dem Programm. Die Verbesserung der Kooperation mit und Information durch die Behörden sind ein wichtiger Faktor für den langfristigen Erfolg von ÖPUL, wie auch im Vergleich mit den Referenzstudien bestätigt wurde.

Abstract

Since voluntary agri-environmental schemes have been established in Austria, ÖPUL becoming its most important instrument, nature protection in this country has depended in large parts on the willingness of farmers to participate in such schemes. It is therefore of utmost importance to know the factors that influence the acceptance of agri-environmental scheme participation.

Research on acceptance has divided those factors into groups depending on whether they are in relation to its subject, its object or its context. Furthermore, acceptance itself is part of the implementation of agri-environmental schemes in general. Case studies show that, in addition to financial advantages of participating in such scheme, other factors, such as the compatibility of the chosen measures with the existing farming system and the relationship with the authorities in charge play an important role.

This master thesis includes the results of 15 interviews with farmers in the district Hartberg in eastern Styria, where they were asked about their participation in ÖPUL and especially the measure "Erhaltung von Streuobstbeständen" – the conservation of meadow orchards. The thus obtained material has then been analysed following the qualitative content analysis. The results show that economic factors such as cost-effectiveness and subsidy payments play an important role but the personal attitude of participants regarding subsidy and meadow orchards as well as emotional factors such as the solidarity for this cultured landscape are equally important. Although farmers showed overall a positive attitude towards nature protection there is often a lack of concrete knowledge. Too much bureaucracy, regulations that are too complex and bad experiences with authorities in charge lead to dissatisfaction with the programme. Improving the cooperation with and information offered by the authorities are an important factor for the long-term success of ÖPUL, as case studies show as well.

Inhaltsverzeichnis

1. Problemstellung und Zielsetzung 1

2. Stand der Forschung 3

2.1. Vertragsnaturschutz 3

2.1.1. Historische Entwicklung des Vertragsnaturschutzes 4

2.1.2. Rechtliche Bestimmungen auf EU-Ebene 5

2.1.3. ÖPUL 7

2.2. Akzeptanzforschung 10

2.2.1. Definitionen 10

2.2.2. Akzeptabilität – Sozialverträglichkeit – Entstehung von Akzeptanz 10

2.2.3. Akzeptanzrelevante Faktoren im Naturschutz 12

2.2.4. Zusammenfassung wichtiger Akzeptanzfaktoren 15

2.2.5. Akzeptanz als Teil der Vertragsnaturschutzimplementierung 16

2.3. Referenzstudien 20

2.3.1. Die Akzeptanz des ÖPUL 2000 – Mid-Term Evaluierung 2003 20

2.3.2. Akzeptanz der ÖPUL-Naturschutzmaßnahmen 23

2.3.3. Natura 2000 und ÖPUL 24

2.3.4. Zusammenfassende Darstellung der Referenzstudien 25

2.4. Hypothesen 27

3. Datengrundlagen und Methode der Erhebung und Auswertung 28

3.1. Beschreibung des Untersuchungsgebiets Hartberg 28

3.1.1. Hartberg – Portrait des Bezirks 28

3.1.2. Landwirtschaftliche Betriebe in der Region 31

3.1.3. ÖPUL-Teilnehmer im Bezirk Hartberg 32

3.2. Beschreibung des Untersuchungsgegenstands Streuobstbestände 34

3.2.1. Förderung von Streuobstbeständen im ÖPUL 34

3.2.2. Definitionen und Funktionen von Streuobstbeständen 34

3.2.3. Bedeutung von Streuobstwiesen im Bezirk Hartberg 37

3.3. Leitfadeninterview 38
3.4. Kontaktaufnahme und Durchführung der Interviews 40
3.5. Qualitative Inhaltsanalyse 43
3.5.1. Bestimmung des Ausgangsmaterials 43
3.5.2. Fragestellung der Analyse 44
3.5.3. Ablaufmodell der Analyse und Analysetechnik 45
4. Ergebnisse 47
4.1. Statistische Informationen zu den teilnehmenden Betrieben 47
4.2. Gründe für die Akzeptanz 50
4.2.1. Wirtschaftliche Faktoren 50
4.2.2. Ideologische Faktoren 54
4.2.3. Kontextbezogene Faktoren 59
4.2.4. Emotionale Faktoren 61
4.2.5. Meinung und Wissen über naturschutzfachliche Faktoren 66
4.2.6. Information durch und Kooperation mit Behörden 69
4.2.7. Zusammenfassende Darstellung 73
4.3. Langfristiger Erfolg und Zufriedenheit mit ÖPUL 76
4.3.1. Wirksamkeit des Programms 76
4.3.2. Zufriedenheit 81
4.3.3. Wünsche und Verbesserungsvorschläge 84
5. Diskussion und Schlussfolgerungen 88
5.1. Diskussion der Methoden 88
5.2. Diskussion der Ergebnisse 91
6. Abbildungsverzeichnis 97
7. Tabellenverzeichnis 97
8. Literaturverzeichnis 98
9. Anhänge 102
9.1. Interviewleitfaden 102

1. Problemstellung und Zielsetzung

Klassischer, arten- und flächenbezogener Naturschutz stößt durch seinen segregierenden Ansatz vielerorts an seine Grenzen, da Naturschutzbereiche von Produktionsgebieten getrennt werden. Durch den Aufschwung des Vertragsnaturschutzes in den vergangenen Jahrzehnten erfolgte die Integration von Naturschutzzielen in Flächennutzungen wie der Landwirtschaft und ermöglichte somit Naturschutz auf der Gesamtfläche. (vgl. PRILIPP 1997: 138; 160)

Die Landwirtschaft fungiert aus naturschutzfachlicher Sicht einerseits als Erhalterin der Kulturlandschaft, zerstört in ihrer intensiven Form allerdings oft die Natur, aus der sie schöpft. Landwirte sind dabei oft zwischen wirtschaftlichen Zwängen, rechtlichen Vorgaben und naturschützerischen Maßnahmen hin- und hergerissen. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 70) Der klassische, arten- und flächenbezogene, durch Bewilligungs- und Anzeigepflichten geprägte, hoheitliche Naturschutz kann diese Gegensätze oft nicht vereinen. Vertragsnaturschutz kann dahingehend als ergänzendes Instrument des Naturschutzes dort ansetzen, wo die Schwächen des klassischen Naturschutzes liegen. Seine Bedeutung resultiert so aus seiner Rolle als konsensförderndes Instrument des integrativen Naturschutzes, durch seine Einbindung der Landwirtschaft in die Naturschutzarbeit und damit dem aktiven Ansatz als landschaftspflegerisches Naturschutzinstrument außerhalb definierter Schutzgebiete. (vgl. BRANDL 1994: 6; 21) Vertragsnaturschutz siedelt sich dort an, wo Maßnahmen als freiwilliges Abkommen zum Schutz der Natur gemeinsam zwischen Fördergeber und Fördernehmer getroffen werden. Um landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaften wie jene der Oststeiermark, die als Untersuchungsgebiet fungiert, in seiner Vielfalt zu erhalten, ist die Teilnahme von Landwirten an Vertragsnaturschutzprogrammen wie dem ÖPUL (dem Österreichischen Programm für umweltgerechte Landwirtschaft), welche die Natur und Landschaft schützen sollen, von großer Bedeutung.

Die vorliegende Arbeit soll dieses Wechselspiel beleuchten und die Beweggründe für eine Teilnahme an Vertragsnaturschutzprogrammen herausfinden. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, mithilfe von Interviews mit an einer konkreten Maßnahme des ÖPUL (Erhalt von Streuobstbeständen) teilnehmenden Landwirten herauszufinden, welche Faktoren die Akzeptanz von ÖPUL im Allgemeinen und der ausgewählten Schutzmaßnahme im Speziellen beeinflussen. Als Teil dieser Forschungsfrage soll auch versucht werden, Indizien dazu zu erlangen, welchen Stellenwert Naturschutz bei in der Landwirtschaft tätigen Personen hat.

Zu diesem Zweck wurde zunächst eine Literaturrecherche durchgeführt, in deren Fokus die Suche nach theoretischen Grundlagen zur Akzeptanz und die Auswahl von geeigneten Referenzstudien standen. Die vorliegende Arbeit orientiert sich sowohl die Methode als auch den Inhalt der Forschung betreffend an diesen Untersuchungen, wird aber zudem verstärkt auf regionale Aspekte

eingehen. Neben Fragen zu den Gründen für eine Teilnahme an ÖPUL soll auch untersucht werden, ob ÖPUL generell als ein sinnvolles Instrument angesehen wird, um Lebensräume, insbesondere Streuobstwiesen und darin vorkommende Arten im Untersuchungsgebiet, dem Bezirk Hartberg, zu schützen. Durch eine Zusammenfassung von Vorschlägen der Interviewpartner kann außerdem eine Grundlage geschaffen werden, die zur Erarbeitung von Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der Neuauflage von ÖPUL nach der 2013 endenden Periode herangezogen werden kann.

2. Stand der Forschung

In diesem ersten Teil der vorliegenden Arbeit soll Verständnis für grundlegende Konzepte und Begriffe wie Vertragsnaturschutz, ÖPUL und Akzeptanz entwickelt werden.

2.1. Vertragsnaturschutz

In Österreich wird behördlicher Naturschutz unterteilt in den hoheitlichen Naturschutz einerseits und den Vertragsnaturschutz auf der anderen Seite. Im Unterschied zum hoheitlichen Naturschutz basiert der Vertragsnaturschutz auf freiwilliger Basis und wird nicht mit Befehls- und Zwangsgewalt durchgesetzt. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 4-5; WELAN 2005: 100)

Hoheitlicher Naturschutz kann so z.B. bestimmte Maßnahmen, welche Natur und Landschaft beeinträchtigen, per Gesetz verbieten bzw. sie an eine Bewilligungs- oder Anzeigepflicht binden. Des Weiteren werden durch hoheitlichen Naturschutz „von oben herab", ohne Mitbestimmungsmöglichkeit, Gebiets- und Artenschutzverordnungen erlassen und Bescheide ausgestellt. (vgl. BRANDL 1994: 10)

Beim Vertragsnaturschutz wird hingegen zwischen Grundeigentümern bzw. Nutzungsberechtigten und der zuständigen Naturschutzeinrichtung auf freiwilliger Basis ein Vertrag geschlossen, in welchem festgelegt ist, welche Maßnahmen im Dienste des Natur- und Landschaftsschutzes zu setzen bzw. welche Eingriffe zu unterlassen sind. Für die erbrachte Leistung erhalten die Flächenbewirtschaftenden ein entsprechendes Entgelt. (vgl. BRANDL 1994: 19; PENKER ET AL. 2004: 4-5).

Folgende drei Faktoren kennzeichnen zusammenfassend den Vertragsnaturschutz:

- Die Freiwilligkeit des Vertragsabschlusses
- Die Kompensation von Nachteilen, die dem Bewirtschafter entstehen, sowie von Naturschutzleistungen, die er erbringt
- Die Handlungsorientierung, also das Ziel des aktiven Handelns (z.B. durch Pflege- oder Gestaltungsmaßnahmen) des Bewirtschafters. (vgl. PENKER 2001: 9)

Diese Unterteilung einerseits nach Trägerschaft (behördlicher – privater Naturschutz) und nach rechtlichen Kriterien andererseits (hoheitlicher Naturschutz – Vertragsnaturschutz) (vgl. KORNFELD 2001: 4) ist in Abbildung 1 dargestellt.

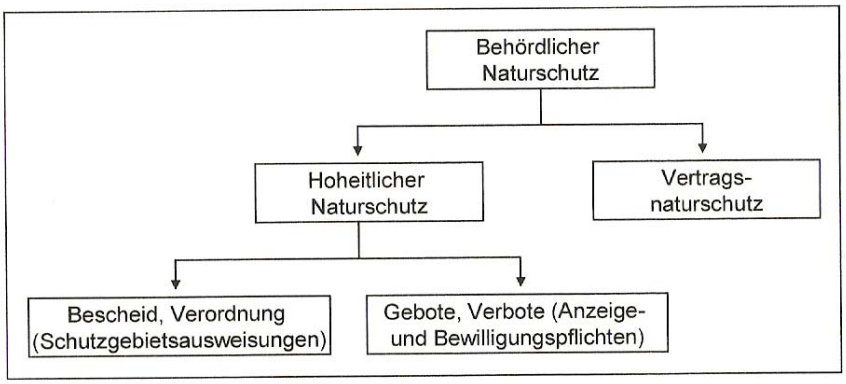


Abbildung 1: Alternativen des behördlichen Naturschutzes
(PENKER et al. 2004:5)

In Österreich fallen gemäß Art. 15 Abs. 1 B-VG alle Angelegenheiten des Natur- und Landschaftsschutzes, sowohl was die Gesetzgebung als auch die Vollziehung betrifft, in den alleinigen Wirkungsbereich der Länder. (vgl. BRANDL 1994: 9) Daher gibt es auch bezüglich des Vertragsnaturschutzes unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Landesgesetzen. Ergänzend zu hoheitlichen Naturschutzinstrumenten, die rechtlich in den Landesgesetzen verankert sind, gibt es in den meisten Bundesländern auch eine Verankerung des Vertragsnaturschutzes im Landesrecht. Eine Ausnahme bildet das Kärntner Naturschutzgesetz, das keinerlei Bestimmungen zu Vertragsnaturschutz beinhaltet. Das für die vorliegende Arbeit relevante Bundesland Steiermark hat in seinem Naturschutzgesetz von 1976 in §30 Abs 3 eine Regelung zur Festsetzung von Art und Höhe von Förderungen per Bescheid festgeschrieben. Streng rechtlich müsste hierbei von hoheitlichem Naturschutz zu sprechen sein, da aber die Übergänge zwischen diesem und dem privatwirtschaftlichen Regelungen in der Verwaltung fließend sind und anzunehmen ist, dass die drei eingangs angeführten Merkmale der Freiwilligkeit, Kompensation und Handlungsorientierung dennoch gegeben sind, ist laut PENKER in diesem Zusammenhang trotzdem von Vertragsnaturschutz zu reden. (vgl. PENKER 2001: 24-26)

In der Praxis treten im Vertragsnaturschutz als Vertragspartner in der Regel staatliche Rechtsträger einerseits und Privatleute andererseits auf. Seltener wird in Österreich die staatliche Seite durch NGOs („Non-Governmental Organisations“ – „Nichtregierungsorganisationen“) ersetzt. (vgl. BUßJÄGER 2001: 168)

2.1.1. Historische Entwicklung des Vertragsnaturschutzes

PENKER ET AL. (2004) sehen die Ursprünge des Vertragsnaturschutzes in der Erkenntnis, dass Landwirte durch ihre Tätigkeit, also der Bewirtschaftung naturschutzfachlich wertvoller Flächen, die dortige Pflanzen- und Tierwelt schützen und somit als Landschaftspfleger fungieren. Diese

Idee setzte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch. In den 1970ern entstand ausgehend von deutschen Naturschutzverbänden der Gedanke, dass Landwirte dafür auch bezahlt werden sollten. Ende desselben Jahrzehnts wurde mit den Abgeltungen für einen Meliorationsverzicht als Maßnahme gegen eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft und der einhergehenden negativen Auswirkungen auf Landschaft, Fauna und Flora der Vorläufer des Vertragsnaturschutzes geschaffen. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 10-12)

In den 1980ern wurden in den einzelnen Bundesländern erste Vertragsnaturschutzmodelle geschaffen, angefangen mit dem Vorarlberger Landschaftspflegefonds (ab 1982), später dem Biotop-Erhaltungs- und Förderungsprogramm der Steiermark (ab 1987) oder dem Naturschutzfonds Tirol (ab 1990). Die Anerkennung der Landwirte als zentrale Träger des Naturschutzes durch Experten und die Entwicklung unterschiedlicher Modelle, beeinflusst durch die Gründung des Distelvereins im Jahr 1986, führten zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 12)

Die Institutionalisierung des Vertragsnaturschutzes zeigt laut BUßJÄGER die Erkenntnis „[…] dass mit hoheitlichen Mitteln allein und ohne Akzeptanz bei den Betroffenen Naturschutz nicht wirksam durchgesetzt werden kann." (BUßJÄGER 2001: 167)

Nach dem Beitritt zur Europäischen Union 1995 wurde der Großteil des Vertragsnaturschutzes einiger Bundesländer in das „Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft" – ÖPUL (VO 2078/92) eingebracht. Der Erfolg von ÖPUL führte dazu, dass länderspezifische Vertragsnaturschutzmaßnahmen so an dessen Förderungsbedingungen angepasst wurden, dass sie über diese Schiene kofinanziert werden können. Die bestehenden eigenen Landesprogramme unterstützen tendenziell nur mehr Flächen oder Betriebe, die nicht über ÖPUL unterstützt werden können, da sie zum Beispiel die verlangte Mindestgröße nicht erreichen. (vgl. PENKER 2001: 59-60; PENKER ET AL. 2004: 12-13)

Die EU-Verordnung „Ländliche Entwicklung" (VO 1257/99) und deren Umsetzung sowie der Erlass der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie waren wichtige Meilensteine auf EU-Ebene und werden in den nächsten Kapiteln kurz vorgestellt. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 12-13)

2.1.2. Rechtliche Bestimmungen auf EU-Ebene

Bevor auf die einzelnen Verordnungen und Richtlinien eingegangen wird, ein kurzes Resümee des Unterschieds zwischen diesen:

- Verordnungen werden vom Rat der Europäischen Union auf Vorschlag der Kommission erlassen und gelten unmittelbar in allen EU-Mitgliedsstaaten

- Richtlinien werden vom Rat oder der Kommission beschlossen. Sie sind Rechtsakte, die ein Ziel festlegen, das Mitgliedsstaaten aber auf unterschiedlichen Wegen erreichen können (vgl. EUROPÄISCHE UNION 1995-2012a: o.S.; PENKER ET AL. 2004: 13)

Wie zuvor erwähnt basiert der europäische Naturschutz vor allem auf zwei Richtlinien:

- Die Vogelschutzrichtlinie (VSRL): Richtlinie des Rate 79/409/EWGs vom 2.April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten
- Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL): Richtlinie des Rates 92/43/EWG vom 21.Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Um die in diesen beiden Richtlinien verankerten Schutzziele zu erreichen wurde ein europaweites Netzwerk aus Schutzgebieten, das Natura 2000-Netzwerk geschaffen. Da auf diesen Flächen ein Verschlechterungsverbot der ausgewiesenen Schutzziele gilt, sind darauf entsprechende Erhaltungs- und Pflegearbeiten durchzuführen. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 13-14)

Neben diesen für den Naturschutz allgemein bedeutenden Richtlinien, ist der Vertragsnaturschutz im Speziellen auf EU-Ebene im Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) verankert. ELER basiert auf der Verordnung Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 und stellt das umfangreichste landschaftsrelevante Förderprogramm der EU dar. Es wurde nach der gemeinsamen Markt- und Preispolitik zur 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erhoben. Es unterstützt aktuell in der Periode von 2007-2013 Maßnahmen, die der ländlichen Entwicklung direkt zugutekommen und soll dabei zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des land- und forstwirtschaftlichen Sektors, der Umwelt und der Kulturlandschaft sowie der Lebensqualität in ländlichen Gebieten beitragen und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft fördern. Dabei verfügt der ELER für den Zeitraum 2007-2013 über finanzielle Mittel in der Höhe von 96,319 Mrd. EUR (zu laufenden Preisen), was 20 % des Gesamtvolumens der Gemeinsamen Agrarpolitik ausmacht. (vgl. EUROPÄISCHE UNION 2005-2012b: o.S.)

ELER regelt einige naturschutzrelevante Fördermaßnahmen wie die Kofinanzierung von Entschädigungen auf land- oder fortwirtschaftlichen Flächen in Natura 2000-Gebieten (Artikel 38 und 46 der VO; vgl. ELER 2005: 19-20; 22), die Förderung von Ausbildung und Information für mit Landwirtschaft befassten Personen (Artikel 58; vgl. ELER 2005: 25) oder die Förderung von Organisations-, Planungs-, Bildungs- und Investitionsaufwendungen für den Erhalt und die Verbesserung des ländlichen Erbes (Artikel 57; vgl. ELER 2005: 25). Für die vorliegende Arbeit ist aber v.a. die Förderung landschaftspflegerischer und umweltschutzorientierter Leistungen landwirtschaftlicher Betriebe, zu der ÖPUL zählt, von Bedeutung. Die Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen werden im Artikel 39 der VO behandelt. (vgl. ELER 2005: 20)

2.1.3. ÖPUL

ÖPUL, das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, ist jenes Vertragsnaturschutzprogramm in Österreich, das vor den bundesländerspezifischen Vertragsnaturschutzprogrammen und anderen naturschutzfachlichen Förderinstrumenten auf EU-Ebene (z.B. LIFE) die größte Breitenwirkung hat. Laut Lebensministerium haben 2011 114.508 Betriebe, das sind 74% aller landwirtschaftlichen Betriebe, die für die Bewirtschaftung von 89% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche verantwortlich sind, teilgenommen. Die laufende Periode stellt die 4. Auflage dieses Vertragsnaturschutzprogrammes dar. Die erste Version trat mit 1.1.1995 in Kraft, darauf folgten ÖPUL 98, ÖPUL 2000 und das aktuelle ÖPUL 2007, welches bis 2013 läuft. (vgl. LEBENSMINISTERIUM 2012: o.S.; PENKER ET AL. 2004: 12-21)

Die in der Sonderrichtlinie des BMLFUW für ÖPUL 2007 (SRL ÖPUL 2007) genannten Ziele sind

- „Beitrag zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums;
- Beitrag zur Befriedigung der steigenden gesellschaftlichen Nachfrage nach Umweltdienstleistungen;
- Ermutigung der Landwirte, im Dienste der gesamten Gesellschaft Produktionsverfahren einzuführen oder beizubehalten, die mit dem Schutz und der Verbesserung der Umwelt, des Landschaftsbildes und des ländlichen Lebensraumes, der natürlichen Ressourcen, der Böden und der genetischen Vielfalt vereinbar sind.“ (SRL ÖPUL 2007: 6)

Neben diesen drei allgemeinen Zielen werden noch sechs besondere Ziele genannt.

- „Förderung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft (und Weidewirtschaft geringer Intensität);
- Erhaltung traditioneller und besonders wertvoller landwirtschaftlich genutzter Kulturlandschaften;
- Erhaltung der Landschaft (und historischer Merkmale auf landwirtschaftlichen Flächen);
- Förderung der Einbeziehung der Umweltplanung in die landwirtschaftliche Praxis;
- Beitrag zur Verwirklichung der nationalen und gemeinschaftlichen Agrar- und Umweltpolitik durch Förderung von Vertragsnaturschutz, Gewässerschutz-, Bodenschutz- und Grundwasserschutzmaßnahmen sowie die Förderung der Biologischen Wirtschaftsweise;
- Sicherung einer angemessenen Abgeltung für die angebotenen Umweltdienstleistungen einschließlich Natura 2000.“ (SRL ÖPUL 2007: 6)

Die Umsetzung erfolgt durch die im Maßnahmenteil der Sonderrichtlinie genannten Maßnahmen. Das ÖPUL 2007 enthält davon 29, die in ganz Österreich angeboten werden und aufgrund ihrer Vielfalt grundsätzlich jedem Landwirt eine Teilnahme ermöglichen. (vgl. LEBENSMINISTERIUM 2012: o.S.)

Hier eine Auflistung aller Maßnahmen:

1. „Biologische Wirtschaftsweise
2. Umweltgerechte Bewirtschaftung von Acker- und Grünlandflächen
3. Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel auf Ackerflächen
4. Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel auf Ackerfutter- und Grünlandflächen
5. Verzicht auf Fungizide auf Getreideflächen
6. Umweltgerechte Bewirtschaftung von Heil- und Gewürzpflanzen, Alternativen und Saatgutvermehrung
7. Integrierte Produktion bestimmter Ackerkulturen (Erdäpfel, Erdbeere, Gemüse und Rübe)
8. Erosionsschutz Obst und Hopfen
9. Integrierte Produktion Obst und Hopfen
10. Erosionsschutz Wein
11. Integrierte Produktion Wein
12. Integrierte Produktion geschützter Anbau
13. Silageverzicht
14. Erhaltung von Streuobstbeständen
15. Mahd von Steilflächen
16. Bewirtschaftung von Bergmähdern
17. Alpung und Behirtung
18. Ökopunkte
19. Begrünung von Ackerflächen
20. Mulch- und Direktsaat
21. Regionalprojekt für Grundwasserschutz und Grünlanderhaltung
22. Vorbeugender Boden- und Gewässerschutz
23. Bewirtschaftung von besonders auswaschungsgefährdeten Ackerflächen
24. Untersaat bei Mais
25. Verlustarme Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern und Biogasgülle
26. Seltene Nutztierrassen
27. Seltene landwirtschaftliche Kulturpflanzen
28. Erhaltung und Entwicklung naturschutzfachlich wertvoller oder gewässerschutzfachlich bedeutsamer Flächen
29. Tierschutzmaßnahme“

(LEBENSMINISTERIUM 2012: o.S)

Die Abwicklung erfolgt je nach Bundesland durch unterschiedliche Behörden. Die Hauptbeteiligten sind die jeweiligen Naturschutzabteilungen der Landesregierungen, die Agrarmarkt Austria (AMA), die Bezirksbauernkammer und Bezirksnaturschutzbehörden. Zu ihren Aufgaben gehören

- die Entgegennahme des Antrags für die Teilnahme an ÖPUL,
- die Flächenbegutachtung,
- das Ausstellen der Projektbestätigungen,
- der Vertragsabschluss,
- die Auszahlung der Prämien und
- die Kontrolle der Einhaltung der Maßnahmen. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 26-27)

In der Steiermark, dem für die vorliegende Arbeit relevanten Bundesland, erfolgt die Entgegennahme des Antrags bei der Naturschutzabteilung, mit Unterstützung durch die Bezirksbauernkammer. Anders als in den übrigen Bundesländern ist die anschließende Flächenbegutachtung auf ihre naturschutzfachliche Qualität in der Steiermark Sache der Bezirksnaturschutzbehörde. Begutachter können dafür auf verschiedenste Informationsquellen wie Biotopkartierungen oder Pläne zurückgreifen. Wenn die Bezirksnaturschutzbehörde die Flächen als wertvoll befindet, stellt sie auch die Projektbestätigung, in welcher die Auflagen und der Verpflichtungszeitraum festgelegt sind, aus. Die letzten drei Schritte, der Abschluss des Vertrags, die Auszahlung der Prämien und die Kontrolle der Einhaltung vertraglich festgelegten Maßnahmen werden durch die AMA durchgeführt. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 27-28; 31)

Die Initiative zur Teilnahme am ÖPUL und zur Durchführung einer dort festgelegten Maßnahme geht von den Flächenbewirtschaftern aus, wobei die Naturschutzabteilungen und im Falle der Steiermark auch die Gemeinden, NGOs und Interessensvertretungen versuchen die Teilnahmebe-

reitschaft z.B. durch Informationsvermittlung zu erhöhen. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 30)

Die über das ÖPUL verwalteten Naturschutzverträge verfügen nicht mehr über die Freiheiten „echter“ privatwirtschaftlicher Vereinbarungen sondern sind stark standardisiert. Obwohl rein rechtlich Landwirt und Naturschutzbehörde beim Abschluss eines entsprechenden Vertrages gleichberechtigte Partner sind, ist der Einfluss des Bewirtschafters auf die Vertragskonditionen in der Praxis eingeschränkt. Er hat nur während der Flächenbegutachtung in Bezug auf Bewirtschaftungstermine und spezifische Pflegeauflagen die Möglichkeit Vorschläge zu bringen, kann nach Ausstellung der Projektbestätigung aber lediglich entscheiden, ob er zu den standardisiert vorgegebenen Konditionen teilnehmen möchte, oder nicht. (vgl. PENKER ET AL. 2004: 7-8)

2.2. Akzeptanzforschung

Um mit dem Begriff „Akzeptanz“ arbeiten zu können, wird er zunächst im folgenden Kapitel definiert und anschließend auf seine im vorliegenden Kontext verwendete Bedeutung analysiert. Abschließend werden die Faktoren für Akzeptanz genauer untersucht und die Akzeptanz als Teil der Implementierung von Vertragsnaturschutzprogrammen besprochen.

2.2.1. Definitionen

Der Akzeptanzbegriff wird in der Alltagssprache in unterschiedlichen Kontexten mit teilweise sehr breiter Bedeutung verwendet. Seit langem schon im Bereich des Marketings angesiedelt, bezieht er sich dort auf die Akzeptanz von Produktinnovationen. Heute ist der Begriff oft in gesellschaftspolitischen Themen zu finden, kann aber dennoch nicht einem einzigen Feld wie der Psychologie oder der Soziologie zugeschrieben werden. (vgl. PREGERNIG 1999: 13; SCHENK ET AL. 2007: 67)

Diese Ungenauigkeit bzw. Vielseitigkeit macht andererseits jedoch möglicherweise den Grund der Beliebtheit dieses Begriffs aus. (vgl. LUCKE 1995: 39)

Der Gebrauch von „Akzeptanz“ stellt sich laut LUCKE

> „[…] in der privaten, der öffentlichen und in der politischen Rede uneinheitlich und bis in die wissenschaftlichen Fachterminologien höchst unpräzise dar. Als Worthülse einer um Wähler/innen/stimmen werbenden Politrhetorik, als Zustimmung erheischendes Kürzel im Privatleben und als Argumentations- und Legitimationstopos in der Alltagssprache bleibt der Begriff – bei aller alltagsweltlichen Faszination – hinter der für analytische Zwecke notwendigen Klarheit und der innerhalb der exakten Wissenschaften geforderten Trennschärfe zurück“ (LUCKE 1995: 39)

Vor allem durch die Instrumentalisierung dieses Begriffs in der Politikrhetorik und im Journalismus wurde der Begriff zunehmend ungenau und schließlich auch im Alltagsgebrauch verwendet. Dort wird „Akzeptanz“ meist metaphernhaft und vage als Synonym für „Anerkennung“, „Zustimmung“, „Befürwortung“ und „Bestätigung“ verwendet. (vgl. LUCKE 1995: 33-35)

„Akzeptanz“ wurde durch diesen Prozess auch zu etwas Endgültigem, auch in Kontexten, wo eigentlich nur von einer prinzipiellen „Akzeptierbarkeit“ oder „Akzeptabilität“ bzw. „Akzeptanzbereitschaft“ die Rede sein kann. (vgl. LUCKE 1995: 35)

2.2.2. Akzeptabilität – Sozialverträglichkeit – Entstehung von Akzeptanz

Im Duden wird diese Möglichkeit der Akzeptanz durch die Definition des Wortes als „Bereitschaft, etwas zu akzeptieren“ ausgedrückt. (DUDEN 2012: o.S.) „Akzeptanz“ ist also keine Eigenschaft, die einer Person, einem Objekt oder Meinungsgegenstand anhaftet, sondern ist abhängig vom soziokulturellen Kontext und der konkreten Situation, wie LUCKE in der folgenden Grafik zeigt.

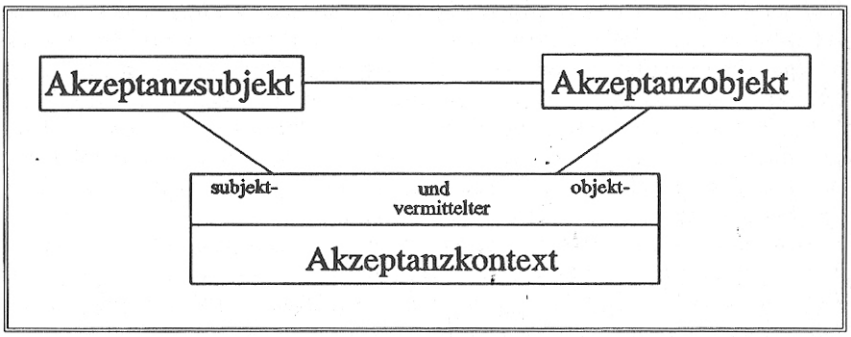


Abbildung 2: Beziehung zwischen Akzeptanzsubjekt, Akzeptanzobjekt und Akzeptanzkontext (LUCKE 1995: 89)

SCHENK (2000) bezeichnet Akzeptanz als eine subjektive Beurteilung der Betroffenen, die sich individuell eine Meinung gebildet haben und daraufhin eine entsprechende Haltung gegenüber dem Akzeptanzobjekt einnehmen. Davon zu unterscheiden ist die Akzeptabilität, mit der Akzeptanz oft verwechselt wird. Bei ihr handelt es sich um die „objektive Bewertung der (gesellschaftlichen) Akzeptierbarkeit", die oft durch Experten vorgenommen wird. (SCHENK 2000: 13)

Ein Objekt kann also nur über eine grundsätzliche Akzeptabilität, über Eigenschaften verfügen, die von der Gesellschaft oder Einzelpersonen (dem Akzeptanzsubjekt) akzeptiert werden kann. (vgl. LUCKE 1995: 91; SAUER ET AL. 2005: I-2)

Akzeptanz entsteht in mehreren Schritten, LUCKE spricht hierbei von einem Drei-Stufen-Modell (vgl. LUCKE 1995: 125-126; SAUER ET AL. 2005: I-2):

- Bewusste Wahrnehmung des Akzeptanzobjekts (kognitive Ebene)
- Positive Bewertung durch das Akzeptanzsubjekt (normativ-evaluative Ebene)
- Entstehung der Bereitschaft, sich aktiv für das Akzeptanzobjekt einzusetzen bzw. sich entsprechend zu verhalten (konative, handlungspraktische Ebene)

Akzeptanz ist laut LUCKE dann gegeben, wenn die Akzeptanzsubjekte

- das Akzeptanzobjekt und dessen Begründungen und angeführten Argumente als legitim erachten;
- dem Akzeptanzobjekt grundsätzlich zustimmen und ihm sowohl rational als auch emotional zugeneigt sind;
- die damit verbundenen Vorschläge, Argumente und Maßnahmen auch im Konkreten annehmen und billigen und
- bereit sind, das Akzeptanzobjekt gegenüber Anderen, bzw. Gegenargumenten und Handlungsalternativen zu verteidigen. (vgl. LUCKE 1995: 105)

Für die Entstehung von Akzeptanz sind unterschiedliche Faktoren relevant, die LUCKE tabellarisch zusammengefasst hat:

Faktorengruppen	Ausgewählte Einflußfaktoren
I Situations- und Problemebene	○ Objektive oder subjektive Betroffenheit von Risiken; ○ Angenommene oder tatsächliche Beeinflußbarkeit von Situationen; ○ Problemrelevanz
II Akteursebene	○ Kompetenz und Glaubwürdigkeit; ○ Zurechenbarkeit und Verantwortbarkeit
III Legitimationsebene	○ Faktische Begründbarkeit (und prinzipielle) Begründungsbedürftigkeit; ○ Rechtfertigungsfähigkeit
IV Verhaltens-, Norm- und Wertebene	○ Gewohnheit sowie aktuelle und künftige Verbreitetheit; ○ Normativität, Sanktionabilität und Moralisierbarkeit; ○ Disponibilität und routinemäßige Diskutiertheit
V Wahrnehmungs- und Einstellungsebene	○ Wahrnehmungsblockaden und Sättigungseffekte; ○ Meinungsklima und Mehrheitstrends; ○ Stereotypen, Vorurteile und Sperrklinkeneffekte
VI Bezugsgruppenebene	○ Gruppenkonsens und Konformitätsdruck; ○ Soziale Nähe und räumliche Distanz; ○ Entfernungen und Affinitäten zum Akzeptanzzentrum
VII Biographieebene	○ Sozialstrukturelle Zugehörigkeiten; ○ Soziobiographische Erfahrungen

Abbildung 3: Übersicht über akzeptanzrelevante Faktorengruppen und Einflussvariablen (LUCKE 1995: 388)

Die aufgelisteten Elemente sind allgemein gehalten, im folgenden Kapitel soll daher konkret auf den Kontext des Naturschutzes eingegangen werden.

2.2.3. Akzeptanzrelevante Faktoren im Naturschutz

Wie im Kapitel 2.2.2. erläutert ist Akzeptanz ein Zusammenspiel aus Akzeptanzobjekt, Akzeptanzobjekt und Akzeptanzkontext. Davon abgeleitet ist die Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen im landwirtschaftlichen Kontext abhängig vom Landwirt (Subjekt), der/n Schutzmaßnahme/n (Objekt) und den Rahmenbedingungen (Kontext) der Akzeptanz. (vgl. ESSER 1999: 37ff. zit. nach SATTLER/NAGEL 2010: 70)

Drei Faktoren sind laut SATTLER/NAGEL (2010: 77) für die Landwirte ausschlaggebend für die Wahl einer Schutzmaßnahme:

- die Eigenschaften der Schutzmaßnahme selbst,
- die Werthaltung und Einstellungen des Landwirts und
- die Rahmenbedingungen wie die finanzielle Lage und standortbezogene Faktoren

Diese Unterteilung akzeptanzrelevanter Faktoren in objektbezogene, subjektbezogene und kontextbezogene Faktoren wird von SCHENK ET AL. (2007: 67) insofern erweitert, als dass sie akzeptanzrelevante Faktoren im Naturschutz in Untergruppen unterteilen, je nachdem in welchem Feld der Begriff angewendet wird: im angewandten Naturschutz in der Forst- und Landwirtschaft bzw. Fischerei, Schutzgebieten wie Nationalparks oder in Bezug auf Naturschutz und Akzeptanz allgemein. In den folgenden Unterpunkten werden beide Ansätze kombiniert.

Objektbezogene Faktoren

Das Akzeptanzobjekt, zum Beispiel die konkrete Schutzmaßnahme, verfügt über unterschiedliche Charakteristika, je nachdem mit wie viel Zeitaufwand, Kosten oder Risiken sie verbunden ist. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 70-71)

Eine Erkenntnis der rezensierten Forschung zur Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft, die SCHENK ET AL. (2007: 67) durchgeführt haben, ist, dass wirtschaftliche Faktoren zwar eine große Rolle spielen, monetäre Entschädigungen allerdings nicht zwangsweise zu Akzeptanz führen.

Die durch die Teilnahme an Vertragsnaturschutzprogrammen erhaltenen Zahlungen stellen mittlerweile einen elementaren Teil des Einkommens der Landwirte dar. Je nach finanzieller Lage sind diese daher mehr und weniger darauf angewiesen und dadurch zu einer Teilnahme motiviert. Diese Abhängigkeiten werden jedoch auch als Freiheitseinschränkungen kritisiert. Da die Landwirte durch den Erhalt von Zahlungen sich dazu verpflichten, die festgesetzten Regeln hinsichtlich der Bewirtschaftungsweise zu befolgen, kann ein Gefühl der sozialen Kontrolle entstehen. Dadurch, dass eine Angewiesenheit auf dieses Einkommen besteht, kann es daher zu einer Zwangs-Akzeptanz kommen. Die Naturschutzmaßnahmen werden dann nicht ihres Inhalts wegen sondern aus einer Notwendigkeit heraus angenommen. (SCHENK 2000: 97-99)

Subjektbezogene Faktoren

Die Beziehung zum Akzeptanzobjekt, der Schutzmaßnahme, ist abhängig vom Akzeptanzsubjekt, also dem Landwirt und dessen Einstellung. Dies beginnt bereits mit der grundsätzlichen Einstellung zum Naturschutz generell. Landwirte, die ein Interesse an Naturschutz zeigen, sind trotz höherer Kosten und Aufwand auch eher bereit eine Maßnahme, die dem Schutz der Natur dient, durchzuführen als jene, denen wirtschaftliche Kriterien wichtiger sind. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 70-71) Vor allem im landwirtschaftlichen Bereich gibt es jedoch auch Personen, welche den Naturschutz als einschränkend wahrnehmen und ihn als Geringschätzung der bäuerlichen Arbeit

sehen und der Ansicht sind, durch ihre landwirtschaftliche Tätigkeit an sich bereits Gutes für die Natur zu tun. Sie sehen dadurch nur eine geringe Notwendigkeit für Naturschutz. Personen mit einer kritischeren Haltung gegenüber ihrem eigenen Beruf haben tendenziell einen positiveren Zugang zum Naturschutz, da sie auch negative Einflüsse der Landwirtschaft auf schützenswerte Gebiete sehen. (vgl. SCHENK 2000: 101-103)

Ein gewisser Berufsstolz aber auch Stolz auf die Gebiete, die geschützt werden, spielt für die Akzeptanz eine nicht zu unterschätzende Rolle. Um das eigene Lebensumfeld, auf das man stolz ist, zu schützen, ist man eher bereit Schutzmaßnahmen durchzuführen und Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Gleichzeitig verhindert der eigene Stolz, vertragsbrüchig zu werden, also einen Vertrag zu unterschreiben, den man dann nicht einhält. (vgl. SCHENK 2000: 115-116)

Neben unterschiedlichen Werthaltungen und emotionalen Faktoren sind auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Interessensgruppe und dadurch entstehende soziale Zwänge für die Akzeptanz einer Maßnahme relevant. Die Akzeptanz von Restriktionen in der Fischerei ist zum Beispiel durch unterschiedliche Interessensgruppen, nämlich die kommerzielle Fischerei einerseits und das Hobbyfischen andererseits, sehr unterschiedlich. Die Bedürfnisse beider Gruppen in der Planung oder Festsetzung von Maßnahmen zu berücksichtigen gestaltet sich daher sehr schwierig. (vgl. SCHENK ET AL. 2007: 67)

Kontextbezogene Faktoren

Die Beziehung zwischen Akzeptanzobjekt und Akzeptanzsubjekt ist in den Akzeptanzkontext, also die Rahmenbedingungen, eingebunden. Dies können die finanzielle Lage des Landwirts oder auch rechtliche Vorgaben (wie das bereits Vorhandensein von Schutzauflagen durch eine Ausweisung als Natura 2000-Fläche) sein. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 70-71) Im Zusammenhang der kontextbezogenen Faktoren kann auch der Austausch von Informationen und die Möglichkeit der Mitwirkung des Akzeptanzsubjekts genannt werden. Was Naturschutz im Allgemeinen und den Begriff Akzeptanz in seinem weitesten Sinn betrifft, ist laut SCHENK ET AL. (2007: 67) die Meinung der meisten Autoren, die sich mit diesem Thema beschäftigen, dass die Partizipation der Stakeholder sich direkt auf den Grad der Akzeptanz auswirkt. Geringe Information und ein fehlender Miteinbezug der Betroffenen führt zu einer ablehnenden Haltung und einer gewissen Desillusionierung, wenn den Teilnehmern klar wird, wie wenig Einfluss sie auf die vertraglich festgesetzten Vereinbarungen haben. Die ablehnende Haltung, die dabei geschaffen wird, führt dazu, dass die Durchführung der Maßnahmen als Pflicht gesehen werden und keine Eigenaktivitäten entwickelt werden. (vgl. SCHENK 2000: 75-77; SCHENK ET AL. 2007: 67)

2.2.4. Zusammenfassung wichtiger Akzeptanzfaktoren

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Akzeptanz, unabhängig vom Objekt, Subjekt oder Kontext, auf welche sie sich bezieht, immer von ähnlichen Faktoren bestimmt wird: wirtschaftliche Aspekte, Kommunikation und Wahrnehmung. Wichtig ist außerdem, wie die betroffenen Gruppen an Informationen gelangen. Eine geringe Akzeptanz geht demnach Hand in Hand mit schlechten Informationsstrategien. Entscheidend ist jedoch nicht nur die Information selbst, sondern auch das Vertrauen in die Institutionen, die dahinter stehen. Somit spielen sehr oft Emotionen eine wichtige Rolle bei der Akzeptanz von Maßnahmen oder Schutzgebieten. (vgl. SCHENK ET AL. 2007: 67-68)

Die Vielzahl der in den vergangenen Kapiteln genannten Faktoren, die für die Akzeptanz von Vertragsnaturschutzprogrammen ausschlaggebend sind, können in der folgenden Grafik übersichtlich dargestellt werden.

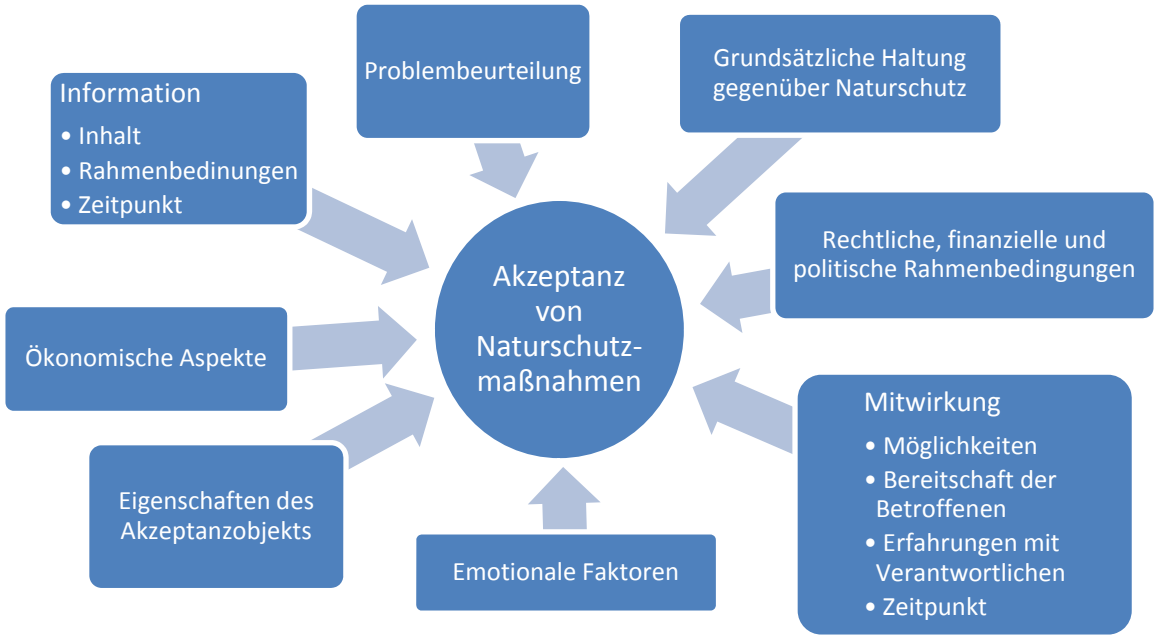


Abbildung 4: System der akzeptanzrelevanten Faktoren
(verändert nach SCHENK 2000: 63)

2.2.5. Akzeptanz als Teil der Vertragsnaturschutzimplementierung

PENKER (2001) sieht das Ausmaß der Akzeptanz eines Vertragsnaturschutzprogramms nur als einen Faktor des Ausmaßes der Teilnahmebereitschaft allgemein, welche wiederum die erste Stufe der Vertragsnaturschutzimplementierung ist.

Um Vertragsnaturschutzprogramme erfolgreich zu implementieren, ist es zunächst erforderlich, dass eine potenzielle Kooperationsbereitschaft der Vertragspartner besteht und dass diese dazu bereit sind, entgeltliche Naturschutzleistungen zu erbringen. Das Ausmaß der Teilnahmebereitschaft und der dazu gehörende Vertragsabschluss sind somit die erste Stufe der Implementierung eines Programms. Die zweite Stufe ist die Erfüllung der Vertragspflichten, denn erst wenn die Bewirtschafter die festgelegten Bewirtschaftungsmaßnahmen umsetzen, kann die verhaltenssteuernde Wirkung des Programms einsetzen. Die dritte Stufe der Implementierung besteht darin, dass sich der intendierte Effekt auch in der Landschaft zeigt. Wenn bei der Gestaltung des Programms keine Kausalität zwischen den Vertragsnaturschutzmaßnahmen und ihre Landschaftsauswirkung hergestellt wurde, bleibt der Erfolgt, also die gewünschten Landschaftseffekte, aus, selbst wenn die Maßnahmen vertragskonform umgesetzt wurden. (vgl. PENKER 2001: 75)

Dies lässt sich in folgender Grafik zusammenfassend darstellen:

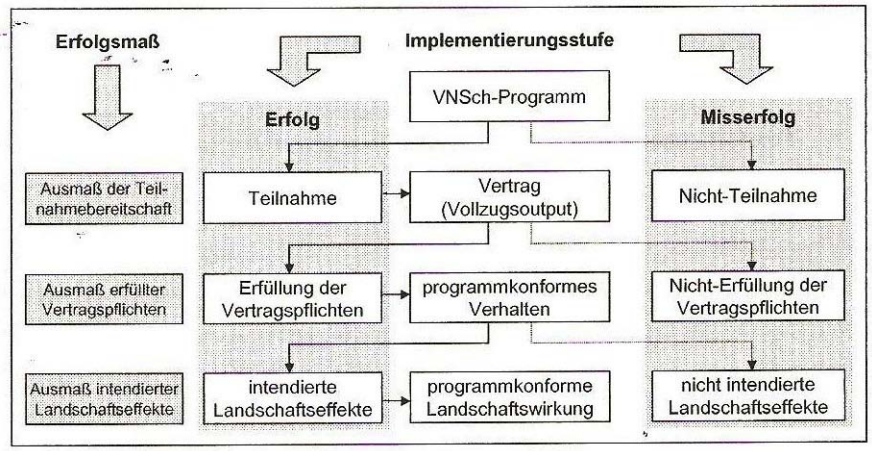


Abbildung 5: Stufen der Implementierung von Vertragsnaturschutzprogrammen (PENKER 2001: 76)

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich vor allem mit der ersten Stufe der Implementierung, dem Ausmaß der Teilnahmebereitschaft. Diese Bereitschaft hängt von mehreren Faktoren ab, die PENKER (2001: 77) in vier Gruppen zusammenfasst: der Programmkenntnis, der geringen formalen Erfordernisse, der Programmakzeptanz und dem individuellen Kosten-/Nutzen-Kalkül. Diese vier Gruppen sind wiederum von unterschiedlichen Faktoren abhängig, wie die folgende Grafik zeigt. Hier werden in den vorigen Kapiteln genannte Einflüsse aufgegriffen und zum Teil erweitert.

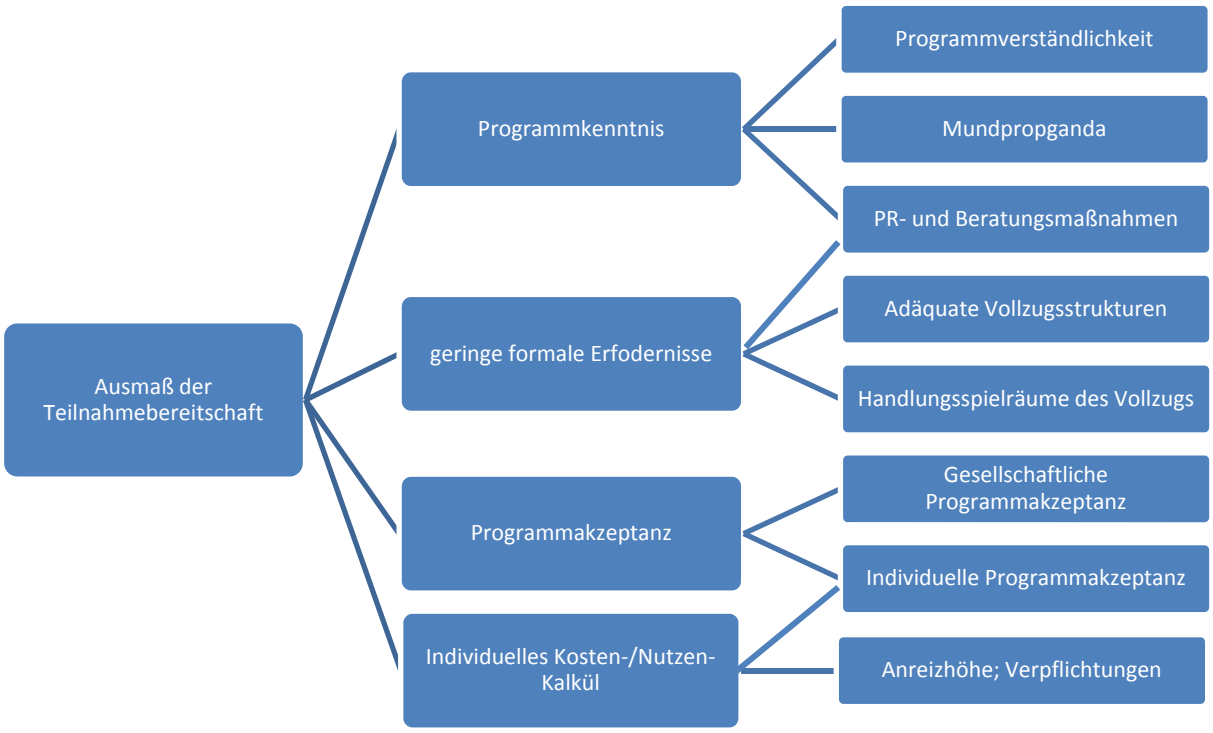


Abbildung 6: Erfolgsbestimmende Faktoren für das Ausmaß der Teilnahmebereitschaft
(verändert nach PENKER 2001: 77)

Ausmaß der Programmkenntnis

Da die Initiative zur Teilnahme an einem Vertragsnaturschutzprogramm generell vom Landwirt selbst ausgehen muss, ist für seinen Erfolg entscheidend, dass letzterer das fragliche Programm kennt und in weiterer Folge über dessen Teilnahmebedingungen, Ziele, Verpflichtungen und Anreizhöhe Bescheid weiß. Die Verständlichkeit des Programms und sein logisches Regelungssystems sind qualitative Kriterien, die es dem potentiellen Vertragspartner ermöglichen, diese erforderlichen Informationen selbst dem Programm zu entnehmen. Zusammenfassend lassen sich vier Prinzipien nennen, die die Zugänglichkeit und Verständlichkeit eines Programms ermöglichen: „[…] Programmökonomie (weitestmögliche Generalisierung bei ausreichender Klarheit und Genauigkeit), verständliche Sprache, systematische Ordnung des Regelungsstoffes und adäquate Kundmachung.“ (vgl. PENKER 2001: 78-79)

Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der Mundpropaganda unter den Landwirten. Es handelt sich dabei um einen Austausch von Informationen auf einem informellen, verwaltungsexternen Niveau, der über die Teilnahmebereitschaft einer ganzen Gemeinde entscheiden kann, da die Kommunikation positiver als auch negativer Erfahrungen, die von einem Landwirt mit einem Programm gemacht und kommuniziert werden, je nach seiner Glaubwürdigkeit starken Einfluss auf seine Kollegen haben kann. Neben diesem informellen Weg der Informationsvermittlung werden

von offizieller Seite, also zum Beispiel der Naturschutzbehörde, des Landwirtschaftsministeriums oder der AMA, gezielte PR- und Beratungsmaßnahmen durchgeführt. Dazu gehören Informationsveranstaltungen, Artikel in Zeitschriften und Beratungsgespräche. (vgl. PENKER 2001: 79)

Geringe formale Erfordernisse für die Programmteilnahme

Hoher bürokratischer Aufwand ist oft ein Hindernis an der Teilnahme an Vertragsnaturschutzprogrammen. Deshalb sind eine effektive und benutzerfreundliche Planung der Administration sowie ein geringer zeitlicher Aufwand für die Teilnahme unabdingbar für den Erfolg eines Programms.
Für das Verhältnis zwischen Behörde und dem Landwirten kommt es oft zu Hindernissen aufgrund der Sprachbarriere oder psychosozialen Hemmungen wie der Obrigkeitsangst, die durch die Macht, welche bei der Festlegung der Inhalte und ihrer Präsentation, ausgeübt wird, entstehen kann. Um die partnerschaftliche Natur des auf Kooperation basierenden Vertragsnaturschutzes herzustellen, muss das Vertrauensverhältnis durch Informationsmaßnahmen und unbürokratischen Beratungen hergestellt bzw. verbessert werden. (vgl. PENKER 2001: 80)
Letzteres ist aber nur möglich, wenn genügend personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Kapazitätsüberlastung ist nur ein erfolgslimitierender Faktor neben der mangelnden Befähigung und dem fehlenden Einsatz des Personals, einer Kompromissbildung wegen Widerständen des Adressaten oder einem fehlenden Handlungsspielraum. (vgl. PENKER 2001: 80)

Ausmaß der Programmakzeptanz

Die Bereitschaft zur Teilnahme an einem Vertragsnaturschutz ist höher, je mehr ein Programmadressat von der Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit des Programms überzeugt ist. Teilt ein Bewirtschafter von sich aus die Ziele des Programms, ist er also zum Beispiel von der Schädlichkeit von Pestiziden überzeugt, dann wird er eher bereit sein, im Rahmen der Teilnahme an einem Vertragsnaturschutzprogramm auf diese zu verzichten. Das soziale Umfeld ist dabei ein großer Einflussfaktor auf individuelle Werthaltungen. Je mehr unterschiedliche Gesellschaftsgruppen ein Programm als sinnvoll ansehen, desto höher ist die individuelle Teilnahmebereitschaft. (vgl. PENKER 2001: 81-82)

Individuelles Kosten-Nutzen-Kalkül

Nimmt ein Landwirt an einem Vertragsnaturschutzprogramm teil, so erhält er einerseits Zahlungen, also Prämien oder Leistungsentgelte, andererseits entstehen für ihn Kosten durch den entstandenen Mehraufwand in Bezug auf die Arbeitszeit oder die eingesetzten Mittel sowie getätigte Investitionen und entgangene Nutzungen. Insgesamt muss ein wirtschaftlicher Anreiz für die Teilnahme gegeben sein, der Gesamtnutzen muss also überwiegen, damit die Teilnahmebereitschaft gegeben ist. (vgl. PENKER 2001: 82)

2.3. Referenzstudien

Im Zuge der Literaturrecherche konnten zahlreiche Artikel zur Effizienz von Vertragsnaturschutzmaßnahmen gefunden werden, die zum Großteil jedoch nicht die Rolle und Einstellung der Landwirte untersuchten. Auf der anderen Seite lagen viele Texte vor, die sich mit Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen beschäftigen, jedoch keine Verbindung zur Landwirtschaft oder aber zum Vertragsnaturschutz herstellen.

Das folgende Kapitel stellt jene Forschungsprojekte vor, die im Zuge der Recherchen gefunden wurden und sich mit Naturschutzmaßnahmen und deren Akzeptanz beschäftigen. Um eine Vergleichbarkeit mit der vorliegenden Arbeit sicherzustellen, wurden bei der Auswahl der Beispiele die Kriterien für Vertragsnaturschutz, wie sie in Kapitel 2.1. definiert wurden angewandt:

- Freiwilligkeit
- Finanzielle Entschädigung
- Handlungsorientiertheit. (vgl. PENKER 2001: 9)

Außerdem muss ein Bezug zur Landwirtschaft gegeben und Akzeptanz ein behandeltes Thema sein.

2.3.1. Die Akzeptanz des ÖPUL 2000 – Mid-Term Evaluierung 2003

Programme zur ländlichen Entwicklung sind per Verordnung einer Halbzeitbewertung zu unterziehen. Neben der obligatorischen Mid-Term Evaluierung sind zusätzliche empirische Erhebungen auf freiwilliger Basis vorgesehen. 2003 führte Österreich durch die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Grünland und Futterbau diese Befragung von Landwirten im Zuge der Mid-Term Evaluierung des ÖPUL 2000 durch. Ziel war es, an Informationen zu gelangen, die nicht über Analysen von Statistiken oder durch Literatur erhalten werden können. Im Zentrum standen Fragen nach der Umwelteinstellung der Landwirte, ihrem Informationsstand zu ÖPUL, die Akzeptanz des Programms (einschließlich Probleme, Teilnahmeverhalten, Information und Beratung), Verbesserungsvorschläge und Effekte des ÖPUL in Bezug auf die Bewirtschaftungsintensität und Flächennutzung. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 4)

Die Befragung erfolgte in acht Testgebieten innerhalb ganz Österreichs, darunter auch das für die vorliegende Arbeit relevante oststeirische Hügelland. Insgesamt wurden 274 Befragungen durchgeführt, 84% bei Betrieben, die an ÖPUL teilnehmen, 16% davon bei Nicht-ÖPUL-Betrieben. Die Befragung wurde mittels auf einem Fragenbogen gestützten Interviews durchgeführt und umfasste Haushalts- und Betriebsdaten sowie Einstellungsfragen (geschlossene und offene Fragen). (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 5-7)

Bezüglich des Akzeptanzverhaltens konnte festgestellt werden, dass Gründe für die Nichtteilnahme am ÖPUL vor allem in den Bewirtschaftungseinschränkungen, welche durch die ÖPUL Teilnahme entstehen, sowie im bürokratischen Aufwand liegen. Dabei fühlen sich vor allem Kleinbetriebe von der Bürokratie benachteiligt, da sie vergleichsweise niedrige Prämien erhalten. Große Betriebe erhalten durch relativ geringe Eingriffe aufgrund der Ausstattung mit vielen Flächen vergleichsweise hohe Förderungen je Betrieb. Intensiv wirtschaftende Betriebe verzichten hingegen auf eine Teilnahme, weil sie durch die Steigerung der Produktivität durch Intensivierung höhere Gewinne erzielen als durch ÖPUL-Prämien, deren Auflagen sie ohnehin nicht leicht erfüllen könnten. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 24; 48)

Unterschiedliche Antworten gab es auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Prämiengestaltung, also danach, ob der durch die Einschränkungen und Ertragsverluste entstandene Mehraufwand abgedeckt wird. Der Prozentsatz der mit „ja“ antwortenden Betriebe liegt zwischen 93% und 65%, wobei dies an der vorherrschenden Bewirtschaftung liegt. Im oststeirischen Hügelland, aus dem der letztgenannte Wert stammt, werden durch die Bewirtschaftungsform unterschiedliche Maßnahmen und dadurch unterschiedlich hohe Förderungssätze gewählt. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 24-25)

Für das Auswahlverhalten der Maßnahmen sind demnach laut Befragung insgesamt vor allem die Durchführbarkeit und die Kompatibilität mit der bestehenden Bewirtschaftung von Bedeutung. Danach kommt die Förderung und erst zum Schluss die Überzeugung, dass diese Maßnahme sinnvoll ist, gemeinsam mit der erhaltenen Beratung. Im Testgebiet oststeirisches Hügelland gab jedoch kein einziger Betrieb an, dass eine bestimmte Maßnahme wegen der Förderung gewählt wurde. Nach der Durchführbarkeit und Kompatibilität (für 30 von 32 befragten ÖPUL-Betrieben) lag die Beratung an zweiter Stelle. Die Autoren des Berichts sehen das größte Potenzial im Bereich des Umweltbewusstseins und der Informations- und Beratungsarbeit und die ökologische Wirksamkeit von ÖPUL zu steigern. Die Landwirtschaftskammer ist dabei mit Abstand von größter Bedeutung. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 26-27)

Für eine langfristige Akzeptanz des ÖPUL spielen Probleme, die mit dem Programm aufgetreten sind eine große Rolle. Diese beeinträchtigen die Zufriedenheit der Teilnehmenden und können zu deren Ausstieg führen. Knapp ein Drittel der befragten ÖPUL-Betriebe gab an, Probleme gehabt zu haben. Dabei ging es vorrangig um den Pflanzenschutz, da der Verzicht auf chemische/synthetische Produkte zu Schwierigkeiten führte. Dazu kamen Terminprobleme und die Bürokratie. In den Interviews gaben Befragte an, dass die Auflagen nicht praxisgerecht seien, sie sich durch sie bevormundet und eingeschränkt fühlten, sie generell mit der Ausgestaltung der Maßnahmen nicht zufrieden seien und das Programm sozial nicht ausgewogen sei. So werden

sehr kleine Betriebe von einer Teilnahme ausgeschlossen, weil es bei bestimmten Maßnahmen des ÖPUL eine Mindestgröße gibt, ab welcher eine Fläche erst förderungsfähig wird. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 29-30)

Trotz Problemen sind laut der Befragung knapp 80% der Teilnehmer mit ÖPUL zufrieden, wobei die Zufriedenheit bei den kleineren am ÖPUL teilnehmenden Betrieben am höchsten ist. Um ÖPUL zu verbessern, wünscht sich die überwiegende Mehrheit eine Vereinfachung der Bürokratie, gefolgt von einer Erhöhung der Förderungen. Würde es nach Auslaufen des ÖPUL keine weiteren entsprechenden Förderungen geben, würden laut Befragung dennoch mehr als die Hälfte der ÖPUL-Betriebe die Bewirtschaftung aufrechterhalten, 42% würden dies nicht tun. Je größer der Betrieb, desto geringer wäre allerdings der Prozentsatz der weiter wirtschaftenden Betriebe, profitieren doch die kleinsten am wenigsten vom Programm. Aus den Interviews konnte außerdem gefolgert werden, dass viele Teilnehmer ÖPUL und Förderungen als reine wirtschaftliche Notwendigkeit ansehen und sich wünschen würden, dass ihre Leistung durch gerechte Preise für ihre Produkte und nicht durch Förderungen abgegolten wird. Teilnehmer gaben an, sie fühlen sich als „Almosenempfänger" und bedauern zudem, dass der Bürokratie mehr Bedeutung zugemessen wird als der Arbeit am Feld. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 32-34)

Die im Zuge der Halbzeitbewertung durchgeführte Befragung maß auch der Umwelteinstellung und dem Umweltbewusstsein eine große Bedeutung zu. Laut Autoren muss ein mehrstufiger Prozess durchlaufen werden, um das Teilnahmeverhalten an Programmen wie dem ÖPUL zu verbessern:

- „Allgemeines Umweltbewusstsein
- Spezielles landwirtschaftsorientiertes Umweltbewusstsein
- Persönliche Erfahrung und Betroffenheit bezüglich agrarökologischer Probleme
- Handlungsbereitschaft
- Konkretes Handeln, Teilnahmeverhalten bezüglich des ÖPUL" (GROIER/PÖTSCH 2003: 35)

Wichtige Faktoren sind dabei der Bildungsgrad, der Informationsstand und die Qualität der Beratung sowie Erfahrungen mit Umweltmaßnahmen. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 35)

Die Befragung ergab, dass zwar der Großteil der interviewten Personen glaubt, gut über die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz informiert zu sein, objektiv gesehen jedoch beachtliche Informationsdefizite herrschen. Zentrale Begriffe wie zum Beispiel Natura 2000 sind oft nicht bekannt, außerdem wurde öfters die Aussage gemacht, dass die Landwirtschaft der beste und größte Natur- und Umweltschützer sei, die von ihr verursachten Umweltprobleme werden dabei nicht erkannt. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 35; 37-38)

Die Teilnahme an ÖPUL zeigte dahingehend durchaus positive Bildungseffekte auf die Bewusstseinsänderung, auch wenn mehr als die Hälfte der befragten ÖPUL-Teilnehmer verneinten, dass

sich ihr Verständnis für Natur- und Umweltschutz erhöht habe. Dies liegt aber vor allem am hohen Ausgangsniveau, also dem zuvor bereits vorhandenen hohen Verständnis. Die Änderungen im Bewusstsein waren umso größer je spürbarer die Veränderungen im Betrieb waren. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 38-39)

Letzter Schwerpunkt der Befragung im Rahmen der Mid-Term Evaluierung waren Information und Beratung, welche aufgrund der Komplexität des Programmaufbaus und der Umsetzung eine große Rolle für die Akzeptanz von ÖPUL spielt. Wichtigste Informationsquelle ist dabei laut Befragten die Landwirtschaftskammer, weit vor der AMA und Zeitschriften/Zeitungen. Mit ihrer Beratung sind 90% der Befragten zufrieden. Die Autoren sehen darüber hinaus großes Potenzial zur Verbesserung der Akzeptanz in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Vor allem Nebenerwerbslandwirte verfügen nicht über eine adäquate Ausbildung, laut Befragung hatten nur 59% diese vor allem in Form von landwirtschaftlichen Fachschulen genossen. In vielen Lehrplänen finden sich jedoch nach wie vor nicht ausreichend naturschutzspezifische Lehrinhalte. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 41-44; 52)

2.3.2. Akzeptanz der ÖPUL-Naturschutzmaßnahmen

2009 veröffentlichten SUSKE ET AL. eine Analyse der Akzeptanz der ÖPUL-Maßnahme „WF“ (Erhaltung und Entwicklung naturschutzfachlich wertvoller Flächen) auf Lebensräumen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie. Diese Maßnahme ist besonders zur Erfüllung der Schutzziele auf Natura 2000-Gebieten (u.a. Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands) geeignet. Die Analyse bestand aus einem quantitativen und einen qualitativen Bereich, die vorliegende Arbeit fasst Ergebnisse des letzteren zusammen. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 1; 89)

In fünf ausgewählten Untersuchungsgebieten in der Steiermark, Kärnten, Oberösterreich, dem Burgenland und Tirol wurden insgesamt 340 Landwirte durch einen Fragebogen zum Thema Natura 2000 zu ihren Beweggründen für die Teilnahme befragt, wobei nur 22% davon, also 75 Personen einen beantworteten Fragebogen zurücksendeten. Darüber hinaus wurden auch 18 Vertreter von Naturschutzbehörden, und Landwirtschaftkammern sowie Schutzgebietsbetreuer telefonisch interviewt. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 1-2)

Bei den Befragungen wurde dabei besonders auf bestimmte Einflussfaktoren auf die Akzeptanz eingegangen, nämlich Bildung- und Beratungstätigkeiten, die Konkurrenz anderer Programmteile auf das ÖPUL und eine unterschiedliche Akzeptanz bei Lebensraumtypen auf Natura 2000-Gebietsebene. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 12)

Neben der persönlichen Einstellung zu Natura 2000 allgemein wurden die teilnehmenden Personen auch gebeten, die ÖPUL Naturschutzmaßnahmen zu bewerten. Dabei wurden sie gefragt, ob

ÖPUL ihrer Meinung nach ausreichend Möglichkeiten bietet, in der Region vorhandene Arten und Lebensräume zu schützen. Auch wurde nach dem Informationsangebot zu Vertragsnaturschutzmaßnahmen und Natura 2000 befragt. Schließlich wurden sie auch direkt nach den Gründen für eine (Nicht-)Teilnahme am ÖPUL gefragt. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 63)

Manche der befragten Personen nahmen seit Beginn des ÖPUL bzw. seit der Gründung eines Naturschutzgebiets in ihrer Region an Vertragsnaturschutzprogrammen teil. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 66)

Das Informationsangebot, das je nach Untersuchungsgebiet Exkursionen, Weiterbildungsveranstaltungen u.ä. beinhaltete und durch eine Kooperation unterschiedlicher Organisationen und Interessensvertretern organisiert wurde, wurde von den Befragten positiv gesehen und als notwendig eingeschätzt und je nach Untersuchungsgebiet unterschiedlich angenommen. Eine Schwierigkeit bei der Information ist, dass Grundbesitzer und Bewirtschafter der Flächen oft nicht dieselbe Person sind und je nach Untersuchungsgebiet nur die Grundeigentümer informiert werden. Des Weiteren ist es schwierig, Personen zu erreichen, die an keinen Informationsveranstaltungen, zu denen sie eingeladen werden, teilnehmen. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 67; 71)

Was die Frage anbelangt, ob ÖPUL ausreichend ist, um regionale Lebensräume und Arten zu sichern, gab es nur Ergebnisse aus dem Untersuchungsgebiet im Burgenland. Der Großteil davon antwortete mit „ja". Jene, die dem nicht zustimmten kritisierten u.a. die „Verbürokratisierung des Naturschutzes". (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 75) Laut SUSKE ET AL. „[werden] [d]as ÖPUL und die darin angebotenen Naturschutzmaßnahmen […] somit als ‚gut geeignetes Instrument' angesehen, auf freiwilliger Basis den Schutz und die Entwicklung wertvoller Lebensräume und damit Biodiversität umzusetzen. (SUSKE ET AL. 2009: 81)

Als Gründe für eine Nicht-Teilnahme am ÖPUL wurden die komplizierte Antragstellung, andere betriebliche Gründe oder der Mangel an geeigneten Flächen genannt. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 63)

2.3.3. Natura 2000 und ÖPUL

Ein im Tagungsband des March-Thaya-Auen-Symposiums veröffentlichter Beitrag aus dem Jahr 2010 zeigt die Bedeutung des ÖPUL für Natura 2000-Flächen und die bedeutenden Akzeptanzfaktoren für die Teilnahme an Vertragsnaturschutzmaßnahmen auf.

Laut KELEMEN-FINAN und ZUNA-KRATKY (2010: 15) sind die March-Thaya-Auen eines jener Natura 2000-Gebiete in Österreich, in dem die Akzeptanz von ÖPUL-Naturschutzmaßnahmen am höchsten ist. Konkret werden beinahe alle Feuchtwiesen und Trockenlebensräume, die als Natura 2000-Schutzobjekte ausgewiesen sind, durch eine im ÖPUL festgelegte Bewirtschaftungsweise geschützt. Hinzu kommen wertvolle Lebensräume mit Acker-Widmung, die ebenfalls unter Ver-

trag genommen wurden. Bei einer Befragung der teilnehmenden Landwirte wurde nach den Faktoren für die Teilnahme an ÖPUL in dieser Region gefragt.
Das Ergebnis der Befragung zeigt, dass vor allem zwei Faktoren für die Teilnahme relevant waren. Zum einen war es die Prämienhöhe, die mit den Deckungsbeiträgen bei anderen Nutzungsoptionen konkurrenzfähig ist. Da die Teilnahme an ÖPUL eine wichtige Einkommensgrundlage ist, ist die Zufriedenheit der Landwirte hoch. Nach Ende der aktuellen Vertragsperiode (2007-2013) würden daher alle Betriebe ähnliche Verträge in einer neuen Förderperiode annehmen. Sollten die Vertragsbedingungen geändert werden, würde die Hälfte der Befragten eine andere Bewirtschaftungsweise in Erwägung ziehen. (vgl. KELEMEN-FINAN/ZUNA-KRATKY 2010: 15)
Qualität und Quantität der Information und Kommunikation waren der zweite entscheidende Faktor in der Akzeptanz von ÖPUL. Diese beruht auf einer guten Zusammenarbeit mit dem früher dort agierenden Distelverein (NGO), und später der Naturschutzabteilung Niederösterreichs und der Landwirtschaftskammer. (vgl. KELEMEN-FINAN/ZUNA-KRATKY 2010: 15)
Als Ausblick geben die Autoren an, dass eine Sicherung wertvoller Flächen nach Ende der Förderperiode wahrscheinlich nicht möglich sein wird, da kein rechtlicher Schutz vor Änderung der Bewirtschaftungsweise vorhanden ist. Da Vertragsnaturschutz als einzig realistischer Weg zur Flächensicherung angesehen wird (andere Formen sind bislang gescheitert), hängt der Schutz der Lebensräume nach 2013 einerseits von der Konkurrenzfähigkeit zukünftiger Fördermittel für Naturschutzverträge gegenüber der finanziellen Vorteile einer Nutzungsumstellung und andererseits von der Schaffung einer Gebietsbetreuung, welche weiterhin bei den Landwirten für eine positive Grundeinstellung gegenüber dem Naturschutz und somit für eine hohe Akzeptanz von entsprechenden Maßnahmen sorgt, ab. (vgl. KELEMEN-FINAN/ZUNA-KRATKY 2010: 15-16)

2.3.4. Zusammenfassende Darstellung der Referenzstudien

Die vorgestellten Forschungsprojekte zeigen ausführlich auf, welche Faktoren in unterschiedlichen Kontexten für die Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen relevant sein können.

Aus dem Beispiel der Mid-Term Evaluierung (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003) konnten folgende wichtige Faktoren für die (Nicht-)Akzeptanz ermittelt werden:

- die mit der Teilnahme verbundene Bürokratie,
- entstandene Bewirtschaftungseinschränkungen,
- die Durchführbarkeit und Vereinbarkeit mit bestehender Bewirtschaftung

Eine geringe Rolle spielte hingegen das Umweltbewusstsein der Teilnehmenden, was gleichzeitig somit das größte Potenzial zur Verbesserung bietet. Es wurde festgestellt, dass kein ausreichen-

des Wissen zu Naturschutz vorhanden ist, obwohl die Landwirte dies selbst anders einschätzten. Die Überzeugung, dass Landwirtschaft Natur schützt, war eine verbreitete Meinung. Information und Bildung wird somit zwar nicht von den Teilnehmern selbst als wichtiger Faktor gesehen, dafür umso mehr von den Verfassern der Studie. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003:35-45)

Kritik am ÖPUL bestand darin, dass sich Teilnehmer bevormundet fühlen, dass die Förderung zu gering sei, um den mit der Durchführung der Maßnahme verbundenen Aufwand abzudecken. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 50)

Im Text über ÖPUL in den March-Thaya Auen (vgl. KELEMEN-FINAN/ZUNA-KRATKY 2010) war die Zufriedenheit mit ÖPUL hingegen hoch, da dort die Teilnahme an ÖPUL eine wichtige Einkommensgrundlage ist. Auch dort wurde Information und Kommunikation als zweiter entscheidender Faktor für die Akzeptanz gesehen. In der Studie von SUSKE ET AL. (vgl. SUSKE ET AL. 2009) standen ebenfalls besonders dieser Faktor und die unterschiedlichsten Möglichkeiten Informationen über ÖPUL und Natura 2000 zu vermitteln im Zentrum. Die Aussagekräftigkeit des Texts für die vorliegende Arbeit ist allerdings dadurch eingeschränkt, dass nicht klar zwischen ÖPUL und Natura 2000 unterschieden wurde. Auch bei der Untersuchung in den March-Thaya Auen war die Abgrenzung nicht eindeutig. Obwohl ein offensichtlich starker Zusammenhang dieser beiden Instrumente besteht, sollen in der Folge eindeutige Aussagen ausschließlich zum ÖPUL gemacht werden. Zwar kann, was die Fragestellungen für die dafür zu führenden Interviews anbelangt, auf die vorgestellten Studien zurückgegriffen werden, die Erhebungsmethode wird sich jedoch darin unterscheiden, dass die Befragung, anders als in den vorgestellten Studien, nicht auf vollstandardisierten Fragebögen basieren, sondern mithilfe von persönlich geführten Leitfadeninterviews durchgeführt wird. Interviews kamen in den vorgestellten Beispielen wenn, dann nur in Form von Experteninterviews mit Vertretern der Landwirtschaftskammer oder von Naturschutzbehörden vor. Im Artikel von KELEMEN-FINAN/ZUNA-KRATKY (2010) wurde hingegen nicht genauer ausgeführt, in welcher Form die Befragung erfolgte.

2.4. Hypothesen

Aus der in Kapitel 2 durchgeführten Zusammenfassung des Stands der Forschung in Bezug auf den Vertragsnaturschutz sowie einer Übersicht der zentralen Elemente der Akzeptanzforschung und einer Präsentation von Referenzstudien lassen sich für die vorliegende Arbeit folgende Hypothesen ableiten:

- Die finanzielle Abgeltung ist ein wichtiger Faktor für die Teilnahme an Vertragsnaturschutzprogrammen, aber nicht die Hauptmotivation.
- Landwirte verfügen zum Teil nur über ein geringes naturschutzfachliches Wissen bzw. Verständnis von Zusammenhängen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.
- Emotionale Faktoren spielen eine wichtige Rolle für die Akzeptanz von Vertragsnaturschutzmaßnahmen.
- Die Informationsvermittlung im Vorfeld der Teilnahme und die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Institutionen während der Teilnahme sind entscheidend für die Akzeptanz des Vertragsnaturschutzprogramms.

3. Datengrundlagen und Methode der Erhebung und Auswertung

Nach der Literaturrecherche, die für die Erarbeitung der thematischen Grundlagen dieser Arbeit erforderlich war, erfolgte für die Erstellung des empirischen Teils die Einholung von Datengrundlagen.

Für die INVEKOS-Daten (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem) zur Teilnahme an den einzelnen ÖPUL-Maßnahmen im Bezirk Hartberg im Jahr 2011 wurde Kontakt zum Lebensministerium aufgenommen. Außerdem wurde auch die Bezirkskammer Oststeiermark kontaktiert, um statistische Daten über die landwirtschaftliche Struktur des Bezirks im Allgemeinen und über die Bedeutung von Streuobstwiesen im Speziellen zu erhalten.

Ziel des empirischen Teils war es, in der ausgewählten Untersuchungsregion, dem Bezirk Hartberg (Stmk.), Leitfadeninterviews mit Landwirten durchzuführen, welche sich im Zuge der Teilnahme am ÖPUL der laufenden Förderperiode verpflichtet haben, Streuobstwiesen zu erhalten und dadurch Aussagen über die Akzeptanz zu treffen. Die Auswertung dieser Interviews erfolgte mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse.

Sowohl die angewendete Methode der Erhebung also auch der Auswertung sowie die dafür benötigten Datengrundlagen aus dem Untersuchungsgebiet sollen daher kurz vorgestellt werden.

3.1. Beschreibung des Untersuchungsgebiets Hartberg

Im folgenden Kapitel wird das Untersuchungsgebiet, der Bezirk Hartberg, kurz vorgestellt, wobei insbesondere auf seine naturräumlichen Gegebenheiten, seine landwirtschaftliche Betriebsstruktur und die ÖPUL-Teilnahme eingegangen wird.

3.1.1. Hartberg – Portrait des Bezirks

Der Bezirk Hartberg liegt im Osten der Steiermark, an der Grenze zu Niederösterreich (Norden) und dem Burgenland (Osten). Er verfügt über eine Fläche von rund 950 km² und ca. 70.000 Einwohner. (vgl. LAND STEIERMARK 2012, o.S.)

Er besteht aus 50 Gemeinden, davon 28 Bergbauerngemeinden und erstreckt sich auf einer Seehöhe zwischen 282 und 1.743 m. (BK HB 2012: 1)

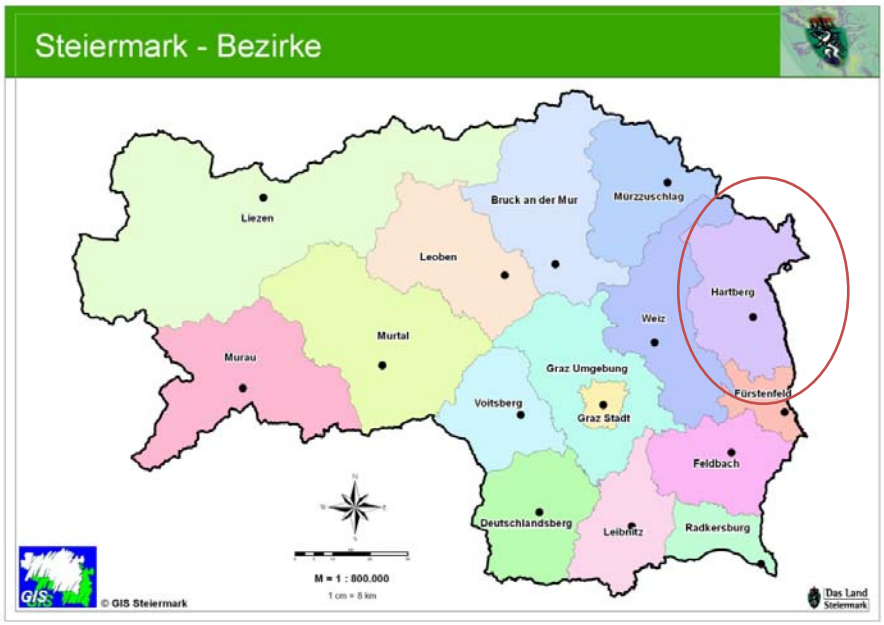


Abbildung 7: Die Steiermark und ihre Bezirke
(ergänzt nach GIS STEIERMARK 2012: o.S.)

Geographisch und geologisch gesehen befindet sich dieser Bezirk in einem Rand- bzw. Übergangsgebiet: zwischen den Ausläufern der Zentralalpen zur pannonischen Tiefebene Ungarns bzw. von kristallinen Gesteinsformationen zum tertiären Pannonischen Becken. Hartberg ist Teil des oststeirischen Hügellands, dessen Hauptfluss die Raab ist und das durch Vulkantätigkeiten im Jungtertiär geprägt ist. (vgl. KRENN 1997: 7-9)

Der Bezirk wird in drei geomorphologische Teile geteilt:

Im Norden dominiert der Wechsel, der breite Rücken ausbildet, die teilweise über die Waldgrenze reichen. Gegen Süden und Osten sind die Hänge treppenförmig ausgebildet, was eine Besiedelung und Nutzung ermöglicht.

Südlich dieses ersten Teils befindet sich das sogenannte Joglland, welches durch drei Mulden gekennzeichnet ist, die Mulden von Wenigzell, Vorau und Pöllau. Die sanfte Ausformung des Jogllands ermöglicht auch hier eine landwirtschaftliche Nutzung dieses Mittelgebirges.

Der südöstliche Teil des Bezirks gehört schließlich zum steirischen Riedelland und ist durch seine breiten Sohlentäler und bewaldeten Terrassen charakterisiert. (SCHALK 1994: 167)

Durch seine Lage ist der Bezirk Hartberg gegen nord- und südalpine Wetterlagen abgeschirmt. Die Talböden am Fuß des Randgebirges, durch das er abgegrenzt ist, bieten klimatisch günstige Voraussetzungen für Ackerbau mit Getreide und Mais. Der südöstliche Teil des Bezirks, das Riedelland, ist klimatisch dermaßen begünstigt, dass Qualitätsobst- und Weinbau möglich ist. (vgl. SCHALK 1994: 167-169) Die langjährige Durchschnittslufttemperatur im Bezirk Hartberg beträgt 9,3°; 2011 lag die Durchschnittslufttemperatur bei 9,8°. (BK HB 2012: 1)

Die jährlichen Niederschlagsmengen betragen in der Oststeiermark rund 800 mm, wobei es oft lange Trockenperioden gibt und das Gebiet durch zahlreiche Gewitter und großer Hagelhäufigkeit gekennzeichnet ist. (vgl. SCHRAMAYR/NOWAK 2000: 96) Im Bezirk Hartberg beträgt der langjährige Durchschnitt 725 mm; 2011 gab es 602 mm Jahresniederschlag. (vgl. BK HB 2012: 1)

Was die natürliche Vegetation anbelangt, so ist der nördliche Bereich der Region, der sich auf einer Höhe von ca. 500 bis 1.500 m befindet, von Tannen- und Fichtenwäldern dominiert. Weiter südlich kommen auf der kollinen Höhenstufe Eichen-Kiefernwälder mit Edelkastanie vor, die Talböden können sumpfigen Charakter haben, wie man am Beispiel das Hartberger Gmoos, das Teil des europaweiten Schutzgebietsnetzes Natura 2000 ist, sieht. (vgl. SCHALK 1994: 167-169) Im Bezirk Hartberg gibt es fünf Natura 2000-Gebiete mit einer Gesamtfläche von 46926 ha. (vgl. BK HB 2012: 1)

Landschaftsbestimmend sind auch die von Nordwest nach Südost verlaufenden Flussläufe der Pinka, Lafnitz, Safen, Saifen und Feistritz, die durch die Ausbildung von Klammen geomorphologische und vegetationskundliche Besonderheiten darstellen. (vgl. SCHALK 1994: 167-169)

Die bereits genannte landwirtschaftliche Nutzung durch Getreide- und v.a. Maisanbau, aber auch Obstbau reicht auch in größere Höhen, vor allem im Pöllauer Tal und Vorauer Becken. Weinbau wird nur an Sonderstandorten in Hanglage betrieben. Dadurch ergibt sich eine stark landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft. (vgl. SCHALK 1994: 167-169)

Von den 95.583 ha Katasterfläche des Bezirks werden laut Agrarstrukturerhebung von 1999 rund 44%, das sind 42.121 ha landwirtschaftlich genutzt; 44.657 ha (ca. 47%) sind Wald. Außerdem gibt es 853 ha Gärten und 159 ha Weingärten. Die Alpen haben im Bezirk Hartberg einen Anteil von 587 ha und es gibt 772 ha Gewässerflächen. Die restlichen Flächen werden als Bauflächen (2.609 ha; ca. 3%) oder sonstige Flächen (3.825 ha; 4%) genutzt. (vgl. BK HB 2012: 1) Folgende Abbildung zeigt das Verhältnis dieser Flächennutzungen:

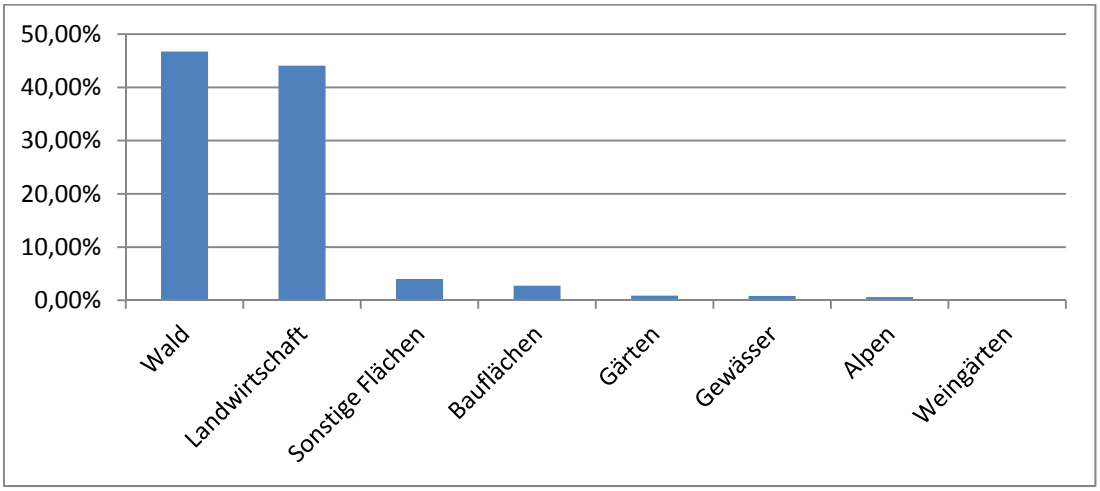


Abbildung 8: Flächennutzung im Bezirk Hartberg
(Quelle: BK HB 2012: 1; eigene Darstellung)

3.1.2. Landwirtschaftliche Betriebe in der Region

Laut Agrarstrukturerhebung von 1999 gab es im Bezirk Hartberg 5.024 landwirtschaftliche Betriebe, davon waren 35,1% (1.760) Haupterwerbsbetriebe und 63,9% (3.212) Nebenerwerbsbetriebe. 1.570 Betriebe sind offizielle Bergbauernbetriebe. Die Gesamtzahl der Betriebe ist im Vergleich dazu im Jahr 2010 auf 3.980 gesunken. Im Bezirk Hartberg gibt es 15.201 Mitglieder der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft. (BK HB 2012: 1)

Was die Kulturarten der Landwirtschaft betrifft, so gibt es laut MFA (Mehrfachantrag) 2012 25.090 ha Ackerland und 11.700 ha Dauergrünland. 617 ha werden mit Spezialkulturen (Obst) bewirtschaftet, 141 ha mit Weinbau.

Die Ackernutzung teilt sich wie in folgender Tabelle dargestellt, auf:

Tabelle 1: Ackernutzungen im Bezirk Hartberg
(Quelle: BK HB 2012: 1)

Ackernutzung	Fläche in Hektar	Fläche in Prozent
Getreide	6180	24,6
Körnermais und Corn-Cob-Mix	6630	26,4
Silo- u. Grünmais	1981	8,0
Kartoffel	107	0,4
Ölsaaten	1853	7,4
Davon Ölkürbis	1292	
Eiweißpflanzen	89	0,4
Blühfläche + GLÖZ A[1]	487	1,9
Feldfutter	7402	29,5
Sonstige Ackernutzung	361	1,4

Wie die Tabelle zeigt, dominiert im Bezirk Hartberg der Anbau von Feldfutter, gefolgt von Körnermais und Getreide. Erwähnenswert ist der relativ hohe Anteil an Ölsaaten in der Ackernutzung, der für die Oststeiermark typisch ist.

Die landwirtschaftliche Struktur des Bezirks zeigt sich in folgender Auflistung der Betriebe nach ihrer Betriebsgröße, welche auf der Agrarstrukturerhebung von 1999 basiert. Sie zeigt, dass beinahe alle Betriebe zwischen zwei und 50 ha groß sind, wobei der Anteil der 20-50 ha großen Betriebe am größten ist, dicht gefolgt von Betrieben mit einer Größe zwischen 10 und 20 ha. Klein- und Mittelbetriebe dominieren also, der Anteil an Großbetrieben ist sehr gering.

1 GLÖZ A oder G bezeichnet prämienfähige landwirtschaftliche Flächen, die in der Flächennutzungsliste des Mehrfachantrags für das ÖPUL aufscheinen. Auf ihnen dürfen nur Mindestpflegemaßnahmen zur Verhinderung der Verwaldung, Verbuschung oder Verödung durchgeführt werden, der Aufwuchs darf jedoch nicht durch Ernten oder Beweidung genutzt werden. (vgl. AMA o.J.a: o.S.)

Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Betriebsgrößen im Bezirk Hartberg
(Quelle: BK HB 2012: 2)

Gesamtfläche	Anzahl der Betriebe absolut	Anzahl der Betriebe in Prozent
Bis <2 ha	274	5,4
2 – <5 ha	1056	20,9
5 – <10 ha	1158	22,9
10 – <20 ha	1190	23,5
20 – <50 ha	1202	23,8
50 – <100 ha	158	3,1
Über 100 ha	18	0,4

Was den Viehbestand und die Viehhalter im Bezirk Hartberg anbelangt, so gibt es laut MFA 2012 in etwa gleich viele Rinder- wie Hühnerhalter, gefolgt von Schweinehaltern. Es gibt im Bezirk insgesamt 11.468 Milchkühe, 5.489 Mutterkühe und 6.783 Zuchtschweine. Folgende Tabelle fasst die Viehhaltung im Bezirk zusammen:

Tabelle 3: Viehbestand und Viehhalter im Bezirk Hartberg
(Quelle: BK HB 2012: 2; erweitert)

	Halter	Anteil in Prozent	Stück	Durchschnittliche Anzahl pro Halter
Rinder	1458	33,8	45174	31
Schweine	1079	25,0	79189	73
Schafe	155	3,6	3338	22
Ziegen	124	2,9	376	3
Hühner	1475	34,2	1122591	761
Truthühner	19	0,4	20960	1103

3.1.3. ÖPUL-Teilnehmer im Bezirk Hartberg

Um herauszufinden, welche Landwirte derzeit an ÖPUL teilnehmen und welche Maßnahmen sie gewählt haben, konnte als Datengrundlage auf das INVEKOS (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem) zurückgegriffen werden.

Demnach nehmen im Bezirk Hartberg in der laufenden Förderperiode 3.038 Betriebe an ÖPUL teil, 22 der Maßnahmen kommen dabei zur Anwendung (INVEKOS 2007):

Tabelle 4: ÖPUL Maßnahmen im Bezirk Hartberg
(vgl. INVEKOS 2007: o.S.; eigene Darstellung)

Maßnahmen-nummer laut SRL	Titel der Maßnahme	Anzahl der teilnehmenden Betriebe
1	Biologische Wirtschaftsweise	254
2	Umweltgerechte Bewirtschaftung von Acker- und Grünlandflächen	1.108
3	Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel auf Ackerflächen	182
4	Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel auf Ackerfutter- und Grünlandflächen	482
5	Verzicht auf Fungizide auf Getreideflächen	258
6	Umweltgerechte Bewirtschaftung von Heil- und Gewürzpflanzen, Alternativen und Saatgutvermehrung	5
7	Integrierte Produktion bestimmter Ackerkulturen	113
8	Erosionsschutz Obst und Hopfen	109
9	Integrierte Produktion Obst und Hopfen	75
10	Erosionsschutz Wein	59
11	Integrierte Produktion Wein	27
12	Integrierte Produktion geschützter Anbau	2
14	Erhaltung von Streuobstbeständen	451
15	Mahd von Steilflächen	626
17	Alpung und Behirtung	55
19	Begrünung von Ackerflächen	1.534
20	Mulch- und Direktsaat	27
25	Verlustarme Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern und Biogasgülle	27
26	Seltene Nutztierrassen	51
27	Seltene landwirtschaftliche Kulturpflanzen	49
28	Erhaltung und Entwicklung naturschutzfachlich wertvoller oder gewässerschutzfachlich bedeutsamer Flächen	604
29	Tierschutzmaßnahme	1.595

Bei der tabellarischen Darstellung ist zu berücksichtigen, dass ein Betrieb mehrere Maßnahmen durchführen kann und die Summe der rechten Spalte daher nicht der tatsächlichen Anzahl der teilnehmenden Betriebe entspricht.

Die Maßnahmen, an denen mit Abstand am meisten landwirtschaftliche Betriebe teilnehmen sind die Tierschutzmaßnahme, die Begrünung von Ackerfläche und die umweltgerechte Bewirtschaftung von Acker- und Grünlandflächen.

3.2. Beschreibung des Untersuchungsgegenstands Streuobstbestände

Der für die vorliegende Arbeit zentrale Begriff „Streuobstbestände“ soll im folgenden Kapitel vorgestellt und definiert werden sowie ihre Förderung und Bedeutung für das Untersuchungsgebiet dargestellt werden.

3.2.1. Förderung von Streuobstbeständen im ÖPUL

Im Untersuchungsgebiet, dem Bezirk Hartberg, soll die Akzeptanz der Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen“ analysiert werden. Hier ein Überblick über die Maßnahme:

Ziel dieser ÖPUL-Maßnahme ist die Erhaltung und Pflege von Streuobstbeständen, das sind Streuobstwiesen oder Streuobstreihen auf Dauergrünland. Eine förderungswürdige Streuobstwiese muss aus mindestens 30 Bäumen/ha bestehen. Dieser Bestand ist gegebenenfalls durch Nachpflanzung mit standortgerechten Sorten aufrecht zu erhalten. Streuobstreihen müssen aus mindestens fünf Bäumen pro Reihe mit maximal 20 m Abstand zwischen den Bäumen bestehen. Die Fläche der Baumreihen ergibt sich aus ihrer Länge (inklusive Baumkrone) mal maximal 10 m Breite.

Voraussetzung für die Teilnahme ist eine Fläche von mindestens 0,1 ha im ersten Jahr. Die Fläche muss entweder beweidet oder einmal im Jahr gemäht werden, wobei das Mähgut verbracht werden muss. Bäume dürfen nur bei Überalterung oder Krankheit entfernt werden. Die Prämie beträgt 120 €/ha pro Jahr. (vgl. AMA o.J.b: 1)

Streuobstwiesen werden im Rahmen des Österreichischen Programs für die Entwicklung des Ländlichen Raums (LE 07-13) unterschiedlich gefördert: Einerseits über die in der obigen Tabelle gekennzeichneten ÖPUL Maßnahmen „Erhalt von Streuobstbeständen“ (ES) und „Erhaltung und Entwicklung naturschutzfachlich wertvoller oder gewässerschutzfachlich bedeutsamer Flächen“ (WF), andererseits über projektbezogene Maßnahmen der Achsen 1 und 3 des LE 07-13, also „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ und „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“. (vgl. ARCHE NOAH 2012: 4-5)

3.2.2. Definitionen und Funktionen von Streuobstbeständen

Als Streuobstwiesen- bzw. reihen sind allgemein extensiv genutzte Flächen mit unregelmäßig, also zerstreut (bzw. bei Reihen z.T. regelmäßig) angeordneten Obstbäumen in Hochstamm- bzw. seltener auch in Halbstammform. Streuobstbau wird oft als Gegenpol zum Plantagenobstbau gesehen. Seit dem Spätmittelalter wird in Österreich Streuobstbau betrieben und hat in einigen Regionen große Bedeutung und landschaftsprägenden Charakter gewonnen. Nach dem zweiten

Weltkrieg und dem dort einsetzenden Strukturwandel in der Landwirtschaft nahm die Zahl der Streuobstbestände jedoch stark ab. Der Eigenbedarf an Obst und Obstprodukten sank und der zunehmende Einsatz von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen führte zu einer Änderung in der Bewirtschaftungsweise, für welche Streuobstbäume ein Hindernis darstellten. (vgl. BERNKOPF 1994: 51-52)

Neben einer wirtschaftlichen Funktion von Streuobstwiesen durch die Nutzung und Verwertung des Obsts bzw. des Unterwuchses erfüllen Streuobstwiesen auch eine ökologische, landschaftsprägende und touristische Funktion. (vgl. EDER 1998: 8-13)

Ökologische Bedeutung von Streuobstwiesen

Streuobstwiesen sind als eine Übergangsform zwischen geschlossenen Gehölzverbänden und dem offenem Kulturland ökologisch besonders wertvoll. Neben dem ausgeglichenen Bestandsklima und der günstigen Wasserbilanz, die sie schaffen, ist das Grünland unter den Bäumen zusammen mit deren Wurzeln ein guter Schutz gegen Erosion. (vgl. PRINZ ET AL. 2007: 2)

Streuobstwiesen bieten unterschiedlichste ökologische Nischen und erfüllen die Funktion von Trittsteinen zur Überbrückung offener Kulturflächen. Sie beherbergen eine große Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten, darunter auch Nützlingen, was sich auf benachbarte Wirtschaftsflächen positiv auswirkt. (vgl. PRINZ ET AL. 2007: 2)

Die ökologische Bedeutung von Streuobstwiesen ergibt sich also aus ihren zahlreichen Funktionen. Dazu zählen die Schaffung günstiger kleinklimatischer Verhältnisse, der Schutz von Boden und Wasser u.a. durch die extensive Bewirtschaftung (kein Chemikalien- und Düngereinsatz), die Stabilisierung von Ökosystemen durch ihre Funktion als Lebensraum und Reproduktionsstätte, die Bildung eines Genreservoirs und die Erhaltung eines Artenreichtums vor allem für die Vogelwelt. Obwohl Streuobstwiesen keine natürlich vorkommenden Lebensräume sondern Teil einer Kulturlandschaft sind, bilden sie Ersatzbiotope für eine Vielzahl an Lebewesen und sind für den Artenschutz von großer Bedeutung. Hier ein Überblick über die wichtigsten Funktionen für die Avifauna (vgl. ERLACH 1994: 61-62):

- Nistplatz: Die hochstämmigen Bäume bieten, besonders wenn es sich um ältere Individuen handelt, viele Brutmöglichkeit für Höhlen- und Halbhöhlenbrüter. Dichte Kronen bieten wiederum Nischen- und Freibrütern Nistmöglichkeiten. Auch Bodenbrüter können sich auf Streuobstwiesen im Stammbereich ansiedeln.
- Nahrungsangebot: Sowohl die Krautschicht der Wiese unter den Bäumen als auch deren Blattwerk, Rinde und Totholz bilden ein Nahrungsangebot an unterschiedlichsten Insekten- und andere Wirbellosenarten. Das Obst selbst ist ebenfalls eine Futterquelle.
- Warten: Die Kronen der Bäume dienen als Singwarten, Ansitzplätze für die Jagd und Wachtposten während der Brutzeit unterschiedlichster Vogelarten.
- Schutz: Streuobstbäume bieten Schutz vor Feinden und Schlechtwetter, sowie Rast- und

Ruheplätze – auch für Gäste, die außerdem auch die übrigen oben genannten Angebote in Anspruch nehmen können.
- Strukturierung: Bereits sehr kleine Streuobstbestände bilden ein Strukturelement und sind vor allem in ausgeräumten Kulturlandschaften wesentlich für die Überbrückung von Distanzen (Trittsteineffekt). Sie dienen dadurch auch der Verbreitung von Arten.

Landschaftsprägende Funktion

Die landschaftsprägende Funktion von Streuobstbeständen ergibt sich zunächst durch ihre Gliederung bzw. Strukturierung der Landschaft. Die vertikale Komponente und die Anordnung in Gruppen oder auch verstreut bilden einen optischen Reiz und lassen die Landschaft ästhetisch ansprechend wirken. Zudem bilden Streuobstwiesen einen Übergang von Bauernhöfen bzw. Siedlungen in die freie Landschaft und sind durch den Wechsel ihres Erscheinungsbilds ein Zeiger des Jahreszeitenverlaufs. (vgl. EDER 1998: 12)

Touristische Funktion

Streuobstwiesen sind aus den genannten ästhetischen Gründen attraktiv für erholungssuchende Menschen und erfüllen dadurch indirekt auch eine touristische Funktion. In einigen Regionen Österreichs sind sie sogar zu deren Wahrzeichen geworden. Ihre Blüte und Veranstaltungen in Verbindung mit Verkostungen der von ihnen gewonnen Produkte ziehen eine große Zahl an Besucher an. (vgl. EDER 1998: 13)

Ein Beispiel „[…] wie ein Regionsbegriff und eine Obstart zu einer untrennbaren Doppelbezeichnung verschmelzen können […]“ (SCHRAMAYR/NOWAK 2000: 125) ist die Wachau mit ihrer Marille. An ihm erkennt man, dass sich der wirtschaftliche Wert von Streuobstbeständen nicht nur über eine einfache Rentabilitätsrechnung durch eine Gegenüberstellung der Einnahmen durch die gewonnenen Produkte und der Ausgaben für die Bewirtschaftung der Bäume bildet. Die durch die Eigenart der Landschaft angezogenen Gäste sind zudem ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, der sich in Nächtigungszahlen und Besucherfrequenzen niederschlägt, was die Streuobstbestände nicht nur für die Landwirte selbst, sondern für ganze Gemeinden oder Bezirke zu erhaltenswürdigen Lebensräumen macht. (vgl. SCHRAMAYR/NOWAK 2000: 125)

3.2.3. Bedeutung von Streuobstwiesen im Bezirk Hartberg

Aufgrund der am Beginn des Kapitels beschriebenen Rahmenbedingungen, der nach Nordwesten geschützten und nach Südosten geöffneten Lage, den reichen Böden und den klimatischen Verhältnissen ergibt sich in der Oststeiermark ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Niederschlag, Temperatur und Boden; sie besitzt daher die besten Oststandortsverhältnisse Österreichs. (vgl. SCHRAMAYR/NOWAK 2000: 96)

Insbesondere das Pöllauer Tal ist bekannt für seine Streuobstbestände, allen voran den Birnbäumen. Die Hirschbirne ist zum Wahrzeichen des Naturparks Pöllauer Tal geworden, der seit 1983 existiert. (vgl. GAUGL 1994: 196)

Auch Herr Ing. Josef Otter von der Bezirkskammer Oststeiermark Hartberg-Fürstenfeld gab in einem telefonischen Gespräch an, dass im Bezirk Hartberg Streuobstwiesen vor allem im Bereich Pöllau vorhanden und von Bedeutung sind. Bezogen auf die Förderung von Streuobst durch das ÖPUL geht laut seinen Angaben der Trend jedoch zum Ausstieg aus der Maßnahme „Erhalt von Streuobstbeständen“, weil die Förderung nicht ausreichend sei. Dies hat laut Herrn Otter aber nur einen zu vernachlässigbaren Einfluss auf den Bestand. Wichtiger sei die sich ändernde lokale Bewirtschaftungsweise. Bäume sind dabei im Weg. Im Osten des Bezirks, wo es viele Natura 2000-Flächen gibt, wird sich laut Herrn Otter jedoch nichts am Bestand ändern, weil für jeden gefällten Baum eine Ersatzpflanzung gemacht werden müsste. (vgl. OTTER 2012)

3.3. Leitfadeninterview

Als Erhebungsmethode wurde für die vorliegende Arbeit das Leitfadeninterview gewählt. Es ist nur eine von vielen Formen der mündlichen Befragung. Eine Klassifizierung von Interviews kann nach unterschiedlichen Merkmalen erfolgen. Eines davon ist das Untersuchungsziel der Befragung – sei es um die Einstellung von Befragten zu einem konkreten Thema herauszufinden, oder durch das Wissen der Interviewpartner eine rekonstruierende Untersuchung zu unterstützen. Je nachdem werden unterschiedlich viele Themen in einem Interview besprochen und eine unterschiedliche Anzahl an Interviewpartner (gleichzeitig oder einzeln) befragt. Die wichtigste Grundlage für die Klassifizierung ist allerdings die Technik der Datenerhebung. Dazu gehört der Grad der Standardisierung des Interviews. (vgl. GLÄSER/LAUDEL 2010: 40-41)

Folgende Standardisierungsgrade werden unterschieden:

- (Voll)standardisiertes Interview, bei dem sowohl die Fragen als auch die Antwortmöglichkeiten vorgegeben und exakt gleich sind. Es handelt sich somit um geschlossene Fragen, da die Antwort nicht selbst formuliert werden kann, sondern aus einer Vorgabe ausgewählt werden muss. Der Interviewer stützt sich also auf einen Fragebogen, deren Fragen fest formuliert sind und in einer festgelegten Reihenfolge zu stellen sind.
- Halbstandardisiertes Interview: Der Unterschied zum vollstandardisierten Interview liegt darin, dass der Interviewpartner die Fragen frei beantworten kann, es wird also nur die Handlung eines Akteurs des Interviews standardisiert.
- Nichtstandardisierte Interviews beinhalten weder standardisierte Fragen noch Antworten, nur das Thema ist vorgegeben. (vgl. GLÄSER/LAUDEL 2010: 41)

Standardisierte Interviews zählen zu quantitativen, nichtstandardisierte zu qualitativen Erhebungsmethoden. Zu nichtstandardisierten Interviews zählen sogenannte teilstandardisierte Interviews wie das Leitfadeninterview, das offene Interview und das narrative Interview. (vgl. GLÄSER/LAUDEL 2010: 41-42)

Das Leitfadeninterview ist auf eine Frageliste (dem Leitfaden) zu vorgegebenen Themen gestützt. Alle Fragen des Leitfadens müssen beantwortet werden, die Reihenfolge muss jedoch nicht unbedingt eingehalten werden, wenn dies für den Gesprächsverlauf hinderlich wäre. Auch sind Nachfragen erlaubt, um eine vollständige Beantwortung einer Frage zu erreichen. Der Leitfaden ist somit eher als eine Richtlinie unbedingt zu stellender Fragen anzusehen. (vgl. GLÄSER/LAUDEL 2010: 42)

Die Erstellung eines Leitfadens dient zur Sicherstellung, dass in allen Interviews bestimmte Informationen erhoben werden, kann allerdings an das jeweilige Gespräch angepasst werden, da die Annäherung an einen natürlichen Gesprächsverlauf wichtiger als die Standardisierung ist. (vgl. GLÄSER/LAUDEL 2010: 150-151).

Die Durchführung von Leitfadeninterviews ermöglicht es, den Interviewpartnern Schwerpunkte zu setzen und frei antworten zu lassen, anstatt, wie es bei quantitativen Methoden der Fall ist, Antworten vorzugeben. Vor Durchführung der Interviews ist, wie dies in den vorigen Kapiteln getan wurde, durch die Erarbeitung theoretischen Grundlagen die Basis der späteren Interpretation geschaffen. Das Eingehen auf unterschiedliche Theorieansätze ermöglicht ein tieferes Verständnis der Daten (vgl. SCHENK 2000: VII)

Ein wichtiger technischer Aspekt von Interviews ist die Form der Kommunikation. Es können Fragebögen per Post verschickt oder persönlich mit Interviewpartnern durchgegangen werden oder Telefoninterviews durchgeführt werden. Für die vorliegende Arbeit wurde die Form des persönlichen, nichtstandardisierten Gesprächs gewählt, in dem die Antworten protokolliert oder mit einem entsprechenden Gerät aufgezeichnet werden. (vgl. GLÄSER/LAUDEL 2010: 42-43)

3.4. Kontaktaufnahme und Durchführung der Interviews

Die Befragung der Landwirte im Bezirk Hartberg erfolgte konzentriert in zwei Einheiten von je einer Woche im Februar und März 2013. Ausgewählt wurden dabei Personen, die laut INVEKOS Daten an der ÖPUL Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen“ in der laufenden Förderperiode teilnehmen, wobei spiralförmig, ausgehend vom Heimatort der Interviewerin, Kontakt aufgenommen wurde, um dann auch Landwirte der umliegenden Gemeinden und schließlich auch weiter entfernter Orte innerhalb des Bezirks Hartberg zu interviewen.

Die ausgewählten Personen wurden zunächst per Telefon kontaktiert, vom Vorhaben informiert und anschließend gebeten, an einem Interview teilzunehmen. Von 25 kontaktierten Landwirten erklärten sich 15 Personen bereit, an einem Interview teilzunehmen. Allerdings lehnten nur 2 Personen dezidiert eine Teilnahme ab. Die übrigen Landwirte konnten entweder telefonisch trotz mehrerer Versuche nicht erreicht werden oder sie erfüllten die Kriterien für eine Teilnahme nicht mehr, da sie zum Beispiel vorzeitig aus dem ÖPUL ausgestiegen waren oder vor kurzem alle landwirtschaftlichen Flächen verpachtet hatten und nicht mehr aktiv Landwirtschaft betrieben. Der Großteil dieser Gruppe gab telefonisch an, dass dieser Schritt im Zuge der Übergabe des Betriebs an die nachfolgende Generation, meist den Sohn, erfolgte und, dass die Bewirtschaftung der vorhandenen Streuobstbestände aufgegeben wurde.

Als schwierig gestaltete sich zum Teil die Terminfindung für ein Interview. Es ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass fast alle kontaktierten Frauen, obwohl sie als Förderempfängerinnen aus den INVEKOS Daten hervorgehen, am Telefon angaben, erst einen Termin für ein Interview vereinbaren zu können, nachdem sie mit ihren Ehemännern Rücksprache gehalten haben, da diese auch am Interview teilnehmen sollten. Auch bei den Interviews selbst übernahmen zum Großteil die Männer die Rolle des Gesprächspartners, auch wenn die Ehefrauen anwesend waren und beide den Betrieb gemeinsam leiteten: 9 der 15 Interviewpartner waren Männer, 6 davon Frauen. Oft waren beim Interview bis zu vier Personen im Raum anwesend, was die Durchführung des Interviews erschwerte, weil versucht wurde, eine Hauptansprechperson zu finden, um kohärente und sich nicht widersprechende Aussagen zu den angesprochenen Themen zu erhalten.

Die Gespräche selbst wurden zum Großteil auf den jeweiligen Höfen geführt, zwei Interviews fanden im Elternhaus der Verfasserin statt, zwei Interviews auf Wunsch der Gesprächspartner in Gaststätten.

Alle Interviewpartner wurden vor Beginn des Interviews über den Inhalt und die ungefähre Dauer des Interviews informiert. Die Vertraulichkeit und Anonymität wurde versichert und um die Erlaubnis der digitalen Aufzeichnung des Gesprächs mittels eines entsprechenden Geräts, um so

eine Auswertung zu erleichtern, wurde gebeten. In einem der 15 Interviews war eine Aufzeichnung aus technischen Gründen leider nicht möglich. Da aber bei allen Interviews zusätzlich auch handschriftliche Notizen des Gesprächs angefertigt wurden, stellt dies für die Auswertung kein Hindernis dar.

Die Interviews dauerten meist ungefähr eine halbe Stunde, drei Gespräche ca. 45 min. und zwei Gespräche in etwa eine Stunde. Zu beachten ist jedoch, dass nach offiziellem Beenden der nach dem Leitfaden geführten Interviews und nach Ausschalten des Aufzeichnungsgeräts die Landwirte offener wurden und noch weiter frei über die im Interview angesprochenen Themen sprachen, was zum Teil als Gedächtnisprotokoll in die Analyse einfließt.

Es stellte sich bereits früh, schon bei der telefonischen Kontaktierung möglicher Interviewpartner, heraus, dass seitens der Landwirte eine misstrauische, abwartende und teils ablehnende Haltung gegenüber einer Befragung vorhanden war, was sich, wie später noch aus der Analyse zu erfahren ist, wahrscheinlich teilweise aus negativen Erfahrungen mit Kontrollen von offiziellen Stellen, zum Beispiel seitens der AMA, begründen lässt. Viele Landwirte vermuteten auch einen Zusammenhang zwischen den Interviews und einer Überprüfung des Betriebs und befürchteten, dass das Gesagte direkt an offizielle Stellen weitergegeben wird.

Grundsätzlich war es daher oft schwierig, eine angenehme, offene Gesprächssituation mit den Interviewpartnern zu finden. Diese reagierten teilweise misstrauisch, teilweise eingeschüchtert auf diese für sie wahrscheinlich ungewohnte Situation und antworteten nur knapp bzw. nahmen vereinzelt im Interview eine grundsätzlich kritische Haltung ein. Einige befürchteten wie erwähnt eine Kontrolle und wollten mehr Klarheit über den Zweck des Gesprächs. Einige Interviewpartner wollten genau wissen, woher die Verfasserin von ihrer Teilnahme am ÖPUL wusste und wie sie zu ihren Daten kam, eine Person war im Speziellen sehr verärgert darüber und warf eine fehlende Anonymität des Interviewprozesses vor und verweigerte zum Teil auch Aussagen im Interview.

Generell zeigten sich die Interviewpartner im Rahmen des Interviews oft sehr zurückhaltend in ihren Antworten und antworteten knapp auf die gestellten Fragen, ohne ihre Antworten weiter auszuführen oder zu begründen. Oft musste nachgehakt werden und um Erläuterungen gebeten werden, um an auswertbares Material für die Inhaltsanalyse zu gelangen.

Die händische Mitschrift und digital aufgenommen Tonaufzeichnungen wurden unmittelbar nach dem Interview am Computer schriftlich festgehalten, wobei keine wortwörtliche Transkription aller Inhalte erfolgte, sondern eine Paraphrasierung, teilweise unter Weglassung nicht inhaltstragender Bestandteile, durchgeführt wurde. Einzelne, wichtige Aussagen wurden wörtlich dokumentiert, um sie später zitieren zu können.

Dieses Ausgangsmaterial wurde anschließend analysiert, um die zu Beginn der vorliegenden Ar-

beit aufgeworfene Fragestellung nach den Gründen bzw. Faktoren der Akzeptanz des ÖPUL bzw. der ausgewählten Maßnahme daraus beantworten zu können bzw. Zusatzinformationen zur grundsätzlichen Einstellung der befragten Personen zu Vertragsnaturschutzmaßnahmen zu erlangen.

3.5. Qualitative Inhaltsanalyse

LUCKE (1995: 332-335) sieht in der qualitativen Sozialforschung eine wichtige Ergänzung in der Akzeptanzforschung zum weit verbreiteten quantitativen Forschungsansatz. Die qualitative Forschung ermöglicht so eine Orientierung am Subjekt, also den Betroffenen, in diesem Fall ÖPUL-Teilnehmern selbst und einen Einbezug des Kontexts, also der alltagspraktischen Umsetzung. Des Weiteren ist durch den qualitativen Forschungsansatz ein Gegenstands- und Problembezug vorhanden und eine Realitäts- und Lebensnähe gegeben.

MAYRING (2010: 48; 51), nach dessen Abhandlung zur qualitativen Inhaltsanalyse in der Folge vorgegangen wird, sieht in ihr keine Alternative zur quantitativen Inhaltsanalyse sondern eine Methode systematischer Interpretation, welche auch quantitative Schritte beinhalten kann. Die Integration qualitativer und quantitativer Verfahrensweise hält er für erstrebenswert, wobei quantitative Schritte vor allem für die Verallgemeinerung der Ergebnisse und zur Unterstreichung der Wichtigkeit einer Kategorie z.B. durch die Feststellung ihrer Häufigkeit von Bedeutung sein können.

Auch er betont die Einbettung des Materials in seinen Kommunikationszusammenhang, also des Texts in seinen Kontext. Die Analyse seines Inhalts muss an das Material angepasst sein, wobei dafür im Vorfeld ein Ablaufmodell erstellt werden muss, das die einzelnen Analyseschritte und deren Reihenfolge festlegt. Jeder Schritt muss regelgeleitet sein. Da in der qualitativen Inhaltsanalyse der Gegenstandbezug wichtiger als die Technik selbst ist, müssen die Entscheidungen, die bei einzelnen an das Material angepassten Analyseschritten getroffen werden, theoretisch fundiert sein. Das bedeutet, dass der Stand der Forschung zum Untersuchungsgegenstand für die Entscheidungsfindung herangezogen wird, wie dies auch in der vorliegenden Arbeit der Fall ist. (vgl. MAYRING 2010: 48-51)

Was den Ablauf einer qualitativen Inhaltsanalyse betrifft, muss zunächst das zu analysierende Ausgangsmaterials bestimmt, eine konkrete Fragestellung formuliert und eine Analysetechnik festgelegt werden. (vgl. MAYRING 2010: 52-53; 56; 59)

3.5.1. Bestimmung des Ausgangsmaterials

Teil dieses ersten Schritts sind die Festlegung des Materials, die Analyse der Entstehungssituation und die formalen Charakteristika des Materials (vgl. MAYRING 2010: 52-53)

Als Material dienen in der vorliegenden Arbeit mit Landwirten geführte Leitfadeninterviews. Die Stichprobe der Interviewpartner wurde nach dem Prinzip des „theoretical sampling“ gewählt. (vgl. SCHENK 2000: 59-60) Die Auswahl erfolgte also nach verschiedenen Merkmalen. Es handelt sich um Landwirte, die am ÖPUL teilnehmen und u.a. die Maßnahme „Erhaltung von Streuobst-

beständen“ durchführen. Nachdem der Umfang der Stichprobe so zu wählen ist, dass sie einerseits repräsentativ aber anderseits auch ökonomisch ist, wurde eine Stichprobe von 15 Personen gewählt. (vgl. MAYRING 2010: 53) Als Untersuchungsgebiet wurde der Bezirk Hartberg ausgewählt. Dieser wurde unter Punkt 3.1. bereits charakterisiert.

Entsprechend der von MAYRING (2010: 52-53) geschilderten Schritten in der Bestimmung des Ausgangsmaterials soll nach der soeben erfolgten Festlegung des verwendeten Materials erläutert werden, wie die Interviews entstanden und welche formalen Charakteristika das Material erfüllt.

Was die Entstehungssituation der Interviews anbelangt, so wurden die teilnehmenden Personen per Telefon gefragt, ob sie einem Interview zustimmen würden. Bei einer Zustimmung führte die Verfasserin, die ebenfalls aus dem Bezirk Hartberg stammt, vor Ort die Interviews durch.

Anschließend wurden die Interviews teilweise, aber nicht vollständig transkribiert. Bei der Transkription erfolgte bereits eine Auswahl und Reduktion des Untersuchungsmaterials.

3.5.2. Fragestellung der Analyse

Nachdem das Ausgangsmaterial bestimmt wurde, soll nun die Fragestellung der Analyse bestimmt werden.

Die qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht es Aussagen in ganz unterschiedliche Richtungen über das erfasste Material zu machen. Ausgehend von MAYRING, lassen sich entweder Aussagen über den Gegenstand selbst (z.B. bei Dokumentenanalysen), über den emotionalen Zustand des Kommunikators oder über den Text selbst machen, wobei bei letzterem der soziokulturelle Hintergrund als Kontext dient. Zudem kann sich die Analyse an Intentionen des Kommunikators oder an die Wirkung bei einer Zielgruppe interessieren. (vgl. MAYRING 2010: 56-57)

Ausgehend davon soll die Analyse in der vorliegenden Arbeit vor allem dazu dienen, Aussagen über den kognitiven und emotionalen Hintergrund der teilnehmenden Personen zu machen, also in Erfahrung zu bringen, welcher Wissenshintergrund, welche Interessen, Einstellungen aber auch welcher emotionale Zustand sie zu einer Teilnahme an ÖPUL bewegt hat, wie sie damit zufrieden sind und wie sie zu Naturschutzmaßnahmen allgemein stehen.

Basierend auf der Theoriegeleitetheit der qualitativen Inhaltsanalyse wurden im vorigen Kapitel bereits Referenzstudien vorgestellt, die als Basis für die eigene Erhebung und Auswertung dienen. Denn Theoriegeleitetheit bedeutet für MAYRING (2009: 57-58), an Erfahrungen anderer über den Untersuchungsgegenstand anzuschließen, mit dem Ziel einen Erkenntnisfortschritt zu erreichen. Die vorliegende Arbeit möchte sich in diesem Sinne anders als die vorgestellten Studien ausschließlich auf die Faktoren für die Akzeptanz des ÖPUL und die grundsätzliche Einstellung zu Vertragsnaturschutzmaßnahmen konzentrieren und in dem Zusammenhang auch auf die Verbindung zwischen einer Kulturlandschaft und ihren Erhaltern eingehen.

3.5.3. Ablaufmodell der Analyse und Analysetechnik

Abschließend kann nun das Ablaufmodell der Analyse festgelegt und die verwendete Analysetechnik bestimmt werden. MAYRING unterscheidet drei Grundformen der Analysetechnik: die Explikation, die Strukturierung und die Zusammenfassung. Bei der Explikation wird zusätzliches Material dazu verwendet, den Text besser zu erläutern und zu erklären. Bei der Strukturierung werden entweder bestimmte Aspekte des Materials betrachtet oder mittels zuvor festgelegten Kriterien ein Querschnitt des Materials angefertigt oder eine Einschätzung des Materials aufgrund bestimmter Kriterien abgegeben. Die Zusammenfassung dient zur Reduktion des Ausgangsmaterials auf die wesentlichen Inhalte. (vgl. MAYRING 2010: 65) Letztere wird in der vorliegenden Arbeit angewendet werden und daher in der Folge kurz vorgestellt.

Zusammenfassung

Die Schritte einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse sind in folgender Grafik dargestellt:

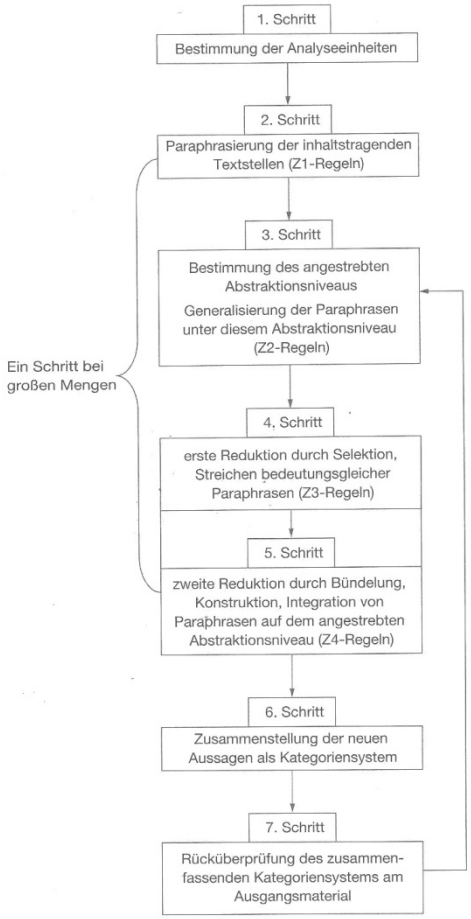


Abbildung 9: Ablaufmodell zusammenfassender Inhaltsanalyse
(MAYRING 2010: 68)

Nachdem bestimmt wurde, welches Material zusammengefasst wird, werden entsprechende Analyseeinheiten festgelegt. Danach erfolgt die Paraphrasierung der einzelnen Kodiereinheiten und das Weglassen nicht inhaltstragender Textbestandteile. Anschließend wird eine Generalisierung, also eine Verallgemeinerung aller Paraphrasen, die unter dem zuvor festgelegten Abstraktionsniveau liegen, durchgeführt. Die dann inhaltsgleichen Paraphrasen können zusammen mit unwichtigen Paraphrasen gestrichen werden. Im nächsten Schritt werden Paraphrasen, die sich aufeinander beziehen, zusammengefasst und wiedergegeben. Das so geschaffene Kategoriesystem muss das Ausgangsmaterial noch repräsentieren, alle ursprünglichen Paraphrasen also durch die neuen Aussagen vertreten sein. Durch ein nochmaliges Durchlaufen der letzten Schritte durch eine Festsetzung eines höheren Abstraktionsniveaus kann gegebenenfalls eine weitere Zusammenfassung erreicht werden. (vgl. MAYRING 2010: 69)

Das Ergebnis dieses Prozesses wird im folgenden Kapitel dargestellt.

4. Ergebnisse

Nach einer Einleitung in das Thema und der Aufarbeitung des aktuellen Forschungsstandes dazu, sowie der Erläuterung der für den empirischen Teil verwendeten Daten und Methode werden in diesem Kapitel die Ergebnisse der durchgeführten Interviews präsentiert.

Dazu werden die Ergebnisse der Interviews quantitativ und qualitativ aufgearbeitet und beleuchtet und mithilfe von Diagrammen und Tabellen dargestellt.

4.1. Statistische Informationen zu den teilnehmenden Betrieben

Folgende Tabelle zeigt die Verteilung der an den Interviews teilnehmenden Betriebe nach ihrer Größe. Es nahmen ausschließlich Klein- und Mittelbetriebe teil, was die kleinteilige landwirtschaftliche Struktur des Bezirks wiederspiegelt.

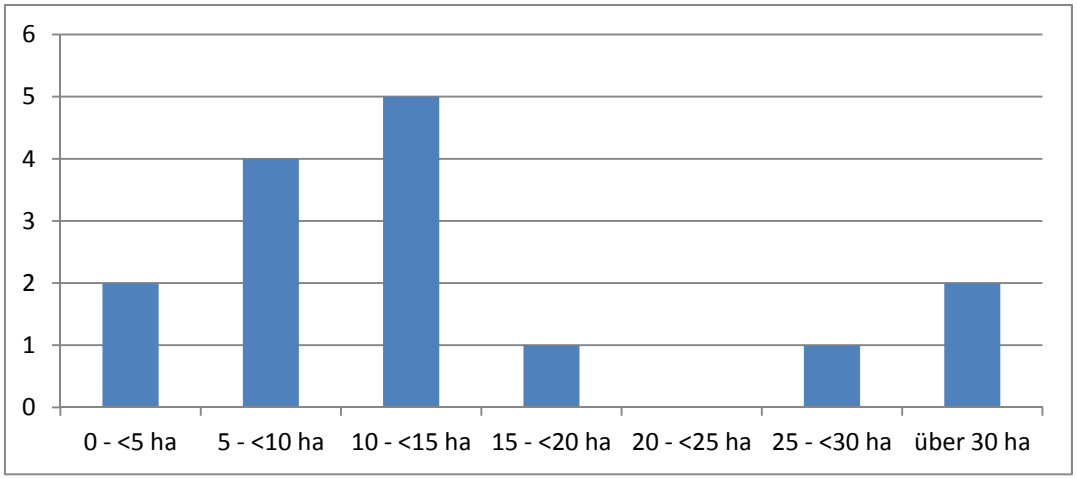


Abbildung 10: Aufteilung der an der Befragung teilnehmenden Betriebe nach ihrer Größe (N=15); Eigene Erhebung

Streuobstwiesen sind für die Oststeiermark ein markantes landschaftliches Element, dennoch sind auch hier die Flächen pro Betrieb – entsprechend der allgemeinen landwirtschaftlichen Struktur – klein. Der Großteil der befragten Betriebe verfügt über weniger als 50 Ar Streuobstflächen, nur drei Betriebe besitzen über 1 Hektar davon.

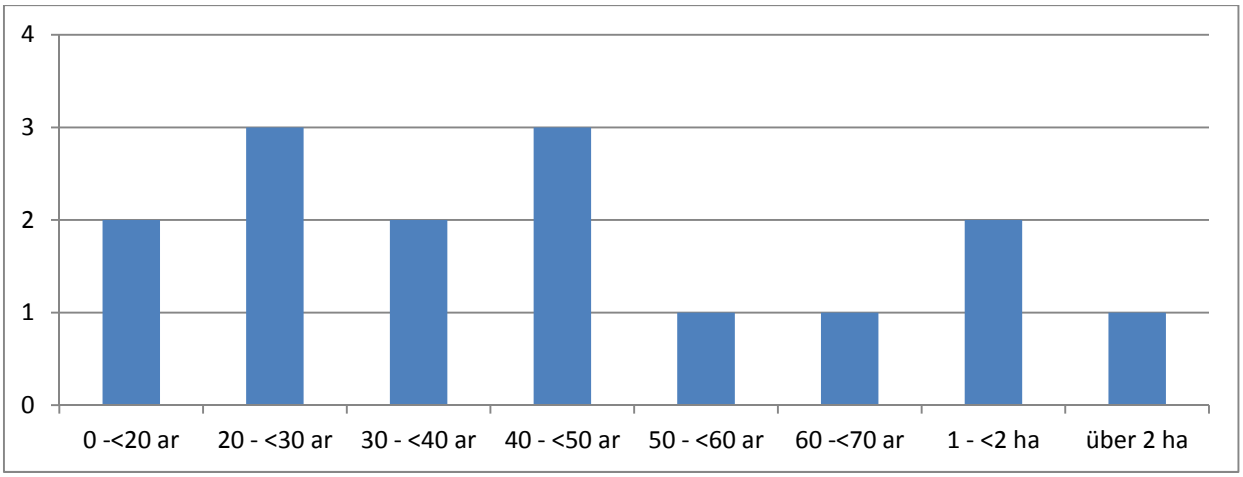


Abbildung 11: Anzahl der Betriebe nach bewirtschafteten Streuobstflächen (N=15); Eigene Erhebung

Was die Bewirtschaftungsweise allgemein anbelangt, so werden drei der 15 Betriebe (20%), die an der Befragung teilnahmen, biologisch geführt, die restlichen 12 (80%) betreiben konventionelle Landwirtschaft.

Alle der befragten Betriebe führen gemischte Betriebe, haben also Acker- und Grünlandflächen und halten Tiere. Drei Betriebe sind vorwiegend Schweinebauern mit 25 bis 75 Muttersäuen, zwei Betriebe vorwiegend Rinderbauern, mit 25 bis 70 Stück Vieh, ein für den Bezirk ungewöhnlich hoher Anteil, nämlich drei Betriebe, haben sich auf Schafe (Milch bzw. Fleisch) spezialisiert und haben zwischen 30 und 300 Tiere. Ein Betrieb produziert Bio-Freilandeier und hält dafür rund 1.500 Hühner. Die übrigen Betriebe halten entweder Rinder und Schweine gemischt bzw. nur wenige Tiere für den Eigenbedarf, darunter v.a. Hühner aber auch Schafe, Ziegen und Hasen.

Von den 15 befragten Personen bewirtschaften nur vier (27%) ihren Betrieb im Vollerwerb, die restlichen elf (73%) im Nebenerwerb, was in etwa dem Bezirksdurchschnitt entspricht. Interessant ist dabei, dass sieben der elf Nebenerwerbsbauern ihren Betrieb erst seit dieser Generation, also seit der Übernahme von den Eltern, in dieser Form führen, davor wurden diese sieben Betriebe haupterwerbsmäßig geführt.

Es handelt sich bei allen befragten Betrieben um Höfe, die schon seit Generationen im Familienbesitz sind und fast ausschließlich von Familienmitgliedern bewirtschaftet werden. Nur in einem Fall wurde als zusätzliche Arbeitskraft ein Praktikant genannt, der in den Sommermonaten aushilft. Meist sind daher nur zwei Personen, manchmal sogar nur eine Person am Hof tätig. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und die fehlende Hofnachfolge wurde von den Interviewpartnern auch angesprochen.

Dass die Hofnachfolge ein wichtiges und zum Teil auch dringendes Problem in den Betrieben ist, lässt sich an der Altersstruktur der befragten Personen erkennen. Die beiden jüngsten befragten Personen waren 44 Jahre alt, die älteste Person 70 Jahre alt.

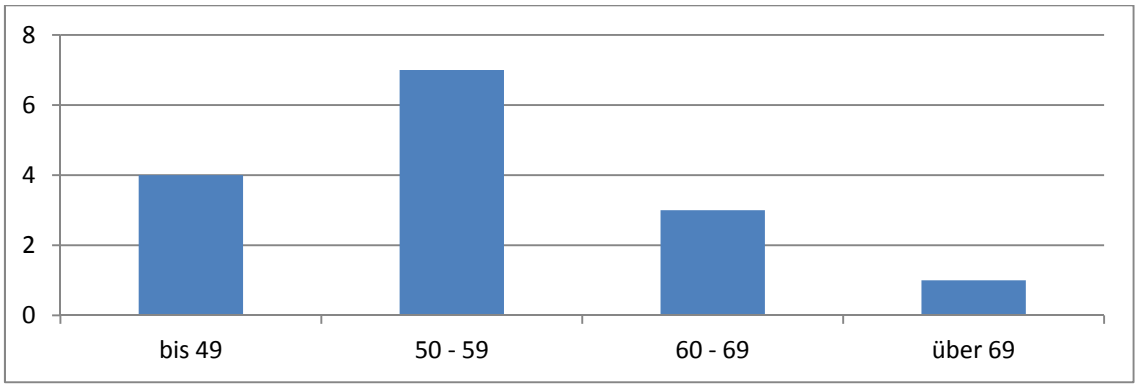


Abbildung 12: Altersstruktur der interviewten Personen (N=15); Eigene Erhebung

Erhoben wurde auch der Bildungsgrad der interviewten Personen. Nur eine Person hat als höchsten Abschluss die Matura und dazu ein nicht abgeschlossenes geisteswissenschaftliches Studium. Drei der befragten Personen haben als höchsten Abschluss die Volksschule, haben zum Teil aber landwirtschaftliche Kurse besucht. Eine landwirtschaftliche Ausbildung in Form einer HBLA oder Fachschule haben fünf der befragten Personen. Der Rest hat als höchsten Abschluss entweder die Hauptschule oder eine Lehre.

4.2. Gründe für die Akzeptanz

Aufbauend auf den theoretischen Grundlagen der Akzeptanzforschung und den vorgestellten Referenzstudien wurden die primären Faktoren, die bei der Akzeptanz eines Vertragsnaturschutzprogrammes eine Rolle spielen, identifiziert. Der Interviewleitfaden wurde so erstellt, dass einerseits überprüft wurde, ob diese Gründe im vorliegenden Fall eine Rolle spielen und dass außerdem die Möglichkeit bestand, neue Faktoren anzusprechen.

Nach der Durchführung der ersten Schritte der qualitativen Inhaltsanalyse, also der Reduktion und Abstraktion des Ausgangsmaterials, lassen sich alle Aussagen zur Teilnahme am ÖPUL bzw. zur Erhaltung von Streuobstbeständen in folgende Kategorien zuordnen:

- Wirtschaftliche Faktoren
- Ideologische Faktoren
- Kontextbezogene Faktoren
- Emotionale Faktoren
- Naturschutzfachliche Faktoren
- Information durch und Kooperation mit Behörden

4.2.1. Wirtschaftliche Faktoren

Wirtschaftliche Faktoren werden in facheinschlägigen Veröffentlichungen zum Thema Vertragsnaturschutz und auch in den präsentierten Referenzstudien als eine der wichtigsten Faktorengruppe für die Akzeptanz genannt. Auch in der vorliegenden Arbeit wurde dies durch die Aussagen der Interviewpartner bestätigt.

Auf die Frage „Warum haben Sie sich für eine Teilnahme an dieser ÖPUL-Maßnahme entschieden?“, antworteten so zum Beispiel beinahe alle teilnehmenden Betriebe, dass sie aufgrund der Förderung, die sie für die Einhaltung der Maßnahmen und der damit verbundenen Auflagen erhalten, mitmachen.

Die finanzielle Entschädigung wurde somit zwar von den InterviewpartnerInnen selbst als Hauptgrund für die Teilnahme genannt, im weiteren Gesprächsverlauf ließ sich anhand zum Teil beiläufig getätigter Kommentare allerdings eine gewisse Widersprüchlichkeit dazu feststellen. Denn die Förderung scheint, wie folgende Zitate zeigen, in der Praxis nicht der primäre Anreiz für die Erhaltung von Streuobstwiesen zu sein, im Gegenteil:

> „Wir hättns [die Streuobstbäume, Anm.] sicher, wenn’s ka Förderung gebn hätt, a net ausgrissen.“

> „Wenn i kane [Förderung, Anm.] kriag, hob i kane“

Ein Paradox ergibt sich auch dadurch, dass die finanzielle Abgeltung zwar als Hauptgrund für die Teilnahme am ÖPUL genannt wird, die Landwirte aber andererseits angaben, dass diese viel zu niedrig sei und eine Teilnahme an dieser konkreten Maßnahme allein quasi keinen finanziellen Vorteil bringe. Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Höhe der Förderung für die Erhaltung von Streuobstbeständen antworteten nämlich neun Personen, dass Sie die Förderung für zu gering halten:

> „Ich krieg für meine insgesamt 24 ar i glaub 22€, muss i Ihnen mehr sagen?"

Die häufigste Kritik dabei war, dass der durch die Einhaltung der Vorgaben der Maßnahme entstandene Arbeitsaufwand durch die Förderung nicht angemessen abgegolten wird. Der Wunsch nach einer höheren Abgeltung arbeitsintensiverer Maßnahmen wurde in diesem Zusammenhang geäußert:

> „Duat, wo mehr Orbat is, deis besser bezohln."

Fünf der 15 Interviewpartner wussten nicht Bescheid, wie hoch die Förderung ist, die sie für die Teilnahme an der Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen" erhalten, drei davon waren aber tendenziell der Meinung, dass sie in Ordnung sei, die anderen zwei vermuteten, dass sie zu niedrig ist.
Die restlichen zwei der 15 Personen gaben an, mit der Höhe der Förderung zufrieden zu sein:

> „Jo, deis passt, deis is glaub i net so schlimm."

> „Najo, deis wird scho holbwegs passn, jo. Es kummt a immer draufon, wöches andere Programm wos man no hot. Wal gewisse Kombinationen schließen sie wieder aus."

Wie das letzte Zitat zeigt, betrachten Landwirte bei der Beurteilung eines Programms, auch in Bezug auf andere Faktoren, stets das Gesamtbild, bzw. trennen sie einzelne Sachverhalte oft nicht voneinander und stellen kausale Zusammenhänge zwischen ihnen her.

Oft wurde die Aussage, aufgrund der Förderung bei ÖPUL teilzunehmen, dadurch ergänzt, dass die Flächen ohnehin vorhanden wären und die Betriebe grundsätzlich so bewirtschaftet werden, dass dies den Auflagen der Maßnahme entspricht. An der Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen" teilzunehmen, war für viele Bauern somit nur eine Formalität, eine Ergänzung zu den übrigen gewählten Maßnahmen, die lukrativer sind. Dabei entstanden Aussagen wie:

> „Mia hobns souwiesou und dann hob ma holt ongsuacht, weign da Förderung."

> „Die Bäume sein do, pflegn muass is sowieso."

> „[…] deis hob ma ja olls ned gspritzt, friacha, souwieso ned, dadurch homma gsogt, seinma dabei."

> „Sicher, wal's dazua passt [zur Bewirtschaftsweise, Anm.], aber natürlich auch finanziell, des is überhaupt kua Frage. Deis wär jetzt a Lüge, wenn i sogn würd, nur aus idealistischen Gründen."

Streuobstflächen wurden laut Aussagen der Teilnehmer ohnehin nur dort angelegt, wo der finanziell lukrativere Ackerbau nicht möglich ist. Somit wäre selbst bei einer Erhöhung der Förderung kein Landwirt bereit, mehr Streuobstwiesen anzulegen:

> „I seh do kuan Ansatzpunkt, a wenn die Förderung sich verdoppeln würde. Das Medium Streuobstwiese sehe ich nicht als zukunftstauglich in der Landwirtschaft […] Durt is ka Zukunft, i sog's ihnen"

> „Mi störns ned, wal mia hom die Streuobstwiesn nua dort, wo Böschung is und wos ma ned als Ackerland nutzn konn […] wal dei sein vorhondn, do konn i sunst nix mochn"

Ein Problem ist auch der geringe ökonomische Nutzen der Streuobstwiesen für die Landwirte. So gaben zwar insgesamt neun der 15 Interviewpartner an, die Wiesen selbst für eigene Tiere nutzen zu können, indem die Flächen entweder gemäht werden und das Gras dann an die Rinder oder Schweine verfüttert wird (bei fünf Betrieben) oder aber die Tiere auf die Wiesen ausgetrieben und sie so beweidet werden. Interessant ist hier, dass drei der vier Betriebe, welche die Streuobstwiesen als Weide nutzen, Schafbauern sind, die sich erst vor wenigen Jahren in diese Richtung neuorientiert haben und von einer Rinder- bzw. gemischten Haltung umgestiegen sind. Einer dieser Landwirte gab jedoch an, die Schafe nur wegen der Streuobstwiesen zu halten, um sich das Mähen zu ersparen, das für den Großteil der befragten Bauern eine sehr arbeitsintensive und unbeliebte Arbeit darstellt:

> „Wennst hiatzta sogma häst, die Hölfte [der gesamten landwirtschaftlichen Flächen, Anm.] Streiobstwiesen – wer maht do? Du konnst mit ka Maschin und nix au."

> „Die Wiesn miassn jo gmahd werdn, unter die Bam" – „Deis is jo deis! Deis is vü Orbat! Do brauchst eigene Mäher dazua, wal mitn Traktor kaunst durt oft ned eini […] wal die Äst owahängan"

Umso mehr wirkt es sich dann auf die Streuobstwiesen aus, wenn das Mähgut im landwirtschaftlichen Betrieb nicht mehr benötigt wird (weil zum Beispiel die Rinderhaltung aufgegeben wurde) und die Wiese keinen Nutzen mehr hat. Sechs der befragten Landwirte gaben an, dass sie das Mähgut der Streuobstwiesen nicht für den eigenen Betrieb brauchen, vier davon kompostieren es daher gleich nach der Mahd:

> „Oba kinnens deis dann überhaupt brauchn, deis Gros?" – „Na, mia tuans scho zamm und mia tuans kompostieren, dass wieda am Ocker zruckkummt. Deis is holt a a teire Angelegenheit… oba dass ma holt für die… was guats tuat fürn Bodn, dafür moch ma deis.[…]"

Nur eine Person kann das Gras verkaufen, eine Landwirtin wiederum kann es bei anderen Landwirten gegen andere landwirtschaftliche Produkte eintauschen:

> „Deis woas jo a jeda: Der hot kuan Grund und hot a Viech und da ondere hot kua Viech und hot an Grund. […] Deis losst si olls ausreidn"

Von den 15 befragten Betrieben gaben neun an, das Obst der Streuobstwiesen aufgrund der geringen Ernte und der großen Diversität – oft gibt es pro Obstart bzw. -sorte nur einen Baum – nur für den Eigenbedarf zu verwenden, also entweder die Früchte selbst oder in verarbeiteter Form als Saft, Most oder Schnaps.

> „Deis is eher für den Hausgebrauch und für den täglichen Bedarf oder so ähnlich. Wal do sein Kirschen drinnen, do sein Pflaumen drinnen, frühe Äpfel und olls mögliche… Nussbam und olls mögliche. Wos holt amol gibt! Eher auf die Sölbstversorger."

Die übrigen sechs Betriebe konnten neben der Produktion für den Eigenbedarf auch einen Gewinn aus dem Verkauf des Obsts bzw. des Safts oder Schnaps erzielen. Die meisten Betriebe verkaufen jährlich mehrere Tonnen Pressobst an Händler oder Saft und Schnaps im Ab-Hof-Verkauf. Eine Person kann die Produkte auch im eigenen Buschenschank verkaufen. Viele dieser, v.a. kleinen Betriebe, beklagen jedoch die geringe Rentabilität des Streuobstbaus, einerseits aufgrund der bereits angesprochenen, niedrigen Preise, welche die Händler bereit sind für Pressobst zu zahlen, andererseits aufgrund der unberechenbaren Ernte dieser extensiven Form des Obstbaus:

> „[…] wal erstens hob ma olls so olte Sortn, wo ma net rechn konn, dass dei olle Johr trogn. […] Die oltn Sortn – zum Großteil is deis a Kronprinz – da kannst mit die Obstbauern redn, bringen dei a ned olle Johr an Ertrog. Deis sein Sortn, dei wos eher schwierig dazua zum bringen sein, dass olle Johr trogn tätn. […] Wal mas mit ka Chemie behondeln holt, gö. Dei sein olle naturbelossn."

Für sie ist die Förderung zwar ein Zugewinn, aber zu niedrig, was laut den interviewten Personen langfristig auch zu einer Aufgabe der Nutzung dieses extensiven Forms des Obstbaus führen wird:

> „In einer Generation klaubt niemand mehr an Opfel auf… um ihn kommerziell zu vermarkten"

> „Wenn du jetzt a Streiobst mochn wülst und du muast deis Streiobst zamklaubn und dann muast as ins Logerhaus fiarn und du kriagst […] nua a poa Cent, do sogt a jeda: Um den Preis klaub I deis ned zam! Es muas a jeda amol auf die Landwirtschoft außi gein und amol deis orbatn! […] Es muas a mei Produkt wos wert sei! I muas wos kriagn dafir"

> „[…] weil der Nutzen, außer landschaftlich-kulturell, minimal ist. Schaun Sie sich die Pressobstpreise der vergangenen 5 Jahre an."

> „Da Preis mocht vü und die zweite Seitn is: hiatz vor a poa Johr homs wüvü Cent kost, die Äpfl? 3, 4 Cent? Auf jeden Foll, do hob i kuan Opfl zamglaubt, sullns die Reh im Winter knabbern!"

Die geringe Rentabilität des Streuobstbaus wurde häufig als Grund für den Rückgang der Bestände genannt. Auch die Erhöhung der Preise alleine ist laut Aussage einzelner Personen jedoch nicht ausreichend:

> „Des hot in kan Betrieb so an wirtschaftlichn Impuls, dass deis überhaupt näher betrachtet werden würde…. Dass ana sogt ‚ich lege a Streuobstwiese an.' "

Nur eine Kombination aus höheren Produktpreisen und einer angemessen Förderungen kann zu einer langfristigen Erhaltung der Bestände führen.

4.2.2. Ideologische Faktoren

In den mit den Landwirten geführten Gesprächen fiel auf, dass die Interviewpartner zwar am ÖPUL teilnahmen, um durch die finanzielle Abgeltung wirtschaftliche Vorteile zu haben, viele von ihnen aber grundsätzlich lieber unabhängig von Förderungen wären. Die Akzeptanz von Vertragsnaturschutzprogrammen ist also, wie die Analyse der Interviews ergab, neben wirtschaftlichen Faktoren auch von ideologischen Faktoren beeinflusst.

So gaben lediglich fünf der 15 befragten Personen an, eine positive Einstellung zu Förderungen zu haben, sieben sahen das Förderwesen grundsätzlich negativ, der Rest äußerte sich ambivalent zu diesem Thema. Dabei lief das Gespräch in diesem Zusammenhang immer auf eine ideologische Diskussion über die Bewahrung der Eigenständigkeit des Landwirts gegenüber einer Abhängigkeit von Förderungen hinaus.

Von jenen Personen, die sich negativ zum Vorhandensein eines Förderungswesens äußerten, gab der Großteil als Grund dafür an, dass sie es bevorzugen würden, mehr für die landwirtschaftlichen Produkte selbst zu erhalten, als auf Förderungen angewiesen zu sein. Sie beziehen sich dabei oft auf eine Vergangenheit, in der ein wirtschaftliches Überleben ohne Förderungen, rein über den Gewinn aus dem Produktverkauf, möglich war.

> „Friacha sein holt die Preise hächer gwein"

> „An wüldn Vorteil hot uns deis nit brocht, deis Gonze"

> „Meine Onsichtn warn, mia kinntn auf die gonze Förderung alles verzichten, wenn's die Preise angemessen hätten. Es warat der gonze Papierkrieg, war olls uafocher, die Preise – wenn scho die Energiepreise so in die Heh gengan, dann sullen unsere Produkte a mitsteigen, […] wal jeder hot sein Lohn. […] Es sull holt a weing angemessen sein […] "

> „Die Förderung brauch i. Oba wenn i fürs Produkt von Haus aus mehr kriag, dann brauch i kua Förderung."

> „Wenns di Förderung komplett aufhearn bin i ned dageign, oba an passenden Preis muass i kriagn"

> „Und dafia sog i a, vo die Förderungen weg und as Produkt sull dementsprechend wos kostn! […] Auf der uan Seitn, dei wos a geringeres Einkommen hobn, dei kinnan sie deis wohrscheinlich oft nit leistn."

Kritisiert wurde auch, dass die von manchen angepriesene Einkommenssicherheit durch regelmäßige Zahlungen von Förderungen in der Realität nicht gegeben ist. Denn bei Ernteausfällen gäbe es für die Landwirte nicht nur finanzielle Einbußen durch den geringenen Gewinn aus dem Verkauf, sie müssten darüber hinaus auch die für diese Fläche erhaltene Förderung zurückzahlen.
Auch die Sinnhaftigkeit von Förderungen wurde dahingehend hinterfragt, dass zum Beispiel Maßnahmen angeboten werden, in denen Landwirte Geld für die Brachlegung einer Fläche erhalten, um weniger zu produzieren und Überschüsse zu vermeiden – eine rein marktwirtschaftliche Überlegung also, die vor naturschutzfachlichen Gründen gestellt wird.
Schließlich wurde auch die Effizienz des Förderwesens, im konkreten des ÖPUL kritisiert. Die Abwicklung sei u.a. durch die Dokumentierung und Kontrollen so kostenintensiv, dass sie die Vergabe von Förderungen ad absurdum führen würden:

> „Du muasst nua reinnan und reinnan und am leitzn Eind bleibt da nix iba, wal wenn i weign dem zwamol muass auf Hartberg foah, do kann i meini Eipfl scho in Boch einischmeißn."

Eine Landwirtin sah die Vergabe von Förderungen sogar als rufschädigend für Landwirte:

> „I find's besser ma kriagt wirklich wos fürs Produkt. Dei Förderungen mochn nua schlechts Licht für die Bauern. […] Gscheiter as Produkt wär wos wert, für die Orbat wosd eigentlich host."

Jene Personen, die sich ambivalent zum Thema Förderungen äußerten, waren zwar grundsäztlich negativ ihnen gegenüber eingestellt, erkannten aber die wirtschaftliche Notwendigkeit von Förderungsgeldern für die Landwirtschaft:

> „Deis is jo so a Dschungel, dass sie kaum a Mensch mehr auskennt. Deis is as große Problem bei dei Förderungen! Ma muass so wahnsinnig aufpassn und so vü Auflogn einholtn und im Prinzip scho fost a Wissenschoftler sein, dass ma deis olls durchblickt. Deis is as Problem. I man, es is wirklicht net leicht! I kaun man net vorstelln, dass deis jeder glei auf Onhieb so durchblickt! Deis is as Problem vo die Förderungen. Und, i muan, es hot immer ghoaßn, deis gonze System wird vereinfacht, oba es is bis dato nicht vereinfacht wordn. Es wär sicher leichter, wenn deis gonze a klarere Struktur hätte. Und Förderungen sein uafoch notwendig! Oda, da Produktpreis wird entsprechend aughobn! Der Landwirt muass vo irgendwos leibn kinnan! Es geht nit onders!"

Eine interviewte Person gab an, den Betrieb nur deshalb weiter im Haupterwerb führen zu können, weil sie Fördermittel erhalte. Sie seien ein wichtiger Zusatz, um weiter bestehen zu können. Dennoch wäre es, so der Grundkonsens fast aller Interviewpartner, wichtig die Produktpreise zu erhöhen, um die ebenfalls gestiegenen Kosten für Dünger und Betriebsmittel auszugleichen.

Gleichzeitig gaben zwei Personen an, dass im Fall einer angemessenen Bezahlung für landwirtschaftliche Produkte, insgesamt weniger gekauft werden würde, da die Händler dies direkt in Form einer Preiserhöhung bei den Produkten an die Kunden weitergeben würden und diese sich dadurch weniger leisten können/wollen würden.

Wie erwähnt fand jedoch ein Drittel der Befragten Förderungen positiv, wobei auch hier hauptsächlich der finanzielle Aspekt (als Ausgleich für die niedrigen Produktpreise) betrachtet wurde. Diese Entwicklung wurde als Folge des EU-Beitritt und der EU-Agrarpolitik gesehen und entweder grundsätzlich als positiver Ansatz oder durch die positiven Konsequenzen wohlwollend gesehen:

> „Des find i scho positiv, weil sonst der Übergang [im Zuge des EU-Beitritts, Anm.] gor net gelungen wäre."

> „Dei sein sicher wichtig, wal mia jo ned übers Produkt deis lukreiern, wos wert is. Deis is jo deis Problem… Deis is die Taktik in da EU… deis is jo olls so gsteuert."

> „Friacha, bevor deis woa, woa jo as Getreide mehr wert. Vo dem is owagongan, dafia kriagt ma a Förderung, deis gleicht sie aus […] und dafia kriagt ma jo die Förderung. […] wal wenns kuane Förderungen nirgends gabat, tat jo as Produkt wieder mehr kostn, oft tät ma deis sowieso wieda hom."

Einer Bäuerin ermöglicht der Erhalt von Förderungen die Ernte an die Schweine zu verfüttern und nicht verkaufen zu müssen und sich so den Zukauf von Futtermitteln zu ersparen.
Sie und ein anderer Landwirt gaben daher an, dass vor allem für kleine Betriebe und kleinstrukturierte Landschaften wie die Oststeiermark die Vergabe von Förderungen wirtschaftlich gesehen vorteilhaft gegenüber einer rein profitorientierten Landwirtschaft sei:

> „Vo unsern Betrieb her is kua Nochteil, weil wir sein nit die Top-Ertrogslogn, do am Hong obn. Gsiach i deis eher als Vorteil. Wenn deis gonze System nur auf Profit aufbauat, wars sicher a großer Nochteil für uns, i glaub sogar für die Region, do, wal konnst mit die Holländer, dei wos 6-, 7-mol iahna Gros mähen, konn der Rinderbauer a net mitholtn, der bei uns 3-mol mähen konn."
> „I hear oft vü Diskussionen, deis ghearat olls übern Preis gmocht. Es gheart a guada Erzeugerpreis, a passender. I sog do, wos is a passender Erzeugerpreis? A passender Erzeugerpreis für an Liter Müch in unserer Region is a gonz a onderer wie in Holland, in a Gunstlog! Deis is net so uafoch wia ma si deis vorstöllt!"

Auch wurde von Seiten der Landwirte eingeräumt, dass das System nicht mehr so funktionieren kann wie früher. Denn durch den gestiegenen Lebensstandard bei den Landwirten sei es nicht möglich, die Preise ihrer Produkte so zu erhöhen, dass sich ihr Einkommen ebenfalls entsprechend erhöhe. Die Zahlung von Förderungen sei in einer Wohlstandsgesellschaft wichtig, auch um die bei manchen Landwirten vorhandene Profitgier durch damit verbundene Auflagen einzudämmen:

„Monchmol brauchts eben Auflogn, dass die Leit dementsprechend wieder orbatn! I muan, bei monche, geht's... – do is iahna Philosophie. Dei spritzatn ned oda tuan holt jetzt net extrem Düngen oder sunst wos. I man, für monche is deis eh sölbstverständlich, oba gewisse brauchen sicha Auflagn, dass eben deis net tuan derfn, damit's, jo – do muass ma ebn über dei Schiene geih. […] Bei monche föhlt dann irgendwo da Hausverstond! Jo, monche homs verloren oder i waß net! Oder eben auch aus Profitgier […]."
„Jo, i glaub, es is scho wichtig, auf da an Seitn, dass Förderungen gibt."
„Sicher, muass dann da Bauer, muass a afoch, müsste vül mehr kriagn dafia. Wal as Produkt, im Endeffet, wenns vom Bio her kummt, is jo eh nit mehr billig. […] Deis kaust jetzt nit mehr höher onpreisn. I glaub dann kau sis wirklich mehr kana leistn. So sulls jo a net sei! I man, es sull as gsunde Essen jo no leistboar sein! […] I man, es is friacha a gongan. […] und sei hom kua Förderung kriagt und sei hom a gleibt davon! Oba es is holt hiatz da Standard a bissl hecher, deis Gonze. Jeder wü si mehr leistn und Urlaub und Auto und Haus und und und, is kloar! Es is afoch vü mehr Göld im Spiel als friacha. Und so gsegn, irgendwo brauchst dann a irgendwo die Förderung dazua."

So wie eine naturgerechte Landwirtschafte eine Ideologiefrage ist, so ist laut Interviewpartner auch der Erhalt von Streuobstbeständen eine Einstellungssache. Viele Landwirte gaben an, dass der langfristige Erhalt von Streuobstwiesen weniger von Naturschutzprogrammen wie dem ÖPUL abhängen, sondern von der Wertehaltung derjeniger, die sie pflegen:

„Der, wosn Bam liabt oder den Bam mog, der hot gern uan und der, der koan mog, der nimmtn sowieso ned"

„Deis kimmt imma aufn Menschn a draufon"

„Deis war gonz gleich, ob ma dei Förderung kriagn oder net kriagn […] hätt ma die gleiche Einstöllung."

„[…] aus Überzeugung loss i dei scho […] sicher wärs beissa, wennst irgenda Förderung kriagst, […] wals jo nua Kostn sein, deis zu bewirtschoftn […] Dei daholt i sicher, wos i hob."

„I glaub, an Menschn muass deis wos wert sein wieda! Dass er an Lebnsraum erholtn tuat, a für seine Nächsten! […] wal sei später a amol an Opfl hom wulln! Sicher is imma ärgerlich, dei hochn Bam, dei oltn, dei imma herrupfn do, und aufikraln und obabeitln, oba deis is a wieda vergeissn, oftn klaubst as holt zam, net? Deis is holt a Orbat, wo I sog, wos sicha net vü bringt. Dei is uafoch so und dadurch zupfns as weig und weg damit. Is net richtig oba nur I glaub, deis konn nur jeda söba für iam entscheidn. Ob er sowos erholtn wü[…]"
„Deis fongt bei die Leit im Kopf an, ob wer heit wos erholtn wü oder olls wos olt is zerstörn wü. Deis konn er söba entscheidn[…]"
„[…] Erholtn tuastn glaub i nur, wennst… wenn olle so as Denkn onfongen wieda."

„Fia ins homs ua erholtn, Bam, und die Nächsten sulln a nou ua hom. […] I sog, deis sull nit olls weigkemman."

„Wir haben auf alle Fälle vor, diese Obstbäume zu erhalten. […] Weil uns deis söba a wichtig is. Also dei bleibn sicher bestehen."

Die interviewten Personen zeigten sich, was die Zukunftsaussichten der Streuobstwiesen betrifft, in diesem Zusammenhang durchwegs negativ. Sie sehen ein Generationenproblem, insofern, als dass die junge Generation profitorientiert wirtschaftet und andere Werte verloren gehen würden und zukünftig kein Wert auf eine nachhaltige Landwirtschaft und extensive Bewirtschaftungsformen wie Streuobstwiesen gelegt werden wird:

> „Die Leit wölln si deis uafoch niama antuan. Brauchma nid mehr, weils sist iana Einkommen hobn und groß gnua, die Wirtschoft […] is mehr Hindernis als der Bam ausmocht. […] vom Nutzen her bringt iana deis woahrscheinlich nid mehr so vü fürs Einkommen, wals schon bequemer sein gwordn, büld i ma ei“

> „Dei Jungen gengan olle orbeitn scho nebenbei und, i man deis is jo klor, dass deis zum Pflegen und die Äpfl zum obibeitln – woaßt wos deis fia a Orbeit is?! Wir orbeitn do drei Wochen oft dabei! Allan deis obeitln und as zammklaubn, wenn deis net lukrativ is, wer mochts?“
> „Vielleicht a poar Stund Äpflklaubn is gonz schei, oba wennst as togelong mochst is dann niema so schei, nimmi au.“ – „Najo…Wenns wos bringt, mochst as liaba! […] Wenn die Leit si gfrein dann auf die schennen Äpfl wosd host mochst as jo gern! Wia wennst zvü host und du bringst as net an und deis bringt nix und du konnst as um an Cent dann aufifiahrn oder net amul […] dann los is liegn!“

> „Warums weniger wird? Deis konn i scho sogn! Wal die jungen Leit wölln deis nid mehr bewirtschoftn, wölln deis ned, wal deis a Orbat is, wo nix mehr aussaschaut.“

> „[Der Sohn, Anm.] tuats sicha nicht, wal der kaft 100%ig den Rosentraktor und maht deis nieda.[…] wal der geht orbatn, wos sull er dahoam… für iam hot deis kua Bedeutung.“

> „I wissat net, wosd do onsetzn kinntast, echt ned. Die Oltn sterbn aus und die Jungen tuans net mehr.“

Als einziges Gegenmittel, um den Rückgang der Streuobstwiesen zu bekämpfen wird in diesem Sinne ein gewisser Idealismus, vor allem von Seiten der nächsten Generation, genannt, der vereinzelt in aktuellen Entwicklungen schon zu erkennen sei:

> „Es is schwierig, ma kau nur hoffen, dass die Jugend, oder einige von da Jugend laufend umdenken und auf sowas… I man, es gibt eh einige wieder, dei dann so klane Londwirtschoftn kafen und a so aussteigermäßig vo da Stodt außagengan und a so a klane Londwirtschoft suachn und eben genau so wieda orbatn wies früher und a wieder an Wert auf a Streiobstwiesn leign und auf dei Sochn. Also i glaub, dass ma nur auf souwos hoffn konn! Dass eben vüle Idealisten wieder gibt! I man, der uafoch as Schöne und as Lebenswerte drau find! I glaub deis is irgendwo das Wichtigste!“

> „I glaub a, dass die Leit schon – also die Jungen – mehr umdenken wie die ältere Generation. […] also wo deis herkummt und wie deis behondelt wird, i glaub scho.“

Die Werthaltung der Landwirte scheint somit ein entscheidender Faktor für den langfristigen Erhalt von Streuobstwiesen zu sein. Nach den Gründen für den Rückgang von Streuobstwiesen befragt, steht dieser Grund, zählt man die Nennungen aller relevanten Aussagen zusammen, auch an erster Stelle. Insgesamt antworteten die Landwirte wie folgt (Mehrfachnennungen möglich):

Tabelle 5: Gründe für die Rückläufigkeit der Streuobstbestände

Gründe für die Rückläufigkeit der Streuobstbestände	Anzahl der Nennungen
Änderungen in der Bewirtschaftungsweise (Modernisierung, Mechanisierung, Änderung der Wirtschaftsform)	9
Fehlendes Interesse an zeitaufwendiger manueller Arbeit	7
Nutzen der Streuobstwiesen zu gering/keine Rentabilität	6
Fehlendes Interesse bei der Jugend/nächsten Generation	5
Fehlende Arbeitskräfte am Hof	2
Fehlende Nachfrage nach Produkten der Streuobstwiesen	2

N=31

Neben den bereits zu Beginn angesprochenen objektbezogenen, wirtschaftlichen Faktoren (keine Rentabilität) und den soeben analysierten subjektbezogenen, ideologischen Faktoren (persönliche Einstellung, fehlendes Interesse bei der Jugend) ist eine dritte Gruppe genannter Gründen erkennbar, nämlich kontextbezogene Faktoren.

4.2.3. Kontextbezogene Faktoren

Der angesprochene Wertewandel der Landwirte steht in einem direkten Verhältnis zu Änderungen in der Bewirtschaftungsweise. Denn auch die Landwirtschaft selbst hat sich in den letzten Jahrzehnten von einer überwiegend händischen, extensiven Bearbeitung von Flächen und einer gemischten Nutztierhaltung hin zu einer maschinellen Bewirtschaftung von Monokulturen und einer Aufgabe der extensiven Rinderhaltung gewandelt. Diese Veränderungen waren der am häufigsten genannte Grund für die Rückläufigkeit der Streuobstbestände im Bezirk und wurden auch an anderer Stelle mehrmals in den Interviews angesprochen, ebenso wie die Konsequenz daraus, nämlich der verringerte Bedarf an Grünland als Futtermittel durch den Rückgang der Rinderhaltung und der damit einhergehenden Umwandlung dieser Flächen zu Äckern:

> „Wal niemand unter die Bam mehr wos orbatn wül. Is jo olls händisch zum Orbatn! Wer… wenn i jetzt…weingan Gros… sog, der konn dei Wiesn hom, der geht ned unt, in Gortn – is jo mehr kua Viech im Dorf! Nirgend mehr, der wos wos braucht."

> „Die Bewirtschoftung is vü uafocha. […] wennst di Bama ausreißt konnstn als Ockerlond nutzn und sist is holt nua Gründlond und Grünlond braucht heit fost kuana, außer mia, weil wir sölchte Wiederkäuer hom. Wennst heit a Saubauer bist, brauch i Ocker, Mais oder Getreide […] deis is da Grund."

> „Weil der Trend uafoch dahin geht, dass die großen Betriebe größer werden und dei uafoch intensiv orbatn und dei können mitn Naturschutz im Prinzipt net gor so vü anfongen. […] Und dei schaun natürlich, dass so vü wie möglich Ocker etc. hom und dann werdn söche Bam uafoch entfernt! Und die Klianan kinnan wohrscheinlich niamma mehr überleben, es is uafoch so!"

Früher war der Bedarf an Grünfutter laut einzelnen Interviewpartnern so groß, dass viele Landwirte froh waren, bei Nachbarn mähen zu dürfen:

> „Dei hom 1, 2 ha Londwirtschoft ghobt, a poa Kiah und deis homs holt unbedingt braucht. […] Deis gibt's jo nid mehr, wenn i denk, bei uns, is jo a gefährdete Tierrass!"

Ein Interviewpartner, der noch Rinder hält und über sehr diverse landwirtschaftliche Flächen, darunter viele Streuobstwiesen verfügt, erklärt selbst die Bedeutung dieser Art der Landwirtschaft:

> „Vo da Londschoft her sog i immer is da Rinderbauer da Londschoftspfleger. Da Schweinebauer oder da Hühnerbauer maht as Uanzölne nit o. Der kau kuan Obstgortn und kua Wiesn nix brauchen. […] Der braucht nur Ockerflächen. Landschoftspfleger, sog i immer, is der Rinderbauer."

Gleichzeitig beklagt er jedoch, dass diese sehr arbeitsintensive Form der Landwirtschaft heute nur mehr schwer umsetzbar ist, da ein Einsatz von Maschinen nur beschränkt möglich ist und schlicht die Arbeitskräfte fehlen, um die Streuobstwiesen zu bewirtschaften. Dies sei seiner Meinung nach vor allem darauf zurückzuführen, dass Familien immer kleiner werden, weil die Zahl der Kinder pro Familie zurückgeht. Da, wie bereits erwähnt, bei 14 der 15 Interviewpartner, ausschließlich Familienmitglieder am Hof arbeiten, scheint dies eine berechtigte Aussage zu sein:

> „Orbatskräfte werden holt am Hof immer weniger und ma mogs holt oft nit damochn. Die Fläche wird eh immer mehr, du sullst immer wochsn, longsom. Wal wenn mia so bliebn warn wia ma friacha worn, kinntat ma nicht überleben: Energiepreise, oftn as Soja, oder Eiweißfuater hom an hochen Preis, insa Produkt is gleich bliebn. […] wennst as Verhöltnis ausrechnest stimmt deis olls nit zammen, oba durch die Menge, wal i hiatz jo mehr hob, geht's a si unterm Strich wieder eher aus. Wenn ma nix gwochsn waren […] kinnst nicht überleben. Und oft nou dazua a Haufn Streiobst, vü Hondorbat, dann sogat a jeder ‚Danke, Stolltir zua!' "

Ein zweiter Landwirt, der ebenfalls den Rückgang an Arbeitskräften beklagte, begründete dies außerdem damit, dass das Image der Landwirtschaft schlecht sei und es dadurch schwierig sei, bezahlte Arbeitskräfte für den Hof zu finden.

Ein ebenfalls genannter, kontextbezogener Grund für den Rückgang der Streuobstwiesen ist der Rückgang der Nachfrage nach Produkten und Erzeugnissen dieser. Unbehandeltes Obst von

Streuobstwiesen entspräche nicht mehr den Standards der in Supermärkten erhältlichen, normierten und optisch ansprechenderen Früchten und sie seien deshalb nicht mehr gefragt. Auch sei der Konsum von Most und selbstgebrannten Schnäpsen rückläufig, was sich insgesamt wiederum auf die Bestände auswirke:

> „Heit, den Jungen is der Opfl nix wert. …do kann ma an Opfl eh im Gschäft kafn, dei poa Äpfl, dei i brauch, dei kaf i ma. Schnopsbrennan tuat a niama mehr, dei Zeit hot er net. […] Deis tuans olls net mehr und dann stearn ihna dei Bam. Wal deis Obst is für iana, hm, deis brauch ma ned! Dei schätzn den Bam niama mehr. So, wos tuama? Dei Flächn wöma onderscht nutzn […] und weig seins!“

Für viele der befragten Personen war es daher ein persönliches Anliegen, diese Traditionen und dadurch auch die Streuobstwiesen zu erhalten.

4.2.4. Emotionale Faktoren

In den zitierten Aussagen vieler Interviewpartner war mehrfach schon zu erkennen, dass Argumente oft auf emotionaler Basis und weniger auf Fakten vorgebracht werden und emotionale Aspekte eine wichtige Rolle unter allen Faktoren für die Akzeptanz des ÖPUL und im Speziellen der Maßnahme ES spielen.

Dies spiegelt sich auch in den Antworten der Frage nach der Bedeutung der Streuobstwiesen für die Oststeiermark und für die Landwirte selbst wieder. Folgende Antworten wurden gegeben. (Mehrfachnennungen möglich):

Tabelle 6: Bedeutung von Streuobstwiesen

Bedeutung der Streuobstwiesen	Anzahl der Nennungen
Landschaftsbild, ästhetisch ansprechend	11
Natur- und Umweltschutz	10
Heimische Produkte aus Eigenerzeugung	7
Unbehandelte, natürliche Produkte	7
Tradition, Kultur	4
Eigenbedarf	3
Wirtschaftlich	3
Sortenerhalt	2

N=47

Obwohl die Bedeutung der Streuobstwiesen für die Natur und den Umweltschutz am zweithäufigsten genannt wurde, ist zu berücksichtigen, dass diese Nennung meist nur eine Bestätigung der Frage war, ob Streuobstwiesen auch in diesem Zusammenhang von Relevanz seien. (Dieser Punkt wird später noch im Detail analysiert werden.) Von sich aus begründeten Landwirte die Bedeutung der Streuobstwiesen jedoch fast ausschließlich durch emotionale Aspekte bzw. nannten

Gründe, welche sich auf das Verhältnis des Landwirts zu seinem Lebensumfeld bezogen.
So wurde von Landwirten sehr häufig angegeben, dass die Streuobstwiesen deshalb von Bedeutung seien, weil sie unbehandelte, natürliche Produkte erzeugen. Für viele ist das Obst der Streuobstwiesen ein natürlich biologisches Produkt, das leider zu wenig geschätzt wird. Ergänzt wurde die Aussage meist mit dem Verweis auf die Wichtigkeit der Erzeugung dieser Früchte im „eigenen Garten", also der regionale Aspekt. Verbunden ist dies mit einem Stolz auf die lange Tradition des Streuobstbaus in der Oststeiermark, welche von einigen als Teil der Kultur gesehen wird.
Drei Personen gaben – nach der Bedeutung der Streuobstwiesen für sie selbst befragt – zusätzlich an, dass sie es vor allem schätzen, Äpfel für den Eigenbedarf zu haben:

> „Mia san holt nou so, dass ma sogn tuan, mia wulln unsan eigenen Opflsoft trinken […]"

Ein Landwirt verneinte hingegen diesen positiven Aspekt und sieht die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen als Belastung:

> „[…] Hiatz is eigentli … normal is a Belostung, net? Wal dei poar Äpfl wost do brauchst sölba, net, do host a Haufn Orbat, net?"

Um auf die Bedeutung um das Wissen der Herkunft und die Natürlichkeit der Ernteprodukte und -erzeugnisse, welche insgesamt 14-mal genannt wurden, zurückzukommen, hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen diesbezüglich:

> „I sog, ma sullts scho anbaun…dass deis in Österreich, wenn ma wos verkauft, deis vermarktet wird. Dass mas ned vom Ausland huln brauchn."

> „[…] weilst natürliche Produkte erzeigst, dei wos ned gspritzt sein… do woas i genau wos i selba iss oder trink."

> „Wia schaut deis aus, wenn die amol olle weiggrissn wern? […] und du muasst eibn jedn Opfel kaufen […] und du woaßt ned wos herkummt deis Obst und wos mit dem tau wird?"

> „Es is wos onders, wenn i die eigenen Äpfl essen kann, als i muass irgendwie kafn und dei sein dann entsprechend beorbeitet."

> „Bedeitung…Es is holt, der eigene Soft, wos ma mochen draus, deis is ungspritzt, do woaß ma wos ma trinkt […]"

> „dass i meine eigenen Eipfl hob und dass i woaß, dass dei ned hiatz 15 mol gspritzt […] dass i außi gehen kau und kau an Opfl obanemman"

> „Die Bedeutung is, i woaß, wos fia a Obst i press, eigentli. I sog imma zu meine Kinder, deis miassat im Gschäft jo 3€ kostn, der Liter, vo dem wos bietet. Oba nur, es gherat talweis a, die Wertschätzung is do glaub i no zu gering vo dei Sochn. Wal wertvoll is nua, wenns hearst, dreimol am Tog, wia guat as Cola is, wias zischt – in der Werbung."

> „Unbedingt! […] weilst natürliche Produkte erzeigst, dei wos ned gspritzt sein… do woas i genau wos i selba iss oder trink"

Die im Streuobstbau erzeugten Produkte seien laut einer Landwirtin noch naturnaher erzeugt, als kommerziell vermarktete Bioprodukte, denn letztere werden durchaus mit Kupfer gespritzt und die Sorten sind ebenfalls hochgezüchtet und genormt. Obwohl sie selbst Biobäurin ist, kritisiert sie, dass Bio nicht gleich Bio ist und, dass sie die im Streuobstbau geernten Äpfel nicht als solche verkaufen kann:

> „Die Leit wölln jo heit, a wenns Bio is, schenne Äpfl. Do derf ka Punktal obn sei – es sull zwor Bio sein – und do wird jo im Bio-Bereich auch gespritzt und behandelt."

Die Bedeutung der Streuobstwiesen ergibt sich aber wie angesprochen nicht nur aus ihrer Natürlichkeit, sondern auch aus ihrer Regionalität. Für viele der Befragten sind sie zu einem Kulturgut geworden, zu welchem sie eine emotionale Bindung haben und welches für die nächsten Generationen zu schützen ist. Sie berufen sich dabei auf eine Tradition, die mehrere hundert Jahre alt ist und die es zu erhalten gilt:

> „Jo, dass deis Gonze erholtn bleibt. […] Jeder reißt die Äpflbam aus, dass a mit die Maschinen leichter anmog, net, und denkt oba gor ned noch, wia long dass der Bam braucht, bis der amol an Opfl trogt, net? Und da Nächste sull oba a no an Opfl hom. Deis is holt die gonze Kultur, net? Is sog, deis is jo a Kultur, deis gheart jo zua da Oststeiermork dazua, dass I dei Äpfelbam no olte wo stehn hob. […] so an Obstgortn siacht jo eigentli no überoll […] dei reißns aus den Grund aus, dass oafoch mit die Maschinen leichter durchfoahrn und dann gibt's nur mehr große… und deis is olls weig. Und dei Soatn wiast nit mehr kriagn so schnö, net, wos die oltn Bam san, net?"

> „I sog, dei woarn imma do, dei ghearn zu der Kultur und I sull heit net olls wos is zerstörn. […] Für die Landschaft, für die Kultur, für olls! Wenn die Bäume net mehr wären, i man, do sein eh scho sehr vü weg, also deis würde scho an entscheidenden Einschnitt bedeuten, glaub i holt amol! Und i bin scho der Meinung, dass deis wichtig wäre, deis weiter zu fördern! Absolut!"

> „Deis gheat zua Natur dazua sog i. und außerdem hot deis zu jeden Haus friacha gheart, dass ma Most mochn kau, dass ma Äpfl zum essn hot. […] Dafia is deis a gsetzt wordn, muan i, vor 100 Johr"

Auch die regionale Sortenvielfalt ist Teil dieser Kultur und schützenswert:

> „I büld ma ein für die oltn Baumbestände […] und olte Fruchtsortn nou."

> „Für die Londschoft is wichtig und a, i sog, die Sortn söba vo die Äpfl. Wal mia hom do dei Üza [Illzer], den Rosnopfl, dei brouck ma oba, da hobma hiatz immer nou schenne Eipfl fia uns söba, net? Dei sein nix gspritzt! […] Also I sog, deis sulltns net olls glei weiggeibn, net? Und dadurch homs dies a, dass die Streiobstwiesn fördern… Der wos mehra Bam hot, kriagt jo mehr Göld. [...] Bei uns is deis jo nua a kluana Onteil, deis tuat jo net weh, wennst as mitonsogst, do kriagst holt nou wos, is jo wurscht."

Neben der Bedeutung für die Landwirte und allen Bewohnern ihres Lebensumfelds, hoben die befragten Personen die Rolle der Streuobstwiesen als Kulturlandschaftsform hervor. So sieht eine befragte Person einen wirtschaftlichen Nutzen der Streuobstwiesen für die Region mit Verweis

auf die Apfelstraße. An dieser Aussage muss angemerkt werden, dass die Apfelstraße ein Zusammenschluss von Betrieben ist, welche nicht (nur) Streuobst erzeugen, sondern auch Plantagenobstbau betreiben. Der wirtschaftliche Nutzen der Streuobstwiesen, der von drei Interviewpartnern bestätigt wurde, kann aber auch persönlicher Natur sein, da die Bewirtschaftung laut einer Landwirtin nicht kostenintensiv ist:

> „I hob kuane Ausgobn vorher, Äpfel wochsn alluan."

Die Bedeutung der Streuobstwiesen als Kulturlandschaftsform ist eng mit den zuvor genannten Gründen verwoben, wobei bei folgenden Aussagen das Hauptaugenmerk auf dem ästhetischen Charakter der Streuobstbäume bzw. -wiesen und ihre Rolle für die typische Landschaft gelegt wird:

> „Wos glaubns, wenn dei gonzn Bama wegkammatn, wia des ausschaut!"

> „Pfleigt muass werdn! A grüner Plotz is jo a schen"

> „extreme Bedeutung… vom Landschaftsbild […] deis is jo wos scheins"

> „[…] Und vor ollm a für die Landschaft, damit sie a gepflegt wird. Weil die Bauern überlegn sie deis dann jo mit der Zeit – wenns keine Förderung gibt, dann werdens as a nit mehr pflegn."

> „Auf olle Fälle […] dass ned olls so gleich […], dassd a wengal a Wiesnbluman gsiachst! Gsiachst eh mehr kua!"

> „Jo, hoben schon a Bedeutung! Londschoftsmäßig schon amol…I man, unser Gegend is sowieso…friacha worn überall, wie sull ma sogn, so Wiesenstrafen mit Äpfel, also mit Bama dazwischen, i man, allan fürs Londschoftsbüld föhlat deis scho! Grod, ibahaupt Steiermoark oder Oststeiermoark, deis is ibahaupt geprägt, fia deis eigentlich. Also i muan, deis war total schod, wenn deis, wenn deis, wos woars i, olls wegkamat und nur mehr Kukuruz hom. I man, homma eh scho genug! Kukuruzfölder… oba es wurat wohrscheinlich noch schlimmer. Wenn deis, wenn deis is a, is sicher die Förderung dazua, damit no...Wal hom jetzt […] Wegen der Londschoft und jo, wal eh so vül verschwindt, irgendwo."

Laut eines Landwirts ist dieser ästhetische und kulturelle Aspekt jedoch auch der einzige, der in Bezug auf Streuobstwiesen von Bedeutung sei:

> „Landschaftlich und kulturell, sonst nicht."

Der Rückgang der Streuobstbestände wird daher auch als bedrohlich für das charakteristische Landschaftsbild der Oststeiermark gesehen. Es gelte diesen Status quo zu erhalten, um nicht das Schicksal anderer Regionen bzw. Bundesländer teilen zu müssen:

> „[…] wennst aufs Burgenland fohrst, do siachst mehr nirgends wo an Baum stehn auf die Äcker oder wos. Bei uns stengan holt nou ua"

> „Auf der uanen Seitn is jo a Landschaftsverbesserung – äh – oder äh – a Landschaftwirtschafsbilderhaltung, wal wennst da deis auschaust, wos woaß i, teilweise in Niederösterreich, oder irgendwo, weit und broat kua Bam und nix."

Trotz des landschaftlichen Wertes der Streuobstwiesen wurde auch an dieser Stelle auf die Problematik, diese Kulturlandschaft weiterhin zu pflegen, hingewiesen:

> „Es is eh wie überoll, es is eh gonz toll, im Frühjohr wenns blüht, und so oba… Do is uana amol kemman eh zwecks Baumbestand bei die Hirschbirnen, jo, ob ma's eh nochsetzt und bla bla bla, i muan talweis, dei folln jo net eini, wals technisch nit ausgeht, Förderungsrichtlinienmäßig […] wals zschmol is […] der hot holt a erklärt, wie schade, dass deis is, dass mas nit nochsetzt. Jo, hom i gsogt, i find's irrsinnig toll, so an Baum, oba kumman sie daher und mahn ma den aus oder pflegn ma den aufd Höh? […] Es is olls liab und schei, oba vo den her sein die Obgöltungen no vü zu gering […] Ma siachts eh, die Orbatskräfte werdn immer weniger am Betrieb…"

Eine Person zweifelte, nach der Bedeutung der Streuobstwiesen gefragt, wiederum an ihrer landschaftlich-ästhetischen Wichtigkeit:

> „[…] wengan schön weniger"

Abschließend sei zu den emotionalen Faktoren noch angemerkt, dass viele Landwirte eine konservative und zukunftskritische Haltung einnahmen, wie bereits mehrfach zu sehen war. Sie verwiesen im Interview auf die Tradition des Streuobstbaus, die zu enden droht, weil die junge Generation kein Interesse mehr dafür zeigt, reflektierten aber ihre eigene Rolle nur selten. Zusammenfassend kann man den befragten Landwirten durchaus eine „Früher war alles besser"-Mentalität vorwerfen, die sich nur selten, wie im folgenden Beispiel, in einer konkreten Kritik äußert:

> „Wos miassn tuan? Dei miassn irgendwos anbaun, wos zerstört hom, dass deis wieder funktioniert! I sog, sei hom wos, wos scho funktioniert hot, homs miassn a bissl zerstörn, dass wieda drauf kemman, dass deis eh funktioniert hot."

Die Kritik bezieht sich darauf, dass Vertragsnaturschutzprogramme nur aus Reparaturmaßnahmen bestehen würden, die dazu dienen, einen Zustand wiederherzustellen, der vorherrschte, bevor durch eine moderne Bewirtschaftungsweise und das Streben nach immer höheren Erträgen Raubbau an der Natur und Landschaft betrieben wurde. Diese kritische Einstellung zum Natur- und Umweltschutz und der Informationsstand der Landwirte zu diesem Thema sind ein weiterer wichtiger Faktor für die Akzeptanz.

4.2.5. Meinung und Wissen über naturschutzfachliche Faktoren

In Tabelle 6 zu den wichtigsten Bedeutungen der Streuobstwiesen stand Natur- und Umweltschutz mit zehn Nennungen an zweiter Stelle. Vor allem die Bedeutung der Streuobstwiesen als Lebensraum für Vögel wurde hervorgehoben, einige Landwirte verwiesen zusätzlich auf die positive Wirkung auf das Mikroklima z.B. durch die Schattenwirkung der Bäume oder auch auf die schützende Wirkung vor Erosion. Dazu kommt die eingangs unter den emotionalen Faktoren angesprochene Bedeutung des Verzichts auf jegliche Spritzmittel im Streuobstbau.

In der folgenden Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen dazu zeigt sich, dass ein gewisses Grundwissen über ökologische Zusammenhänge und Natur- und Umweltschutz vorhanden ist, wobei einerseits zu berücksichtigen ist, dass diese Aussagen meist nur Reaktionen auf die explizite Frage nach der Bedeutung der Streuobstwiesen für den Naturschutz waren und die Interviewpartner nicht immer von sich aus auf diese Bedeutung verwiesen:

> „Überhaupt keine Frage! Deis hob i total vergessn, also um Gottes Wülln! Deis gsiacht ma immer wieder, wenn do irgendwos entfernt wird, dass do die Tiere dann sicher a großes Problem hom. Grod deis wär wichtig!
>
> „Deis is koa Froge, jo sicher! […] Brauchst jo nur schaun, a Meisn, die kau 100 m do fliegn, sunst is da Lebensraum net passend, wals immer rostn muass. I muan deis is kua Froge."
>
> „Irgendwie jo… […] Wenns Streiobst olls wegkammat, die Felder zammbaut wird, Naturkatastrophen, an Wossa…wenn i a Zaln Bama dazwischen hob, durt bremsts as Wossa wieda […] Firn Natursocha, Naturkatastrophen, so von Hochwosser her, is as Streiobst, wenn wo a Zaln Bam steht sicher ein Vorteil. Wia wenn angenommen a bissl a Hongflächn is und olls ua Ackerflächen is, schwemmt's olls weig. Die guate Erdn is dann fuart. […] Also es hot Vorteile a. Es gibt nix Vorteile allua. Der Nachteil is holt, durt hob i wieder mehr Hondorbeit drauf, i muass mitm Motormäher unter die Bam außamahn, mit da Hond kluarechen, wos sist, wenn olls ua Fläche is, mit die großn Maschinen geht."
>
> „[…] deis is olls uafoch der Kreislauf […] ausgrissn und umgschnittn seins schnö. Oba bis a amol wieder so wird […]"
>
> „Jo, spült a a Rolle! Für die Veigl, für die Specht brauchens und Nistplätze und… jo, natürlich! Is Lebensraum, eigentlich, net?"
>
> „[…] Und auf der uan Seitn is fürn Klimaschutz und für olls irgendwie sicher von Vorteil."
>
> „Auf jedn Foll! Brauchst jo nua schaun, wos woaß i, wenn do kua Bamreih und nix mehr is, wia dann der Wind geht und olls. Deis holt scho irgendwia. Oder verändert si… oder die Luft… oder die Luftströmung."
>
> „Deis tät i scho a sogn […] wal jeda Baum wos do steht und Sauerstoff und Sochn und durch die Blätter."
>
> Mia kummt via es is fia die … wia sogt ma do…fia die Veigl und fia deis… a Leibnsraum"

> [„Also Naturschutz vielleicht a bissl“, Interviewerin] – „Natur, jo fia die Natur! So is deis guat! […] wia wenns olls kahl und kuani Obstbama gibt.“
>
> „A Bedeitung werdns scho hobn wohrscheinlich, vom Ökologischen, weing die Veigl und olls oder wia ma deis sogt […]“

Vor allem in den letzten Aussagen ist erkennbar, dass zwar eine Bedeutung vermutet wird, aber kein konkretes Wissen über Naturschutz und die eigentlichen Ziele des Vertragsnaturschutzprogramms, an dem die Landwirte teilnehmen, vorhanden ist. Es ist anzunehmen, dass ein gewisser Anteil der Interviewpartner die Bedeutung der Streuobstwiesen für den Naturschutz nur deshalb bestätigte, weil sie davon ausgingen, dass dies die sozial erwünschte Antwort sei.[1]

Manche Interviewpartner hatten Schwierigkeiten, zu erkennen, worauf die Frage nach der Bedeutung der Streuobstwiesen für den Naturschutz hinauslaufen sollte. Sie gaben an, dass Rehe gerne die Äpfel der Bäume essen, aber konnten nicht weiter argumentieren. Dies zeigt u.a. ein fehlendes Verständnis von Zusammenhängen, denn an anderer Stelle gaben zahlreiche Landwirte von sich aus an, dass sie den kompletten Verzicht auf Spritz- und Düngemittel bei der Bewirtschaft von Streuobstwiesen gutheißen, und sich dieser Verzicht doch auch eindeutig positiv auf Natur und Umwelt auswirkt, aber hier nicht genannt wurde.

Eine Landwirtin verneinte regelrecht jegliche Bedeutung der Streuobstwiesen als Lebensraum:

> „[Vögel, Anm.] seitzn si auf jedn Buschn“

Interessant ist dabei, dass vor allem die Landwirte, die ihren Betrieb biologisch führen, auf die Bedeutung der Streuobstwiesen für den Naturschutz verwiesen. Sie schienen sich intensiver mit diesem Thema befasst zu haben, hatten profundere Kenntnisse und gaben im Gespräch auch mehrmals an, dass ihnen dieser Aspekt wichtig sei.

Die grundsätzlich positive Einstellung zum Naturschutz wird auch in den Antworten auf die Frage „Was halten Sie davon, dass Naturschutz in der Landwirtschaft berücksichtigt wird?“ bestätigt. Dreizehn der 15 befragten Landwirte antworteten, dass dies gut sei, nur zwei Interviewpartner äußerten sich negativ dazu.

Auch hier ist jedoch kritisch zu hinterfragen, ob eine Verzerrung durch sozial erwünschte Antworten vorliegt. So wurde in einem konkreten Fall zwar bestätigt, dass die Berücksichtigung von na-

[1] Die Abgabe sozial erwünschter Antworten („Social-Desirability-Response-Set“) ist eine Form von Antwortverzerrung – sogenannte Response Errors – im Interview. Sie kann zwei Gründe haben: Zum Einen kann es ein Persönlichkeitsmerkmal sein, auf diesem Weg soziale Anerkennung finden zu wollen. Zum Anderen kann sie eine situationsspezifische Reaktion sein. In diesem Fall werden Fakten verschwiegen oder beschönigt, da gewisse Konsequenzen befürchtet werden. Des Weiteren kann aufgrund der vom Befragten vermuteten Erwartung zwischen kultureller sozialer Erwünschtheit (aufgrund verinnerlichter Rollenerwartungen) und situationaler sozialer Erwünschtheit (aufgrund konkreter Stimuli der Situation bzw. des Interviewers) unterschieden werden. (vgl. SCHELL ET AL. 2011: 346-348)

turschutzrelevanten Aspekten in der Landwirtschaft gut ist, an einer anderen Stelle äußerte sich derselbe Interviewpartner jedoch sehr negativ über biologische Landwirtschaft, die er als „Blödsinn“ sieht. Des Weiteren seien ihm zufolge Ackerblühstreifen eine Verschwendung von landwirtschaftlichen Flächen und Blumenwiesen würden nicht in die Landschaft passen. Auch in anderen Interviews gab es ähnliche Widersprüchlichkeiten. Ein weiterer Landwirt äußerte sich ebenfalls negativ zu Ackerblühstreifen. Große landwirtschaftliche Betriebe würden große Felder pachten, zusammenlegen und intensiv bewirtschaften und so die Feldraine, die es früher gab, zerstören. Kleinbauern, wie er, müssten dann im Rahmen von Vertragsnaturschutzmaßnahmen des ÖPUL den Schaden begrenzen und Ackerblühstreifen anlegen:

> „Wenn I heit hergeh, jetzt werdns olle so groß, pochtn olls zammen. Wos mochns? – An gonzn Rua [Rain, Anm.]… wird ibabaut, und was miassn mia jetzt wieda mochn? An Blühstreifn miassma aubaun! […] Wo mindestens vier Grasala wochsn drai, wo si die Veigl aufholtn kinnan! Jo, wos woarn der Rua? Deis woarn eh dei Blühstreifn! Dei hom deis zerstört, net?“

Auch in diesem Zusammenhang erfolgt, wie schon öfters gezeigt, eine positive Verbindung zu traditionellen Werten. Von vielen der befragten Landwirte wird Naturschutz bzw. eine umwelt- und naturgerechte Landwirtschaft mit der Bewirtschaftungsweise „von früher“ gleichgesetzt:

> „A olda Bauer, friacha, der hot eh a Rücksicht gnomman auf die Natur […] die hom scho gschaut auf die Natur! Dei hom a Dreifödawirtschoft gmocht! Dei hom gwisst, do bau ma hiatz nid mehr iba, wenns so gfroarn is, wal do hult ma die kluanen Viechal wieder – ramt deis olls iba und hult die Viechala außa, dei liegn dann herausn und gfriasn o, do hot dea niama baut. Wos tuans hiatz? Hiatz bauns in Schnee ein, wenns danoch is! Wals uafoch deis Wissen oda dei Verontwortung nit mehr hom wia friacha! Dadurch is scho guat, wenns solche Sochn gibt. Dassa si wo holtn miassn drau! […]“

Neben dem Argument, dass die Berücksichtigung von Naturschutz in der Landwirtschaft positiv sei, weil dies einer ursprünglichen Form der Landwirtschaft entspreche, begründeten die Personen, die positiv dazu eingestellt waren, ihre Meinung u.a. damit, dass dadurch der Schutz von Nützlingen gewährleistet wird, die auch für den eigenen Betrieb benötigt werden oder schützenswerte Biotoptypen wie die Sumpfwiese durch entsprechende Auflagen bewahrt werden können. Durch Maßnahmen wie den Verzicht auf Spritz- und Düngemittel werde auch der Schutz des Grundwassers vor einer Nitratbelastung gefördert. Auch der Erhalt einer diversen Landschaft und von extensiven Bewirtschaftungsformen wie den Streuobstwiesen wurde in diesem Fall als positive Konsequenz der Berücksichtigung von Naturschutz in der Landwirtschaft hervorgehoben. Die Rücksicht auf die Natur sei für eine nachhaltige Bewirtschaftung, die die Bedürfnisse zukünftiger Generationen berücksichtige entscheiden:

> „Sehr, sehr wichtig!! Wal sunstn hob ma bold nur mehr Monokulturen und es gibt mehr keine Bäume oder sonst irgendwos.“

„Deis find i guat, deis gheart zua Londschoft dazua."

„Gonz wichtig! Erste Stelle!"

„[…] do schützt ma a gwisse Tierorten a[…] die wos Nützlinge sein. Wal du brauchst jo Nützlinge in der Londschoft, net?… die Bienen brauchst… und die Hummeln… für die Bestäubung. […] du brauchst dei jo für dein eigenen Betrieb… Nützlinge a, net? sist kaunst jo net existieren, die unterstützen di jo a... Do spor i ma jo a Chemie […]"

„Deis is a großes Anliegen! Dass a bissl kontrolliert gheart. […] I denk ma für die nächstn Generationen. […] Die Nachkommen solltn jo a no a bissl a intakte Natur hom. […] Meine Kinder und Enkelkinder wölln jo a no a lebenswerte Natur hom! Und dassd sogst, du konnst no außi gehen und siachst no a poa Veigl."

„I muan, Naturschutz is immer guat! Deis is keine Frage, wal die Natur wird immer Sieger sein übern Menschen."

Allerdings ist auch hier, vor allem bei zwei Personen eine ambivalente Einstellung erkennbar. Sie sehen die Berücksichtigung des Naturschutzes in der Landwirtschaft zwar grundsätzlich positiv, das „Wie" und die Tatsache, dass sie selbst durch die Einhaltung von entsprechenden Auflagen in der Bewirtschaftungsweise eingeschränkt sind, gefällt ihnen jedoch nicht. Letzteres war auch das Argument, das jene beiden Interviewpartner, die dezidiert angaben, negativ zu einer Berücksichtigung des Naturschutzes in der Landwirtschaft eingestellt zu sein, verwendeten:

„Nachdem sa si eigentlich nur um Auflagen handelt, halt ich den Naturschutz in der Landwirtschaft als behindernd."

Dieses fehlende konkrete Wissen über den Sinn der Vertragsnaturschutzmaßnahmen, an denen die Landwirte teilnehmen und über ihre Bedeutung für den Naturschutz kann einerseits durch mangelndes Interesse der Landwirte begründet werden, andererseits auch durch fehlende Information seitens der Behörden, die sie bei der Teilnahme am Programm unterstützen. Die Beziehung zwischen Landwirten und Behörden ist ein weiterer wichtiger Faktor für die Akzeptanz eines Programms.

4.2.6. Information durch und Kooperation mit Behörden

Der Einfluss der Bezirksbauernkammer auf die Betriebe im Bezirk Hartberg ist, was das ÖPUL anbelangt, unter anderem daran erkennbar, dass zwölf der 15 befragten Landwirte explizit angaben, über Infoveranstaltungen bzw. Aussendungen der Kammer vom ÖPUL erfahren zu haben. Die übrigen drei erwähnten die Kammer nicht explizit, sondern gaben an, allgemein über Veröffentlichungen bzw. über die AMA Flächenerhebung vom ÖPUL erfahren zu haben.

Die befragten Landwirte zeigten auch in den Interviews, dass sie der Kammer großes Vertrauen entgegenbringen, was diese dazu nutzen könnte, das teils fehlende Fachwissen zu vermitteln. Andererseits besteht die Gefahr, dass das vermittelte Wissen, wie bei dieser Person unreflektiert akzeptiert und nicht hinterfragt wird:

> „In da Komma sogns uan eh olls."

Auch auf die Frage, wie die Kooperation mit den für ÖPUL zuständigen Behörden funktioniert, ist die überwiegende Mehrheit der Befragten mit der Zusammenarbeit generell, aber insbesondere mit der Bezirksbauernkammer zufrieden, wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 7: Beurteilung der Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen und Behörden

Zufriedenheit	Allgemein	Mit der Kammer	Mit der AMA
Zufrieden	7	6	1
Nicht Zufrieden	0	1	4
Keine Angabe	1	0	2
Gesamt	8	7	7

Sieben von 15 Landwirten, also beinahe die Hälfte, gaben an, insgesamt gut mit den Behörden zusammenzuarbeiten, ohne zu differenzieren oder die Antwort weiter auszuführen. Eine Person wollte keine Aussage zu diesem Thema machen.

Sieben Personen unterschieden in ihrer Antwort zwischen der Kooperation mit der Bezirksbauernkammer und der AMA, wobei sich hier ein deutlicher Unterschied in der Zufriedenheit ablesen lässt. So haben sechs Interviewpartner ausschließlich bzw. überwiegend gute Erfahrungen mit der Kammer gemacht und fühlen sich gut durch sie informiert:

> „Wenn ma Frogn oder Hüf braucht, is die Kommer immer bereit…[…] Do derf ma nix sogn."

> „I mua, i kenn mi holt besser aus, weil i durt mitorbeit. Ob i den vullen Durchblick hätte? Jo guat, wia i no net bei der Kommer woar, hob i den Duchblick ghobt. Oba do hob i mi schon auch, söba holt a weiterinformiert, deis muass i holt a sogn, deis schon. Und i glaub oba schon, wenn ma bei der Komma irgendwöche Informationen hom wü, i glaub, schon, dass mas kriagt. Deis wül i sicher da Komma net obsprechn. Deis auf olle Fälle. Deis is scho möglich, dass ma kompetent beraten wird. Nur is deis Gonze oft so kompliziert, dass deis fürn Bauern auf uamol gor net olls zum Begreifen is, deis is es, wirkli! Wenn ma do fragend steht und ma kriagt do woaß Gott wölche Informationen, dass ma do daschlogn wird. […] Also i glaub schon, dass die Kammer do a Anlaufstelle is, dass ma schon kompetent beraten wird, deis glaub i schon."

> „Die Beratung von da Komma […] dei hom ma deis eh nit so schlecht erklärt."

> „Jo, i muan die Kommer is eh sehr kooperativ, gibt's eh nix. Die AMA is a Staat im Staat. Do beißt sie a Politiker die Zähnt aus." [„Zu vü Mocht?", Interviewerin] „Jo, sicher. I hob scho oft diskutiert mit dei Buarschn, oba do beißt auf Granit."

Vor allem das letzte Zitat zeigt bereits das sehr unterschiedliche Verhältnis zu diesen beiden Behörden. Aber auch bezüglich des ineffizienten Apparats der Bauernkammer zeigte sich eine Person kritisch:

> „Sie bemüht sie schon, dass di unterstützt, vo dem gonzen Bürogromsch, mit dem Einreichantrog und olls – " – „Do gibt's nix, do fühl ma si sehr guat vertretn." – „Oba wenn ma do einikummt, do huckn eh 10 Leit drinn, net? Wieda, wos deis beorbatn. Do woaß i oba genau, dei 10 Leit, um deis kriagst scho a weing a Förderung."

Ähnliche Probleme sieht derselbe Interviewpartner auch bei AMA, wobei die Kritik hier eindringlicher erscheint:

> „I man, die gonze AMA ist jo für mi a rots Tiachl. Wal 50% vo dei gonzn Förderungen frisst der gonze Apparat weg. Deis is vü zu aufblosn. Allan die Bürokratie, dei gonzn Ordner wosd do host… Mia san jo wirklich a klaner Betrieb, deis is jo kua Verhöltnis mehr! […] Die Schwiegeröltern, der hot deis im Nochtkastl ghobt, die Unterlogn!"
> „Die Zeit wird jo nit bezahlt! Die gonzn Kontrollen, die du do host – für wos?! Mir kummt vor, die Bauern werden damit a wenig beschäftigt, damits nit auf die Idee kumman, auf die Barrikaden zu steign. Is jo wohr! Wennst a Kontrolle host – durt follt iahna wos ein, do! – Es ändert sie ständig irgendwos – du kriagst net mehr Göld wegen dem und die Vorschriften sein oft sehr fragwürdig. Do kummst da wirklich nur vor, dass deis a Zeitvertreib is." […]
> „Irgendwos muass a jeder Kontrollor finden, immer a weng. Wal sunst hot er jo kua Berechtigung." […]
> „Du derfst nix mehr mochn! Deis is ärger wie in Russland! Du bist so extremstens obhängig vo dei!"

Angeregt wurde in diesem Zusammenhang, dass die Kontrollen außerdem spontaner und unangekündigt sein müssten, weil derzeit zuviel Wert auf die schriftliche Dokumentierung gelegt wird, was als zu praxisfern und wenig zielführend betrachtet wird:

> „Aufschreim konn i olls!"

Eine Verbesserungsmöglichkeit wird in der Modernisierung der Abläufe gesehen:

> „Heite hot eh fost jeder Internet und EDV. I könnt ma vorstelln, dass deis wirklich jeda söba weigschickn kau und hie und do kummt holt wer kontrollieren. Oft konnst deis Gonze olls sporn."

Weitere Kritikpunkte an der Arbeit der AMA sind ihre Strenge, die fehlende Kommunikation und das ungerechte Machtverhältnis gegenüber den Bauern:

> „Najo, die AMA und die Landwirte, deis is so a Gschicht. […] Die AMA kann sich schon Fehler erlauben, der Landwirt darf sich keine Fehler erlauben. I man, es gibt scho a Fälle, wos die AMA dann zugesteht, jo, ok, oder wos dann vielleicht a bissl kulant sein, gibt's a… Owa, wenn die AMA im Nochhinein Richtlinien ändert konn kua Mensch wos dafia. Also kau kua Mensch wos dagegn mochn. Und deis find i net fair. Wal entweder is deis im Prinzip a Vertrog zwischen beiden Partnern oda es hot eh kua Gültigkeit! […] I muan als Normalsterblicher glaub i…woaß i net ob ma bei der AMA… ich glaub es dürft eh scho besser sein, dass ma überhaupt verbunden wird. Wal früher woar deis oft so, wenn ma ongruafn hot, jo ‚Bitte warten, bitte warten!' "

Die Kritik, dass sich der Bauer zur Einhaltung gewisser Maßnahmen verpflichtet, die im Nachhinein aber noch vom Vertragspartner geändert werden können, wurde auch in einem anderen Gespräch geäußert:

> „Du muasst as eiholtn 5 Joahr, obst wülst oder net, oba sei kinnans drahn wias glabn. […] Wal wennst 5 Joahr Planborkeit host, muasst as a vo der ondern Seiten göltn lossen. Du, als Londwirt, du muasst as eigentli noch Strich und Fodn einholtn, oba sei, oder der Gesetzgebern, oda wia a immer ma deis gsiacht, net."

Ein Interviewpartner zeigte generell Verständnis für die Arbeit der AMA, dürfte hingegen auch keine sehr schlechten Erfahrungen gemacht haben:

> „Uamol homa ghobt a Kontrolle […] I hob deis so gsegn: Der tuat sei Oabat genauso. Hülft eh nix, wenn ihn a schimpf, er kau jo nix, er wird jo hergschickt und muass deis mochn. Der is jo a oarm, wenn ihn zammscheiß. […] Er wor sehr human a."

Mehrfach, genauer in vier Interviews, negativ erwähnt wurde im Zusammenhang der Kooperation mit Behörden und Institutionen die Digitalisierung der landwirtschaftlichen Flächen, die zwar nicht im Zuge des ÖPUL erfolgt, aber von den Landwirten assoziiert wird:

> „Deis is jetzt gor nit nua aufs ÖPUL bezogen, sondern ollgemein. Deis is a Katastrophe! Und as Problem is natürlich auch, des hob i a total vergessn, deis Digitalisieren! Wal deis jo a nit wieda zammenstimmt mitm Kataster und dann kommts natürlich auch wieder zu Rückzahlungen und wo der Londwirt oft goa net woaß, warum er wos zruckzohln muass! Und deis wirkt sie natürlich aufs ÖPUL a total aus. Deis sein olls sölche… Deis is olls so verwoben, irgendwie, deis Gonze! So vieles irgendwo unverständlich! Deis is nit transparent!"

Dabei handelt es sich um die Flächenrückverfolgung durch die AMA, die überprüft, wie sich landwirtschaftliche Flächen entwickeln und ob die Pläne mit der Realität übereinsprechen. Oft kommt es aber im Zuge der Bewirtschaftung der Flächen zu Verschiebungen bzw. temporärem Brachliegen, welches dann gegenüber der AMA gerechtfertigt werden müssen bzw. gegebenenfalls zu einer Neudigitalisierung oder Rückzahlung von Förderungen führen.
Kritisiert wird dabei eben hauptsächlich, dass die Digitalisierung öfters wiederholt wird und ein Treffen mit den zuständigen Behörden, um die Grenzen abzuklären, sehr zeit- und auch kostenintensiv ist, zumal die Landwirte selbst dafür aufkommen müssen:

> „Da Überhomma is jo deis mit der gonzen Digitalisierung! Olle zwoa Johr muasst geih, wal as Vermessungsomt braucht Orbat. Deis verschiabt wieda dei Grenz hin und her, dann muasst as wieda nochdigitalisieren, weil dei Quadratmeter sein wieder bei dem Földstickl dabei, i man, deis is jo… i man, do, talweis, do geht ma scho as Gimpfte auf! Nur, dass holt olle a Beschäftigung hom und herzoang kinnen,so und so vü Vermessungen hob ma gmocht und so und so vüle Beorbeitungen!' "

„Eigentlich, großteils, hot's immer passt. Mit die Johre waß ma dann eh scho, wie's rennt. Sicha, ma muass irgendwie genau sein. Jo, i man, sicher, es is sicher immer irgendwo a Rennerei, es is olle Johr zum Digitalisieren, wohrscheinlich und, dass die Ausmoße wieder iberoll passn. Jo, du host scho immer a Rennerei dabei, oba jo, im Endeffekt spüts a si dann eh ei."

4.2.7. Zusammenfassende Darstellung

Die Auswertung der Interviews brachte einige akzeptanzrelevante Faktoren zum Vorschein, die in Kategorien aufgeteilt und analysiert wurden und hier abschließend zusammengefasst werden.

Was wirtschaftliche Faktoren anbelangt, war zu sehen, dass die Rolle der über das ÖPUL erhaltenen Förderungen paradox ist: Zwar war der Erhalt einer Förderung Anreiz für die Teilnahme am ÖPUL, hat aber für die langfristige Erhaltung der Streuobstwiesen laut Aussagen der Landwirte keine Bedeutung. Erst durch die Kombination unterschiedlicher Maßnahmen in einem Maßnahmenbündel gewinnt die Förderung eine finanzielle Bedeutung und ist vor allem für kleine Betriebe existenzsichernd.

Bezüglich ideologischer Faktoren kann zusammenfassend gesagt werden, dass sich Landwirte aufgrund ihrer grundsätzlichen Einstellung zu Förderungen in zwei Lager aufteilen: Jene, die sie als wichtigen Ausgleich zu geringen Produktpreisen sehen und jene, die sich durch sie in ein Abhängigkeitsverhältnis gedrängt fühlen. Grundsätzlich ist laut Interviewpartnern eine positive Einstellung zu den Streuobstwiesen wichtiger als Förderprogramme, da die Wertschätzung dieser Kulturlandschaft unabhängig vom Erhalt von Förderungen zu ihrer langfristigen Erhaltung beiträgt. Vor allem zukünftige Generationen gelten dabei als Hoffnungsträger, wobei ihnen von vielen Interviewpartnern ein fehlendes Interesse für Streuobstwiesen bescheinigt wurde.

Der Erhalt von Streuobstbeständen ist aber auch an kontextbezogene Faktoren gekoppelt: Die Modernisierung der Bewirtschaftungsweise, aber auch fehlende Arbeitskräfte auf den Höfen sowie eine sinkende Nachfrage nach Streuobstwiesenerzeugnissen erschweren den langfristigen Erhalt von Streuobstwiesen.

Wie die Auswertung der Interviews zeigte, spielten emotionale Faktoren für viele Landwirte eine besondere Rolle: Ihnen war es wichtig zu wissen, dass es sich bei Streuobst um heimische, naturbelassene Produkte handelt und sie waren stolz, dass diese Form der Kulturlandschaft in ihrem Lebensumfeld noch existiert.

Obwohl die Bedeutung der Streuobstbestände für den Naturschutz von den Interviewpartnern bestätigt wurde, fehlte oft konkretes Wissen über ökologische Zusammenhänge oder naturschutzfachliche Themen. Eine traditionelle Bewirtschaftung der Flächen wurde automatisch mit einer naturnahen und umweltgerechten Landwirtschaft gleichgesetzt, Auflagen durch das ÖPUL als Einschränkungen kritisiert.

Die Kooperation mit den für das ÖPUL zuständigen Behörden ist ebenfalls ein wichtiger Akzeptanzfaktor. So wurde die Bezirksbauernkammer als wichtigste Informationsquelle genannt. Zur AMA ist das Verhältnis hingegen schwierig, da diese als Kontrollorgan andere Funtkionen erfüllt und Landwirte mit ihr oft in konfliktreichere Situationen kommen. Nicht zu unterschätzen sind negative Erfahrungen mit anderen Behörden außerhalb des ÖPUL, die sich trotzdem auf seine Akzeptanz auswirken können, wie am Beispiel der Digitalisierungen zu sehen war.

Um einen Überblick zu erlangen, sind in der folgenden Tabelle die einzelnen Kategorien mit den wichtigsten Erkenntnissen übersichtlich zusammengefasst.

Tabelle 8: Zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Akzeptanzfaktoren nach Kategorien

Wirtschaftliche Faktoren	Ideologische Faktoren	Kontextbezogene Faktoren	Emotionale Faktoren	Naturschutz	Kooperation mit Behörden
Teilnahme zwar meist ausschließlich mit Erhalt der Förderung begründet; Flächen sind aber ohnehin bereits vorhanden, die Förderung ist nicht primärer Anreiz für die langfristige Erhaltung bzw. Neuanlegung von Streuobstwiesen.	Grundsätzliche Einstellung zu Förderungen – wichtiger Ausgleich für geringe Produktpreise oder Schaffung eines Abhängigkeitsverhältnisses.	Änderungen in der Bewirtschaftungsweise – Vereinbarung der Maßnahme mit Modernisierung des Betriebs nicht möglich.	Herkunft der Produkte wichtig. Positives Image: Streuobst als heimische, naturbelassene und gesunde Nahrungsquelle.	Grundsätzliche positive Einstellung zum Naturschutz; Bedeutung der Streuobstwiesen als Lebensraum für Vögel hervorgehoben; konkretes Wissen fehlt jedoch oft.	Veranstaltungen und Aussendungen der Bezirksbauernkammer als wichtige Informationsquelle. Allgemein gute Zusammenarbeit mit Behörden, v.a. der Kammer, der großes Vertrauen entgegengebracht wird.
Bedeutung der Förderung v.a. für kleine Betriebe in schwieriger finanzieller Lage, Förderung kleiner Zugewinn, aber zu niedrig, um geringe Rentabilität des Obstbaus auszugleichen.	Wertschätzung von Streuobstwiesen ist für ihre langfristige Erhaltung wichtiger als Förderprogramme – wenn positive Einstellung dazu fehlt, helfen Förderungen nichts.	Fehlende Arbeitskräfte für diese extensive und handarbeitslastige Form des Obstbaus, Problem der Hofnachfolge.	Bedeutung der Streuobstwiesen als Kulturlandschaft, die es zu erhalten gilt.	Traditionelle Bewirtschaftung als Ideal einer naturnahen, umweltgerechten Landwirtschaft.	Schwieriges Verhältnis zur AMA, die als Kontrollorgan in einer anderen Ausgangslage ist und aufgrund ihrer Strenge und Ineffizienz kritisiert wird.
Streuobstwiesen nur auf Restflächen, wo kein Acker möglich.	Junge Generation scheinbar nicht an dieser Form des Obstbaus interessiert; sie ist gleichzeitig aber einziger Hoffnungsträger für den langfristigen Erhalt.	Fehlende Nachfrage nach Produkten und Erzeugnissen der Streuobstwiesen.	Traditionsbewusstein bzw. konservative und zukunftskritische Einstellung.	Berücksichtigung von Naturschutz durch Auflagen als Einschränkung gesehen.	Negative Erfahrungen bei Digitalisierung der Flächen wirken sich auch auf Akzeptanz des ÖPUL aus.

4.3. Langfristiger Erfolg und Zufriedenheit mit ÖPUL

Wie zu Beginn der vorliegenden Arbeit festgestellt wurde, ist für die Akzeptanz eines Objekts oder Programms nicht nur eine grundsätzliche Zustimmung seitens der Akzeptanzsubjekte – in diesem Fall der Landwirte – vonnöten, sondern diese müssen auch in einem derartigen Ausmaß davon überzeugt sein, dass sie das Akzeptanzobjekt, hier das ÖPUL, auch gegenüber Gegenargumenten und Handlungsalternativen verteidigen würden.

Neben den bereits ausgewerteten Faktoren für die Teilnahme, soll nun diese letzte Stufe der Akzeptanz analysiert werden. In den Interviews wurde dies mit mehreren Fragen überprüft: Zum einen wurden Landwirte gefragt, inwiefern ihrer Meinung nach das ÖPUL zur langfristigen Erhaltung der Streuobstbestände beiträgt. Anhand der Auswertung der Antworten lässt sich feststellen, für wie wirksam und sinnvoll die Interviewparter das Programm erachten und es auch gegenüber Gegenargumenten verteidigen. Mit der Frage, inwiefern sich die Bewirtschaftungsweise ihres Betriebs ändern würde, wenn es zu keiner Neuauflage des ÖPUL kommen würde, und durch ergänzende Aussagen während der Interviews lässt sich indirekt auch feststellen, inwiefern die teilnehmenden Landwirte über Handlungsalternativen nachdenken, bzw. das ÖPUL diesen Alternativen vorziehen.

Abschließend zeichnet die Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit und möglichen Änderungswünschen diesbezüglich ein übersichtliches Bild über die Akzeptanz des ÖPUL.

4.3.1. Wirksamkeit des Programms

Auf die Frage, inwiefern ÖPUL zum langfristigen Erhalt der Streuobstbestände beiträgt, gaben nur sechs der 15 befragten Personen an, dass das Programm eine Rolle spielen würde, sieben bezweifelten dies und eine Person machte dazu keine eindeutige Angabe.

Von den positiven Äußerungen wurde als häufigste Begründung genannt, dass die Verpflichtung, die Maßnahme einzuhalten, dazu führe, dass zumindest die vorhandenen Streuobstwiesen der teilnehmenden Betriebe auf diesem Weg erhalten werden:

> „Jo, deis glaub i scho, wal wennst dabei bist, kaunst net aussteign. Muasst jo nochpflonzn. Wosd sunst vielleicht nit so leicht mochen tätest."

> „Zurzeit schon noch….Schon… Natürlich. Weil ich glaub der Landwirt muss si a danach richten."

Eine Person kennt sogar Fälle, wo Streuobstwiesen durch die Teilnahme an ÖPUL neu angelegt wurden. Für sie war die Förderung ein entsprechender Anreiz dafür, andere würden allein aufgrund ihrer positiven Einstellung zu Streuobstwiesen die Bäume nicht entfernen:

> „Wal hom jo dann wieder etliche, eim, wias dann die Förderung dazua gebn hot, wieder etliche ongfongt, dass Wiesn und dass wieda Bama einisetzn, dass Streuobst werdn wieder. Also, i man, deis mocht scho Sinn! […] Es gibt Leit, deis vo Haus aus mochn, die sie vo Haus aus wos denkn dabei und olde Bama z.B. stehn lossn. Oba es gibt a genauso die Ondern, dei dann sogn… Oba es is sicha a Anreiz, wennst hiatz a bissl a Göld kriagst dafia, dassd as eher stehn losst. Oder eher wieder frische Bama hiseitzt."

ÖPUL trage auch deshalb zur langfristigen Erhaltung der Streuobstwiesen bei, weil die darüber erhaltene Förderung, wie bereits festgestellt wurde, ein wichtiger Ausgleich für die niedrigen Produktpreise sei und sich dadurch Landwirte bereit erklärt haben, doch noch mit der Bewirtschaftung dieser Flächen weiterzumachen und sie nicht aufzugeben.
Andere Interviewparter kritisierten jedoch, dass die Förderung zu niedrig sei, um eine Rolle zu spielen bzw. die Rentabilität der Produktion auf Dauer wichtiger sei:

> „I woas jo ned, ob andere mehr kriagn wia mia, deis is jo nix. Goar nix. […] Weign die 10, 14€ wiad niemand einsteign…oda mehr mochn."

> „Wos jetzt gfördert wird, is a Betrog, wos uninteressant is. Dass ma do jetzt wen hult, der sogt, der mocht deis weita. Deis miassat scho um einiges höher werden." „Sölbst wenns 500€ san…ist deis im Verhötnis jetzt zum Aufwond , wennst jetzt as Mahn rechnest… deis miassat etliche, jetzt woaß i net, etliche 1000€ miassat deis sein, dass i sog, deis moch i!" „Es war gscheiter, dass sowos fördern, wie wenns jetzt an riesigen-" […] „-Rauch fördern." „Wal mia Bauern, wir stehn jo dann blöd do mit da Förderung, ocashn tuan eh die Großn. […] Es bringt jo von der Förderung, wenn ma ehrlich is, is deis jo eh vom Aufwand her a Nullsumme."

Öfters kam in den Interviews auch die Aussage, dass wegen der Förderung alleine niemand einen Baum setzen würde.

Der Einfluss des Programms allgemein wurde also von vielen Interviewpartnern bezweifelt. Es spiele eher keine Rolle für den Erhalt der Streuobstbestände bzw. wenn, dann nur eine temporäre:

> „Wenn ma scho beim ÖPUL dabei sein, suach ma holt aun. […] As ÖPUL söba glaub i verhindert net, dass dei Bam wegkimman und ausgrissn werdn."

> „Die tragt nur zu einer temporären Verlängerung bei. Langfristig sind die [Streuobstwiesen, Anm.] mit nichts abzusichern. Weder vom Tourismus noch von sonst wer […] schlimmstenfolls no die eigene Marketingschiene der Hirschbirne in Pöllau. Oba des is kua Streuobstwiese […] Deis gibt nix her auf Dauer."

Für viele sei die Förderung der Streuobstwiesen über das ÖPUL aber deshalb irrelevant, weil sie die Bäume ohnehin erhalten. Dies wurde in den Antworten auf zwei andere Fragen bestätigt, und zwar, welcher Anreiz notwendig sei, damit mehr Streuobstwiesen angelegt werden bzw. wie sich die Bewirtschaftungsweise in den befragten Betrieben ändern würde, wenn es zu keiner Neuauf-

lage des ÖPUL käme.

Die erste dieser Fragen – „Welchen Anreiz würden Sie benötigen, um mehr Streuobstwiesen anzulegen/zu erhalten?“ – wurde mehrheitlich damit beantwortet, dass es, aus unterschiedlichen Gründen, keinen Anreiz gäbe, der die Landwirte dazu bringen könnte, mehr Streuobstwiesen anzulegen. Einer dieser Gründe ist, dass es dafür keine verfügbaren Flächen mehr gibt. An anderer Stelle wurde bereits erwähnt, dass Streuobstwiesen vor allem auf jenen Flächen angelegt wurden, auf denen kein Ackerbau oder andere Form der intensiven Bewirtschaftung möglich war:

> „Anlegn tua ma kua, wal eh scho olls angsetzt is, wos ma ned als Ocker mochn konn“
>
> „Mia kinntn goa ned mehr draufseitzn“
>
> „Wenn ma wo an Ocker oda wos kriagat, der grod so passt, dassd sogst, ok, do seitz i jetzt a poa Bama eini fürs Streiobst war’s sicher ka Thema. Oba is sog eh, es miassat si irgendwie ergeben. Und es miassat a – wenn deis a bissl a Honglog is, wosd sogst, ok, do setz i jetzt a poa Bam drunter, dann jo!“

Mehr extensive Streuobstwiesen anzulegen würde immerhin auch bedeuten, mehr unrentable Arbeit darin investieren zu müssen, was ebenfalls als Argument gegen die Neuanlage von Streuobstwiesen genannt wurde.

Laut Aussagen der Interviewpartner werden die Flächen deshalb maximal erhalten, weil sie ohnehin schon vorhanden sind:

> „Mehr sicher net, i würds nur prolongieren.“
> „Seh ich eigentlich keine Möglichkeit. […] Ich hätt sie auch nicht angelegt, wenns nicht schon dagewesen wären.“

Es ist zu berücksichtigen, dass die befragten Landwirte bereits ausreichend Produkte für den Eigenbedarf mit den vorhandenen Streuobstwiesen produzieren, eine rentable Vermarktung meist nicht möglich ist und der Idee, neue Streuobstwiesen anzulegen, daher mit Kopfschütteln bzw. ablehnend begegnet wurde.

Eine Person gab im Interview an, dass eine Neuanlage von Streuobstwiesen zudem quasi nicht möglich sei, führte aber nicht aus, warum dies so sei:

> „Du kaunst heit a Streibobstwiesn nit auleign, du konnst nua Streiobstwiesn erholtn!“

Auch andere Interviewpartner erwähnten, dass neu gepflanzte Ersatzbäume krankheits- und mistelanfällig seien und es schwierig wäre bzw. zum Teil bereits das Wissen fehle, um neue Bäume aufzuziehen.

Bei jenen, die angaben, zwar keine neuen Streuobstwiesen anlegen zu wollen, aber zumindest die vorhandenen zu erhalten, erfolgt dies aufgrund der bereits angesprochenen, persönlichen

Einstellung der Landwirte. Die Hoffnung auf einen zusätzlichen Anreiz wurde bereits aufgegeben:

> „Wenn die Förderung zumindest weiterlaufen würde, wos i jo nit glaub, wär's natürlich günstig, is keine Frage! An zusätzlichen Anreiz wird's nit gebn, deis war Illusion, glaub i. Deis… in der heitigen Zeit is nit drinnen."

> „I persönlich glaubs net, oba…[…] Deis miassat scho hoch wern, dass i sog, i leig jetzt an Streuobstbestand zustäzlich au. Deis glaub i wird's net spüln."

> „[…] aus Überzeugung loss i dei scho […] sicher wärs beissa, wennst irgenda Förderung kriagst, […] wals jo nua Kostn sein, deis zu bewirtschoftn […] Dei daholt i sicher, wos i hob."

Die letzten beiden Zitate zeigen bereits, dass eine höhere Förderung bzw. auch ein höherer Produktpreis durchaus als Anreiz fungieren könnte:

> „[…] Wenn deis wos bringt! I man, wenn ma deis a verkaufen konn! Dass i deis jetzt nicht mahn muass und dann mehr Aufwand hob wie deis wos dann außakummt. Irgendwie is deis trotzdem wirtschoftlich. […] Wal wos is da Anreiz für junge Leit, dass sie deis dann pflegen? […] Im Endeffekt geht's trotzdem immer um Wirtschaftlichkeit."

> „Anreiz is, dass ma a Förderung kriagt für deis Pflegn, für die Bearbeitung und vielleicht no as Produkt mehr kostn tat […] oft taten deis vielleicht mehr mochn wieda, jo"

Zuletzt zeigte sich aber auch bei dieser Frage eine gewisse Gleichgültigkeit mancher Interviewpartner in Bezug auf die zukünftige Erhaltung der Streuobstwiesen:

> „Dawal wia no orbatn werdns bleibn und wos dann da Junior tuat, deis is eigentlich mir wuarscht."

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage gestellt, wie die Interviewpartner agieren würden, wenn nicht nur ein zusätzlicher Anreiz für die Erhaltung der Streuobstwiesen fehlen würde, sondern auch der bestehende nicht mehr vorhanden wäre. Sprich, inwiefern sich die Bewirtschaftungsweise im Betrieb ändern würde, wenn es zu keiner Neuauflage des ÖPUL käme.
Von den 15 befragten Landwirten gaben zwei an, ihre Bewirtschaftungsweise zu ändern, sollte es das ÖPUL zukünftig nicht mehr geben. Die Änderungen würden dabei primär die Anzahl der Streuobstwiesen, die reduziert werden würde, und die Begrünung von Ackerland betreffen:

> „Ich würd die Bewirtschaftungsweise ändern. […] Indem ich die Begrünung nur auf das pflanzenbauliche Maß reduziere."

Zehn Interviewpartner gaben hingegen an, dass auch bei einem Ende des Programms alles gleich bleiben würde, was – ergänzt durch die Begründungen der Landwirte – indirekt darauf hindeutet, dass das Programm nur über eine eingeschränkte Wirkung verfügt. Denn obwohl man annehmen könnte, dass diese Aussagen eher den Erfolg des Programms bestätigen, da die Landwirte durch ihre Teilnahme so von der darin propagierten umweltgerechten Bewirtschaftungsweise über-

zeugt sind, dass sie auch ohne vertraglicher Verpflichtungen daran festhalten werden, so zeigte sich im Gespräch, v.a. in den vorgebrachten Begründungen eher, dass das Gegenteil der Fall ist. Der Einfluss des ÖPUL auf die Bewirtschaftungsweise ist so gering, dass weder sein Vorhandensein noch sein Fehlen dauerhafte Konsequenzen nach sich zieht.
Ein Landwirt erklärt seine Aussage, die Bewirtschaftungsweise nach dem Ende des ÖPUL nicht zu ändern, zum Beispiel dadurch, dass er die Landwirtschaft einerseits als Einkommen sieht, welches weiterhin trotz Wegfall einer Förderung durch den Verkauf der Ernte weiterbestehen würde und, dass er sich andererseits auch grundsätzlich aus Traditionsgründen keine Änderungen vorstellen kann. Andere gaben ähnliche Gründe an:

> „Mia mochn unsa Direktvermorktung dei zehn Johr, dei ma no miassn weida"

Wenn es zu keiner Neuauflage des ÖPUL käme, würden viele Betriebe somit trotzdem die Streuobstwiesen auch weiterhin erhalten, da diese Teil der traditionellen Bewirtschaftungsweise des Betriebs sind und eine Entfernung keinen Nutzen bringen würde:

> „[…] bringt ma ned woas gott wos, wenn deis nid warat."

Wie bereits erwähnt wurde, können einzelne Betriebe die Streuobstwiesen durchaus noch als Weidefläche nutzen. Diese Betriebe würden dadurch auch weiterhin an diesen Wiesen nichts ändern, zumal sie für die Milch oder das Fleisch des Viehs, das darauf weidet, Abnehmer haben und gute Preise erzielen können.

Drei der 15 befragten Betriebe äußerten sich auf die Frage inwiefern sich die Bewirtschaftungsweise des Betriebs ändern würde, wenn es zu keiner Neuauflage des ÖPUL käme, ambivalent. Sie waren unschlüssig ob, bzw. inwiefern sich etwas ändern würde:

> „Die Streiobstwiesn, woaß i net, wenn weniger werdn…Aupflonzn tua i kaun Bam. Der stört irgendwo, sog ma so."

Auch stellten sie sich grundsätzlich die Frage, ob in diesem Fall der Betrieb weitergeführt werden kann:

> „Bio is scho mei innere Einstellung, deis möchte i, soweits möglich is scho beibeholtn…natürlich, es kummt a immer draufan, wenns überhaupt kuane Förderungen mehr gibt… Keine Ahnung… I kaus net beantworten. […] I denk ma, nur aus idealistischen Gründen deis als kostenspieliges Hobby zu betreiben, deis is holt a net unbedingt. […] Ändern – deis is die Frage! Investieren, deist geht finanziell net; dann is die Frage, ob deis überhaupt wer weitermocht, wal der Sohn is a HTL-Abgänger, der hot zurzeit eigentlich weniger Interessen diesbezüglich; die Tochter, dei steht erst vor der Matura, also…i kaus net sogn…und der Mann geht dann bold demnächst in Pension, also…"

4.3.2. Zufriedenheit

Gegen Ende des Leitfadeninterviews wurden alle Interviewpartner gefragt, wie sie mit ÖPUL allgemein zufrieden sind. Von den 15 befragten Personen waren vier mit ÖPUL zufrieden, sieben nicht zufrieden und vier äußerten sich ambivalent dazu.

Jene Personen, die angaben, mit dem Programm zufrieden zu sein, resümierten damit aber eher ihre eigene Teilnahme als das Programm selbst:

> „Na, mia woan immer guat zfriedn."

> „Jo, i muass sogn, i kinnt net schimpfn wegn irgendwos. Oder, dass irgendwos sehr umständlich wäre."

Eine Person sah im ÖPUL ein gerechtes System mit klaren Regeln, zu denen sich Landwirte selbst freiwillig verpflichten:

> „[…] wenn i verstoß, dann hob i a die Sanktionen […] Es is zwoa hort, oba es is holt so. Wennst di an Richtlinien holtn muasst, muasst di holtn […] für deis kriagst jo a a Göld."

Der Großteil der befragten Personen beurteilte dies aber anders und äußerte sich negativ zu ÖPUL und allen voran zu den darin enthaltenen Kontrollen und möglichen daraus folgenden möglichen Sanktionen, sowie der geringen Flexibilität:

> „Ma is so überprüfbor. Warum miassn dei deis olls wissen? … wos i do anbau? Friacha hot ma anbaun können wos ma wulln hot und hiatz … "

> „Ma is holt sehr gebunden mit dem ÖPUL. I glaub, i woaß net, ohne ÖPUL wäre es vielleicht leichter…oda a nit… […] mit dei Förderungen… du muasst olls dokumentieren. Du konnst jo heit gor nix mehr tuan ohne irgend….Es ist ein kleiner Kommunismus."

> „Vü hobn sie vom ÖPUL eigentlich gfiarcht. Dei hom uafoch nix ongsuacht, wals glabt hom, deis ÖPUL, do mochns wos folsch."

Die dadurch entstehende Bürokratie wurde oft kritisiert und benachteiligt vor allem kleiner Betriebe:

> „A bissl gerechter gherat deis gmocht. Und ned so vü die Birokratie dei mia hobn. Mia hobn so vü Birokratie! […] Deis koust olls Göld. An Großn mocht deis jo nix aus, weil der hot jo genug. Oba der Kluani… uns bleibt jo a Dreck iba."

> „As wore is sicha nit, es is zuagschneidert… es is jo nit omal für insere Bauern zuagschneidert! […] Zuagschneidert is für dei Großn, dei wos nua, woaßt eh, hunderte Hektar Frucht onbaun. Wal der kriagt Förderung ohne Ende."

> „Hoffentlich laft deis bold olls aus. […] für die kluan Betriebe is deis holt ned gricht, deis Gonze […] i mochat niama mit"

Generell fühlen sich kleinere Betriebe schlecht vertreten und unfair behandelt. Für sie ist ÖPUL oft zu komplex und zeitaufwendig:

„[Die Interviewpartnerin hat, Anm.] a mulmiges Gefühl muass i sogn. Wal ma si jo oft hint und vorn ned auskennt, zumindest i holt, vielleicht kennan si ondere besser aus, i kenn mi ned so guat aus. […] Mia san scho vo vü ausgstiegn […] mia mit unsere kluan Fleickal […] deis woa olls kompliziert. Dafia san mia nur mehr ban uafochstn dabei."

„Es is bei jedem Gesetz und bei jeder Richtlinie so, dass immer an Gewinner und an Verlierer gebn wird."

Die fehlende Praxisnähe des Programms war ein oft angesprochenes Thema:

„Zufrieden… I woaß a net…I muan, wias aufbaut is… dei baun holt irgendwos auf"
„Mia kemman oft zu der Meinung, deis sein holt sehr vü Theoretiker am Werk. Und deis dann praktisch umzuseitzn is sehr, sehr schwer. Wal, i denk ma, a Kontrollor, jo, der konn dann die unterschiedlichen Dinge feststölln und vo der AMA aus is deis a sicher, jo es is scho org, wenn die Bauern so behondelt werden. Wenn irgenda Verstoß is, dass deis dann woaß Gott wöche ondern Verstöße noch sich ziagt und der konn dann zruckzohln Länge mal Breite, i man...Deis gibt's sunst a nirgends, wenn du orbatst! Wal durt kriagt ma monatlich sei Göd und deis hot ma fix. Und do konn ma oba immer irgendwie im Hinterkopf – Maria! hoffentlich hob i deis, hoffentlich hob i deis und monchsmol is uan deis vielleicht gor net bewusst, dass deis a Vergehen is!"

All die zuvor genannten Punkte führen, wie im letzten Zitat gut zu sehen ist, dazu, dass die Landwirte sich oft schikaniert fühlen und negative Emotionen mit dem Programm und v.a. den damit verbundenen Kontrollen entwickeln. Frust und ein Gefühl der Aussichtlosigkeit sind die Folge:

„Wie bin i mit dem Programm zufrieden? … Natürlich i siachs immer von da Bio-Schiene her…As Programm söba… na, es hinkt hint und vorn! Na… na… na… es passt sicher net. I man es passt a net – oba guat, deis hot mitm Programm nichts zu tun – dass ma die Produkte gor nit mehr aubringt, also deis is irsinnig schwa… Wal ma nit mehr woas, wos ma überhaupt mochn sull…vo der Fruchtfolge her…"

„I man, es is guat, dass wos gmocht wird, oba wias gmocht wird! –Ob deis net onderscht a möglich war? […] Die Grundüberlegung is guat, dass eben Bio wos gmocht wird, dass a Streiobstwiesen daholtn werden und dass eben a Begrünung gmocht wird. Deis is scho guat! Oba wias gehandhabt wird…" – „Jo, wal des sehr undurchschaubar is, olls. Als Bauer bist eigentlich der Kasperl." – „Ferngsteiert bist a bissl. Entweder du mochst mit, dann muasst noch der iahnerer Pfeifn tonzn; und wennst nit mitmochst […] kaunst da holt als klaner… i muan… leistn… obs Sinn mocht, was i ned; so wies jetzt wor… host zwoar net die Wölt kriagt, oba a bissl wos is a. Von dem lebns holt, wal vü sogn - najo, bevor i auf deis verzicht, tua i ma deis holt au!"

„Deis hot vü zun… dei wos uafoch dann gsogt hobn, hear ma auf, deis mocht kuan Sinn'. Wie vü hom aufgheart, wals uafoch deis Gonze mit den Ausuachn… deis hot vü öltere Leit, hot deis… ins Grob brocht, ins Grob brocht! Wos glaubst, wia si dei gärgert hom! A ölterer Mensch […] auf uamol sull er frogn und ausuachn, wos er tuan derf! […]"

Einige Interviewpartner schienen infolgedessen eine ambivalente Haltung entwickelt zu haben, die zwar eine grundsätzliche negative Einstellung gegenüber dem ÖPUL impliziert, aber aufgrund fehlender Alternativen zu einem gewissen Fatalismus führt:

„Es wird, wos meine Onsicht is, scho zwenig auf die kluanen Betriebe gschaut. Es hoaßt immer gresser werdn, mehr… Und der Kluane wird oufoch odrängt." [Sie sind also mit ÖPUL nicht zufrieden?] „Wuhl!" – [Schon?] – „Jo… ma kau eh ned aus. Ma muass eh wortn wos ma kriagt."

Manche Teilnehmer sind andererseits grundsätzlich zufrieden mit der Existenz dieses Programmes, da es für sie wichtige Richtlinien enthält, sie kritisieren aber z.T. die Komplexität bzw. erkennen, dass es nie alle zufrieden stellen wird:

„Es ist zu verästelt. Es gibt jo glaub i 23 – oder hat es gegeben – 23 Maßnahmen […] Das ist zu diffizil. Man muss ÖPUL studieren, um es richtig nutzen zu können. Das ist mei einzige Kritik. Grundsätzlich halt is für positiv. […] Zu viel einzelne Maßnahmen."

„Fia olle passts nie, gö? Für olle passts nie. Auf der uanen Seitn muss irgendwie Richtlinien geben. Dei gonzen Richtlininen oder deis oder deis kummt jo, wal irgendwo a poar schworze Schof dabei sein. Dem follts ei, der foahrt zu Weihnochten mitm Güllefoss, wal mas übersehn hot oder nit die Zeit ghobt hot, fohrt a, vielleicht wenns vull gfrorn is oder wos mitm Mist oder mit der Jauchn und es schwimmt olls fuart. Und deis geht ins Grundwossa."

Die folgende Tabelle fasst neben den statistischen Daten auch die wichtigsten angegebenen (teils nicht in den Zitaten erwähnten) Gründe für die (Un)Zufriedenheit zusammen.

Tabelle 9: Zufriedenheit mit ÖPUL

Zufriedenheit	Positiv	Negativ	Ambivalent
Absolut	4	7	4
Relativ	26,7%	46,7%	26,7%
Gründe	Klare, verständliche Vorgaben, die es einzuhalten gilt.	Maßnahmen sind zu wenig praxisnah	Fehlende Alternative
		Zuviel Bürokratie, fehlender Fokus auf Umwelt	Richtlinien als notwendiges Übel
		Fehlende Maßnahmen	ÖPUL nicht notwendig wegen grundsätzlicher umweltgerechter Bewirtschaftung des Betriebs
		Respektloser Umgang mit Landwirten	
		Geringe Flexibilität	
		Ungerechtes System, Benachteiligung kleiner Betriebe	Existenz des Programm wichtig, aber Kritik an Bevorzugung großer Betriebe
		Zu komplex und nicht verständlich	Wichtig, aber zu komplex

N=15

Trotz der mangelnden Zufriedenheit mit diesem Vertragsnaturschutzprogramm würden elf der 15 befragten Landwirte wieder an ÖPUL teilnehmen. Nur eine Person spricht sich dezidiert gegen eine nochmalige Teilnahme aus:

> „I glaub mir tatn nid amol mehr einsteing ins ÖPUL […] wals uafoch die Fruchtfolge und deis Gonze mit dei Prozente zum Anbaun und deis olls, wals do wirkli… der Grund zu klein is […] die landwirtschaftliche Fläche zu klein is, dassd deis imma außabringst. Wal hauptsächlich wird jo Kukaruz onbaut und do muasst jeds Mol aufpassn und rechnen, dassd jo genug alternativ – mit dem ÖPUL muasst jo Alternativfrüchte - […]"

Drei Personen sind noch unentschlossen, wobei eine eher zu „nein" und eine eher zu „ja" tendiert und die dritte Person die Teilnahme abhängig macht von der zukünftigen Gestaltung des Programms. Auch unter jenen Personen, die wieder an ÖPUL teilnehmen würden, wurde als Bedingung dafür genannt, dass sich an der Ausformulierung der Maßnahmen nichts ändert. Gründe für die weiterführende Teilnahme sind laut Aussagen der Landwirte aber auch, dass ein Ausstieg keinen Vorteil bringen würde bzw., dass Alternativen zum ÖPUL fehlen. Die bereits erwähnte Resignation ist auch hier erkennbar:

> „Es wiard uan nix onders übrig bleibn, wal wenn ma wos hobn wü, muass ma teilnehmen. […] Es wird weniger werden woahrscheinlich, oba ma wird si obfinden miassn damit, sog i."

4.3.3. Wünsche und Verbesserungsvorschläge

Interessant ist hierbei, dass ein Drittel der befragten Personen auf die letzte Frage des Interviews, nämlich, welche Wünsche sie in Bezug auf ÖPUL bzw. den Erhalt von Streuobstwiesen haben, trotz geringer Zufriedenheit keine bzw. keine konkrete Aussage machen konnten. Beim Erstellen des Interviewleitfadens war dies jedoch jene Frage, auf welche die ausführlichste Antwort erwartet wurde, zumal die Landwirte hier die Möglichkeit hatten, endlich selbst aus der Praxis Vorschläge und Anregungen zu bringen. Dies könnte mit der bereits angesprochenen Resignation oder aber auch mit der ungewohnten Situation, Wünsche äußern zu dürfen, zusammenzuhängen. Manche Landwirte sind es offenbar eher gewohnt, nur aus vorgegebenen Möglichkeiten wählen zu können, wie sich in einem Interview beispielhaft zeigte. Die befragte Person antwortete dort auf die Frage, welche Wünsche er habe, nach langem Überlegen folgendermaßen:

> „Deis is schwierig… wos für Möglichkeiten gibt's?"

Ein Interviewpartner mit sehr ablehnender Grundhaltung sah wiederum keinen Sinn in der scheinbar hoffnungslosen Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, Wünsche zu nennen, da seiner Meinung nach kein Gegensteuern negativer Entwicklungen möglich ist, weil ein Gesellschafts- und Generationenproblem vorliegt:

„Wenns unter 13-jährigen Jugendlichen oder Kindern a Förderprämie ausschreiben, sie solln auf ihr Handy verzichten, wird diese ÖPUL Maßnahme keinen Erfolg haben. Der Zug der Zeit is… Die 450 Millionen EU-Bürger wollen billig essen und trinken, billig auf Urlaub fahren und billig unterhalten werden. Und wenns dann sogn, sie hom wos, wos für die Umwelt, für die nächsten Generationen verbessert, […] aber, deis kost, z.B. im Bereich vom Bio, deis und deis und deis […] Wenn irgendetwas was kostet, dann widerspricht das der Diktion, die 450 Millionen müssen billig essen, Urlaub fahren und ihr Vergnügen haben. Und blitzartig ist es mit einer Schicht in der Gesellschaft begrenzt, die also… Sie können net 100% Bio fohrn, die Leute kaufen das nicht, weil sie ihre Lebensinteressen net durt hom. […] Also i sieh do eigentlich negative Aussichtn."

Auch eine gewisse Gleichgültigkeit, die bereits angesprochen wurde, schien sich bei einzelnen Landwirten eingestellt zu haben:

„I hob sicha mehr kuane Wünsche, dei poar Joahr." [Interviewpartnerin geht dann in Pension, Anm.]

„I hob mi do no nie so richtig befosst. Wal i ma deinkt, dei poar Johr wos i nou tua…dann is eh vorbei!"

Interviewpartner äußerten aber auch zum Teil deshalb keine Wünsche, weil sie schlicht mit der jetzigen Situation zufrieden sind:

„I find, wenn's im Prinzip so bleibt wie's jetzt is, glaub i passt's eigentlich."

Von den Personen, die Wünsche äußerten wurde am häufigsten (nämlich dreimal) u.a. der Wunsch nach der Beseitung der ungerechten Behandlung von Kleinbauern gegenüber Großbauern genannt:

„I würd ma wünschen, dass deis, wos mia kluanen Bauern mochn vü beissa honoriert wird. Ibahaupt mia Kluanen muass i sogn, wal okassiern tuan jo nua die Großn […] Die Klein- und Mittelbetriebe besser unterstützen und nit nur die Großn."

„Es ghearatn vü mehr die klanen Betriebe gefördert. Deis tuans a zwenich. […] Du host die gleichn Vorschriftn wie jeder Große. Und des find i net ok! Wal a klaner immer no mehr zum Durchschaun is wia a Großer."

Gleichhäufig wurde der Wunsch nach einer langfristigen Erhaltung von Streuobstwiesen genannt: Zusätzlich wurde zweimal der Wunsch nach einer langfristen Erhaltung der Sortenvielfalt und vor allem alter Kultursorten geäußert:

„As Streiobst mehr fördern, es wird eh immer weniger. Es is a Zusatzorbat, es is mehr Orbatsaufwond, dass deis mehr gfördert wird."
„… dass deis erholtn bleibt, wal fia die Natur is guat, fia die Leit is guat, wonn dei wos Heimisches kriagn"

> „Oba es is grundsätzlich absolut erhaltenswert, keine Frage! Wal i glaub, dei gonzn Tiere, do gibt's so vül Lebewesen, dei davon profitieren! Und sunstn hob ma irgendwonn amol gewisse Vogelorten etc. – net nur Vogelorten – oba sehr viele ondere Tierarten werden zurückgedrängt! Deis is uafoch a so! I bin scho a Natur liebender Mensch."

In diesem Zusammenhang ist auch der Wunsch zu sehen, einen Ausstieg aus dem ÖPUL zu erschweren, im Sinne der Nachhaltigkeit der Maßnahme. Denn oft würden Landwirte nur die minimal erforderliche Zeit am ÖPUL teilnehmen, um dann beim frühestmöglichen Termin vorzeitig aus dem Programm auszusteigen und die vorhandenen Streuobstbäume zu entfernen.

Ebenfalls dreimal wurde der Wunsch nach weniger peniblen Kontrollen und einer Reduktion der Bürokratie bzw. einer generellen Vereinfachung geäußert:

> „In Bezug aufs ÖPUL: Vereinfachung und Transparenz! Und keine Richtlinienänderung im Nachhinein. Sondern es sull klipp und klor sein, dass es für den – i muan jetzt unter Anführungszeichen – einfachen Bauern auch verständlich ist. Deis is as Wichtigste. Und wos die Streuobstbestände anbelangt, ähm, jo, deis is sehr schwierig, weil wenn nämlich irgenda Baum, wenn der holt auf irgendan Grund morsch gwordn is oder sunst irgendwos, dass deis vielleicht a bissl uafocher zum Handhaben is. Dass ma nit jeds Mul onruafn muass und nochfrogn muss ‚Derf i denn jetzt lossn oder muass i denn jetzt erneiern? Oder derf i do jetzt uan umschnein?' […] Es gibt a Fälle wo i sog, wenn's net sein muass, setz i net unbedingt an Neichn. I man, wenn's a Opflbam is oda wos, kloar, oba wenn's a onderer Obstbam is…Speziell wenns im Natura 2000 is muass ma souwieso immer nochfrogn, immer! Wenn deis a bissl einfacher werden würde, wars vielleicht a leichter. […] Und, natürlich, jo, der Baumbestand, deis muass natürlich genau passn. Es dürfn jo nit zu wenig Bäume sein! Wal sunst wird's net anerkannt. […] Do muass ma a aufpassn… Und da Abstand sull passn…Sicher, gewisse Auflogn miassn do sein, sunnst gibt's kua Göld, eh logisch."

Die befragten Personen erhoffen sich durch geringe Bürokratie auch mehr Effizienz. Ähnlich dazu ist der Wunsch nach mehr Flexibilität und der Möglichkeit von Ausnahmeregelungen in bestimmten Situationen:

> „As anzige wos unsa Wunsch war […] dass ma deis vielleicht a bissl flexibler gestoltet. Wenn i an Futter brauch oder wos und i hob denn zwoa, dea is eingongen… Dass ma irgenda Ausnahmeregelung mochn könnte oder wos, net? … für Notzeitn… wenns truckn is, dass i deis nutzn derf, wal do gibt's jo so gwisse Schnittzeitpunkte […] und wenn I deis scho vorher derf, hätt i an Schnitt mehr, und I brauchat deis net kaufn. […] Sinnvolle Änderungen, wos wos bringen, net, wenn holt Notzeit is. […] und, dass do vielleicht schnölla oder flexibler reagiern drauf, deis warat holt… wal deis dauert oft so long bis... monchsmol geibns wul eh wos frei, oba deis is holt immer zspot, es wird net so schnö reagiert drauf auf dei ganzn Maßnahmen. […] dass as System vielleicht a bissl flexibler wär…"

Neben dem Wunsch nach einer Erhöhung der Förderung und einer Bestätigung einer anderen Person, dass dies wahrscheinlich die einzige Möglichkeit wäre, Streuobstbestände langfristig zu erhalten wurde auch ein neuer Vorschlag zur Sicherung der Bestände gemacht, nämlich eine bessere Vermarktung zur Wiederherstellung der Wertschätzung der auf Streuobstwiesen produzierten Erzeugnisse:

> „Wiarst as trotzdem eher nur mit der Förderung kinnen. Weil vom Produktpreis wirst as nie schaffen, walst jo am Morkt bist, dassd jetzt so uan. – höchstens, dassd as so vermorktn kaunst speziell! […] Wennst as jetzt erholtn wülst, miassat ma trotzdem irgend a … eben nur für deis a spezielle Förderung, odervielleicht mehr mochn."
> „Dass die Jugend a mehr den Wert von dem schätzn waß. Irgendwie… dass die a wos weitermochn. Unser Generation, ok, wir hom deis no mitkriagt vielleicht, oba die heitige – deis wird sicher immer schwieriger […] Dass deis lukrativ für junge Leit wird eben. […] Dass dei mehr an Sinn drin sehen. […] Oder a Werbung, mehr wertschätzen solche Produkte! Dass die Leit mehr umdenkn!" „Dass ma sogt, deis is a Opfelsoft, der is wirklich unbehandelt! Gor net gspritzt! Dass ma deis bewusst sogt!"

Schließlich wünschten sich zwei Landwirte zusätzlich zu den genannten Punkten eine Ergänzung bzw. eine Erweiterung des Fokusses des ÖPUL, einerseits durch die Schaffung einer zusätzlichen Maßnahme zum Schutz vor Erosion und andererseits durch die Aufhaltung des Rückgangs landwirtschaftlicher Flächen allgemein:

> „Erosionsschutz mehr fördern oder höhere Fördersätze, dass deis attraktiv wird. Streuobst… jo, wos wülst do… Kaust eh nua nochseitzn beim Streiobst. Die Förderhöhe ist sicher die… damit's attraktiv bleibt, sicher, gegeben."

5. Diskussion und Schlussfolgerungen

Durch die Etablierung des Vertragsnaturschutzes, allen voran des ÖPUL als breitenwirksamstes Instrument, ist der Naturschutz in Österreich zum großen Teil von der Bereitschaft der Landwirte, an einem Naturschutzprogramm teilzunehmen, abhängig. In der vorliegenden Arbeit wurde in mehreren Schritten zunächst der Begriff Akzeptanz definiert, die dafür laut facheinschlägiger Literatur entscheidenden Faktoren genannt und seine Relevanz im Vertragsnaturschutz argumentiert. Ein Überblick über die Entstehung der Idee des Vertragsnaturschutzes sowieso seiner konkreten Formen in Österreich und der EU folgten, bevor eine kurze Vorstellung von Studien mit ähnlichem Forschungsinhalt wie der vorliegenden Arbeit in den empirischen Teil überleitete. Die in diesem letzten großen Teil verwendeten Methoden und gewonnenen Daten und Erkenntnisse sollen abschließend an dieser Stelle diskutiert werden.

5.1. Diskussion der Methoden

Was die Datengrundlage und Auswahl der an der Befragung teilnehmenden Betriebe anbelangt, ist anzumerken, dass aus den zur Verfügung stehenden INVEKOS Daten die Größe der Betriebe nicht ersichtlich war und die Auswahl der Betriebe daher nach anderen Kriterien erfolgte. Ihre Zusammensetzung ist daher, was die Betriebsgröße anbelangt, nicht für den Bezirk repräsentativ. Obwohl auch bezirksweit Klein- und Mittelbetriebe dominieren und der Anteil an Großbetrieben sehr gering ist, ist der Großteil der Betriebe nicht wie in der Stichprobe unter 15 ha, sondern zwischen 20 und 50 ha groß.
Dennoch spiegelt diese zufällige Auswahl an relativ kleinen Betrieben die kleinteilige landwirtschaftliche Struktur des Bezirks wieder.

Bezüglich der Methode der Befragung ist, wie bereits in Kapitel 3.4. zur Kontaktaufnahme und Durchführung der Interviews angesprochen, anzumerken, dass die Methode des Leitfadeninterviews auf unterschiedliche Probleme stieß: So ermöglichte die offene Fragestellung zwar im Vergleich zu anderen Methoden eine freie Meinungsäußerung ohne Einschränkung durch vorgegebene Antworten, diese Möglichkeit wurde in der Praxis jedoch selten genützt. Im Gegenteil, die Interviewpartner antworteten meist kurz, auch auf offene Fragen teilweise mit „Ja“ und „Nein“ und vermittelten den Eindruck, lieber vorgegebene Antworten zu haben, aus denen sie nur auszuwählen brauchten. Besonders überraschend war dies bei der letzten Frage des Interviewleitfadens zu den Wünschen in Bezug auf ÖPUL und den Erhalt von Streuobstwiesen. Wurde dies als Chance für die Interviewpartner gesehen, möglicherweise bislang unbeachtete Aspekte und Lö-

sungen, die ihnen persönlich am Herzen liegen, zu äußern, so war die fehlende Initiative, diese Chance wahrzunehmen, ernüchternd. Bei einigen Landwirten schien hier Pessimismus mit Ideenlosigkeit bzw. einer fehlenden Lösungsorientiertheit einherzugehen. Eine andere Erklärung für die fehlende Bandbreite an Aussagen ist jedoch, dass Landwirte es gewohnt sind, sich den Regeln wie jenen des ÖPUL oder anderen Auflagen unterordnen zu müssen und nur aus bereits vorgegebenen Möglichkeiten wählen zu können.
Die allgemein oft sehr knappen, unbefriedigenden Antworten der Interviewpartner könnten jedoch auch durch suboptimale Fragestellungen bedingt sein. Wie sich im Laufe der Interviewphase zeigte, waren manche Fragen zu direkt gestellt. Offene, ausführliche Antworten wurden viel eher durch indirektes Nachfragen oder in Form von beiläufigen Kommentaren zu einer anderen Frage gegeben.

Die ablehnende bzw. misstrauische Haltung vor und während der Interviews und die übrigen angesprochenen Probleme lassen darauf schließen, dass die für das Leitfadeninterview benötigte Bereitschaft der Befragten zur Mitarbeit und die Anforderung an ihre sprachliche und soziale Kompetenz insgesamt zum Teil nicht immer gegeben waren. (vgl. SCHNELL ET AL. 2011: 380)

Als ein (im Vorfeld wenig beachtetes) Problem erwiesen sich außerdem die Abgabe sozial erwünschter Antworten und die für alle Interviewformen typische Verzerrungen. So kam es vor allem bei einem Interviewpartner öfters zu einer expliziten Verweigerung einer Antwort („Item-Nonresponse“). Oft wurde auf formale Aspekte von Fragen reagiert („Frageeffekte“), manchmal gab es aber auch Reaktionen auf die Abfolge von Fragen („Positionseffekte“). Interviewpartner zeigten sich zum Beispiel verwirrt, als ein Thema, das für sie bereits als abgeschlossen galt, noch einmal oder unter einem anderen Aspekt angesprochen wurde. Reaktionen auf Merkmale des Interviewers („Interviewereffekte“) kamen ebenso vor wie Reaktionen auf die Anwesenheit Dritter beim Interview („Anwesenheitseffekte“). Wie bereits erwähnt waren in manchen Interviews neben dem Interviewpartner noch bis zu vier andere Personen im Raum anwesend. Die Abgabe einer inhaltlichen Antwort, obwohl keine Meinung zum erfragten Gegenstand ausgebildet worden ist („Non-Attitudes“), oder die Zustimmung zu Fragen unabhängig vom Inhalt der Fragen („Zustimmungstendenz“ bzw. „Akquieszenz“) waren schließlich noch zwei andere Verzerrungen, die während der Interviews beobachtet werden konnten. (vgl. SCHNELL ET AL. 2011: 346-347)
Positiv an der gewählten Methode hervorzuheben ist, dass die Teilnahmequote sehr hoch war und mit einer anderen Methode wie z.B. der Versendung schriftlicher Interviewbögen nicht zu erreichen gewesen wäre, da bei postalischen Befragungen die Ausfallquoten in der Regel höher

als beim persönlichen Interview sind. (vgl. SCHNELL ET AL. 2011: 357)

Nicht nur die Tatsache, dass die Interviews persönlich geführt wurden, spielte eine Rolle, sondern auch der Fakt, dass die Interviewerin aus derselben Gegend wie die Interviewpartner stammt. Interviewpartner gaben im Gespräch an, sich nur deshalb zu einer Teilnahme bereit erklärt zu haben, da die Autorin bei der telefonischen Kontaktaufnahme darauf hingewiesen hatte, aus dem Nachbarort zu stammen und sie dadurch eine gewisse soziale Verbundenheit zu einer konkreten Person empfanden – eine Beziehung, die bei postalischen oder telefonischen Befragungen nicht herstellbar gewesen wäre.

5.2. Diskussion der Ergebnisse

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, im Gespräch mit am ÖPUL teilnehmenden Landwirten die Faktoren, welche die Teilnahme an diesem Programm bzw. einer konkreten Maßnahme beeinflussen, herauszufinden und ihre Einstellung zum Naturschutz allgemein zu ermitteln.

Folgende Hypothesen, welche aus der Analyse von Referenzstudien geformt werden konnten, wurden dabei überprüft und konnten grundsätzlich bestätigt werden:

- Die finanzielle Abgeltung ist ein wichtiger Faktor für die Teilnahme an Vertragsnaturschutzprogrammen, aber nicht die Hauptmotivation.
- Landwirte verfügen zum Teil nur über ein geringes naturschutzfachliches Wissen bzw. Verständnis von Zusammenhängen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.
- Emotionale Faktoren spielen eine wichtige Rolle für die Akzeptanz von Vertragsnaturschutzmaßnahmen.
- Die Informationsvermittlung im Vorfeld der Teilnahme und die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Institutionen während der Teilnahme sind entscheidend für die Akzeptanz des Vertragsnaturschutzprogramms.

Die Auswertung der Interviews zeigte aber, dass diese Annahmen teilweise zu kurz greifen und der Komplexität und Verwobenheit unterschiedlicher Faktoren nicht gerecht werden. Analog soll hier kurz eine Studie präsentiert wird, um den vielschichtigen Zusammenhang zwischen Rentabilität, Risiken für die Landwirte und Kompatibilität der Schutzmaßnahmen mit der vorhandenen Bewirtschaftungsweise aufzuzeigen:

Diese 2010 von Claudia SATTLER und Uwe Jens NAGEL veröffentlichte Studie befasst sich mit der Kompensation negativer Effekte konventioneller Landwirtschaft durch Schutzmaßnahmen und die Rolle der Landwirte in Bezug auf die Akzeptanz dieser Maßnahmen. Zu beachten ist, dass in dieser Studie zwar die Akzeptanz von Schutzmaßnahmen bei Landwirten untersucht wird, diese Maßnahmen aber nicht im Rahmen einer vertragsnaturschutzfachlichen Verpflichtung durchgeführt wurden.

SATTLER/NAGEL (2010) führten in Nordostdeutschland, genauer in der Region Prenzlau-West in Brandenburg Interviews mit elf Haupterwerbslandwirten, um herauszufinden, welche Faktoren für die Akzeptanz von Schutzmaßnahmen ausschlaggebend waren. Die Interviewpartner wiesen große Unterschiede bezüglich der Größe des Betriebs und der bewirtschafteten Fläche auf. Die Befragung erfolgte aufgrund eines vorgegebenen Fragebogens, der aus sechs Teilen bestand und neben einer Erläuterung über den Inhalt der Befragung und allgemeinen Fragen zum Betrieb v.a. Fragestellungen bezüglich der Werthaltung und Beurteilung unterschiedlicher Faktoren der Akzeptanz und der Naturschutzmaßnahme selbst enthielt. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 71-72)

Die Umfrage zeigt, dass bezüglich der Wichtigkeit unterschiedlicher Schutzziele für die Landwirte der Schutz von Boden an oberster Stelle gereiht wurde. Der Schutz von Lebensräumen und Biodiversität wurde hingegen als weniger bedeutend eingestuft. Dies kann laut SATTLER und NAGEL darauf zurückgeführt werden, dass Boden die wichtigste Ressource in der landwirtschaftlichen Produktion darstellt und der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit somit oberste Priorität hat. Dies widerspricht jedoch der Einschätzung von Experten, welche die große Bedeutung des Landwirts im Schutz von gefährdeten Arten und durch die landwirtschaftliche Produktion verunreinigtes Wasser mehr hervorstreichen. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 72)

Was die Faktoren für die Akzeptanz von Schutzmaßnahmen betrifft, so konnte im Zuge der Befragung festgestellt werden, dass seitens der Landwirte die Kostenneutralität bzw. eine eventuelle Reduktion der Kosten, also die Erreichung eines ökonomischen Gewinns durch die Umsetzung der Schutzmaßnahme, sowie die Kompatibilität der Schutzmaßnahme mit den Gegebenheiten vor Ort (Klima, Bodenbeschaffenheit) als wichtigste Kriterien für die Akzeptanz dieser Maßnahme angesehen wurden. SATTLER und NAGEL sehen dies als Bestätigung der These, dass finanzielle Vorteile nicht immer von vorrangiger Bedeutung für die teilnehmenden Landwirte sind. Diese gaben als zusätzliche Akzeptanzgründe unter anderem die Beibehaltung der Qualität ihrer Produkte, die Sicherung der Ressourcen für zukünftige Generationen sowie die Verbesserung des Image der Landwirte in der Gesellschaft und die Zufriedenheit mit ihrer Arbeit an. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 73)

Fasst man allerdings die von den Landwirten genannten Akzeptanzgründe in Kategorien zusammen, so erhalten SATTLER und NAGEL folgende Reihung: am bedeutendsten sind die mit der Maßnahme verbundenen Risiken, gefolgt von ihrer Beobachtbarkeit und ihrer Kosten. Anschließend kommt ihre Kompatibilität, welche ungefähr gleichbedeutend ist mit dem Zeitaufwand. Am wenigsten wichtig waren die Erprobbarkeit und die in etwa gleich bewertete Komplexität. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 74)[1]

Dies macht die bei der Durchführung der Schutzmaßnahme eingegangenen Risiken und die Sichtbarkeit ihrer Ergebnisse zu den stärksten Beweggründen zur Teilnahme an einer neuen Maßnah-

[1] SATTLER/NAGEL 2010 beziehen sich dabei auf die Theorie von ROGERS (2003: 222), wonach es fünf Attribute gibt, die für die Annahme einer Innovation entscheidend sind: ihr relativer Vorteil, ihre Kompatibilität, ihre Komplexität, ihre Erprobbarkeit und ihre Beobachtbarkeit.
Der relative Vorteil gibt an, um wie viel besser die Innovation ist, als die Idee, die sie ablöst. Sie drückt sich z.B. durch ihre wirtschaftliche Rentabilität oder ihr soziales Prestige aus. (vgl. ROGERS 2003: 229) Kompatibilität drückt dabei aus, wie vereinbar die Innovation mit bereits bestehenden Werten und Erfahrungen sowie den Bedürfnissen möglicher Anwender ist. Je besser sie sich an dessen Situation anpasst, desto höher die Kompatibilität. (vgl. ROGERS 2003: 240) Komplexität beschreibt in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit die Innovation zu verstehen und zu nutzen. Ist eine Innovation zu komplex, verringert sich ihre Annahme bzw. ihr Einsatz. (vgl. ROGERS 2003: 257) Das hier als Erprobbarkeit übersetzte Attribut („Trialability" im englischen Original) bezeichnet den Grad, mit der eine Innovation ausprobiert werden kann. Durch das individuelle Anwenden und Ausprobieren kann sich der Anwender diese aneignen und entscheiden, ob er sie als sinnvoll erachtet. (vgl. ROGERS 2003: 258) Die Beobachtbarkeit einer Innovation misst schließlich den Grad an Sichtbarkeit ihrer Ergebnisse für andere. (vgl. ROGERS 2003: 258)

me. Jene Maßnahmen, die mehrere der genannten Kategorien erfüllten, die also sowohl ökonomische als auch soziale und ökologische Vorteile mit sich brachten, wurden am positivsten bewertet. (vgl. SATTLER/NAGEL 2010: 74-75)

Auch in den im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit durchgeführten Gesprächen ließen sich ähnlich komplexe Zusammenhänge wie in der soeben vorgestellten Studie, aber auch den in Kapitel 2.3. präsentierten Referenzstudien erkennen:
Die Bedeutung des Erhalts einer Förderung ist, wie angenommen, ein wichtiger Akzeptanzfaktor, der aber im umfassenderen Kontext der Wirtschaftlichkeit allgemein gesehen werden muss. Landwirte gehen mit der Erhaltung der Streuobstwiesen ein gewisses finanzielles Risiko ein, denn obwohl die Wiesen seit Jahrzehnten Teil des Betriebs sind, haben sich durch die sinkenden Produktpreise und die fehlenden Abnehmer die Rahmenbedingungen geändert, was durch die Teilnahme an einem Vertragsnaturschutzprogramm wie dem ÖPUL und der darüber vergebenen Förderung nicht oder nur zu wenig kompensiert werden kann.
Entscheidend für die Akzeptanz von Vertragsnaturschutzmaßnahmen ist also, wie auch im genannten Beispiel, die Sicherung der Rentabilität der Bewirtschaftung der Fläche, welche sich aus einem Zusammenspiel von Produktpreisen, Förderung und Kompatibilität mit den örtlichen Gegebenheiten zusammensetzt.
Diese Aussagen stimmen mit den Ergebnissen der vorgestellten Referenzstudien überein. Im Beitrag zur Bedeutung des ÖPUL für Natura 2000-Flächen waren finanzielle Aspekte einer der beiden genannten entscheidenden Faktoren für die Teilnahme am ÖPUL. Die erhaltenen Gelder waren auch für die dort befragten Landwirte eine wichtige Einkommensgrundlage, weshalb – wie in der vorliegenden Arbeit – hervorgehoben wurde, dass der Schutz von Lebensräumen unter anderem von der Konkurrenzfähigkeit zukünftiger Fördermittel für Naturschutzverträge gegenüber finanzieller Vorteile durch eine Änderung der Bewirtschaftungsweise abhängt. (vgl. KELEMEN-FINAN/ZUNA-KRATKY 2010: 15-16)
In der Mid-Term Evaluierung 2003 durch die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Grünland und Futterbau zeichnete sich ebenfalls ab, dass die Durchführbarkeit und Kompatibilität der Maßnahmen mit der bestehenden Bewirtschaftung sowie der Erhalt von Förderungen von größter Bedeutung für die Maßnahmenwahl sind. Interessant ist, dass, anders als in anderen Untersuchungsgebieten, bei der Befragung im Testgebiet oststeirisches Hügelland kein einziger Betrieb angab, eine bestimmte Maßnahme aufgrund der Förderung gewählt zu haben, wohingegen bei der vorliegenden Arbeit beinahe alle befragten Personen dies als Grund nannten. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 26-27)

Auch die konfliktreiche Einstellung zu Förderungen allgemein war sowohl in der vorliegenden Arbeit als auch in den Referenzstudien ein Thema. In der Mid-Term Evaluierung 2003 wurde von vielen Personen der Wunsch geäußert, ihre Leistung durch gerechtere Produktpreise und nicht durch Förderungen abgegolten zu bekommen. Die Rolle als „Almosenempfänger" sprach ihnen ebenso wenig zu wie den Teilnehmern der Befragung im Rahmen der vorliegenden Arbeit. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 32-34)

Wichtig für die Akzeptanz des ÖPUL ist daher die Schaffung eines praxisnahen Programms, welches durch vermehrte Flexibilität und Effizienz den Bedürfnissen der Landwirte entgegenkommt. Dadurch ergibt sich jedoch das Konfliktfeld der Komplexität jedes so großflächigen Vertragsnaturschutzprogramms wie des ÖPUL, welches bereits in der bestehenden Form durch seine Verästelung und möglichst großer Abdeckung aller Eventualitäten für die Teilnehmer selbst oft unverständlich ist. Eine zusätzliche Flexibilisierung und Berücksichtigung individueller Ausnahmeregelungen wäre zwar grundsätzlich im Sinne der Landwirte, aber nicht praktikabel und würde das Programm noch unübersichtlicher machen, was die bereits herrschende negative Einstellung dazu noch vergrößern würde.

Denn, was emotionale Faktoren für die Akzeptanz des ÖPUL anbelangt, so ist auf eine gewisse negative Stimmung hinzuweisen, die sich bei den Interviews grundsätzlich geäußert hat. Vielen Landwirten fehlt das Vertrauen in eine positive Entwicklung ihrer Situation. Vor allem Kleinbauern fühlen sich von der Politik unfair behandelt und benachteiligt. Auch in der Mid-Term Evaluierung 2003 wurde dieser Punkt, nämlich die soziale Unausgewogenheit des Programms, kritisiert. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 26-27)

Aus diesem Frust scheint sich, zusammen mit vorhandenen konservativen und traditionalistischen Einstellungen, eine gewisse Resignation und vergangenheitsidealisierendes Denkmuster entwickelt zu haben. Diese Enttäuschung schlägt sich auch in der Zufriedenheit mit dem ÖPUL nieder. In der vorliegenden Arbeit gaben fast die Hälfte aller befragten Personen an, nicht zufrieden zu sein, die andere Hälfte war entweder positiv oder ambivalent dazu eingestellt. Im Vergleich dazu gaben bei der Mid-Term Evaluierung 2003 knapp 80% der Teilnehmer an, mit dem ÖPUL zufrieden zu sein, wobei dort die höchste Zufriedenheit bei den kleineren Betrieben verzeichnet wurde. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 32-34)

Was die Situation der Streuobstwiesen anbelangt, zeigten die Interviewpartner wenig Vertrauen, dass diese Form der Kulturlandschaft langfristig erhalten werden und der Entwicklung der Landwirtschaft hin zu mehr Leistungsorientiertheit und Profit standhalten kann. Sie trauen dem ÖPUL als Förderprogramm keinen langfristigen Erfolg im Sinne der Sichtbarkeit der Maßnahmen zu – Streuobstwiesen werden ihrer Meinung nach aus dem Landschaftsbild der Region verschwinden.

Diese Ergebnisse unterscheiden sich von jenen der von SUSKE ET AL. durchgeführten Studie. Auf die Frage, ob ÖPUL ausreiche, um regionale Lebensräume und Arten zu sichern, antwortete dort nämlich der Großteil mit „ja“, was unter anderem ein Grund für die Autoren ist, das ÖPUL als ein gut geeignetes Instrument, wertvolle Lebensräume und Biodiversität auf freiwilliger Basis zu schützen und zu entwickeln, anzusehen. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 75; 81)

Für die in der vorliegenden Arbeit befragten Landwirte ist hingegen das Vertragsnaturschutzprogramm ÖPUL oft weniger ein Mittel, um diesem Verlust von schützenswerten Lebensräumen wie den Streuobstwiesen entgegenzuwirken, sondern ein Weg, um durch den Erhalt finanzieller Abgeltungen den Bestand des eigenen Betriebs zu sichern und so das eigene Überleben zu garantieren. Diese teils kontextuell bedingte Haltung führt zusammen mit einer fehlenden Initiative und mangelndem Wissen um naturschützerische Belange zu einer Ohnmachtshaltung.

Eine Ausnahme bildeten die teilnehmenden Biobauern, die sich eher zufrieden mit der allgemeinen Situation zeigten und der Zukunft positiver entgegenblicken. Ihre Einstellung zur Landwirtschaft impliziert laut eigenen Aussagen auch eine intensivere Beschäftigung mit der Materie und Handlungsalternativen sowie ein progressiveres Denken.

Eine Steigerung des bei Biobauern eher vorhandenen Umweltbewusstseins ist auch laut den Autoren der Mid-Term Evaluierung 2003 förderlich für den langfristigen Erfolg des ÖPUL. In der angesprochenen Studie gab ein Großteil der interviewten Personen zwar an, gut über Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft und Naturschutz informiert zu sein, die Autoren stellten jedoch in der Realität beachtliche Informationsdefizite fest. Ähnliche Erkenntnisse konnten auch bei der Befragung im Rahmen der vorliegenden Arbeit gewonnen werden. Um das Umweltbewusstsein zu steigern, ist laut GROIER/PÖTSCH der Bildungsgrad, der Informationsstand und die Qualität der Beratung, aber auch persönliche Erfahrungen mit Umweltmaßnahmen von Bedeutung. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 35;37-38)

Die Vermittlung von Wissen, sei es in Bezug auf naturschutzfachliche Faktoren oder kausale Zusammenhänge, ist daher, wie auch in den vorgestellten Referenzstudien, als Akzeptanzfaktor mit dem größten Potenzial zu sehen. Es ist zudem ein Faktor, der von Behörden Institutionen beeinflusst werden kann.

So wurde in der Studie von SUSKE ET AL. zur Akzeptanz der ÖPUL-Maßnahme „WF“ hervorgehoben, dass von den befragten Personen das Informationsangebot, welches durch eine Kooperation unterschiedlicher Organisationen und Interessenvertretern organisiert wurde, als positiv angesehen wurde. (vgl. SUSKE ET AL. 2009: 67; 71) Auch die Autoren des Beitrags über die Bedeutung des ÖPUL für Natura 2000-Flächen nannten neben finanziellen Aspekten die Information und Kommunikation als zweiten entscheidenden Faktor für die Akzeptanz des ÖPUL. (vgl. KELEMEN-

FINAN/ZUNA-KRATKY 2010: 15) Selbiges gilt für die dritte im Rahmen der vorliegenden Arbeit präsentierte Referenzstudie: Auch die Autoren der Mid-Term Evaluierung 2003 sehen im Bereich der Informations- und Beratungsarbeit das größte Potenzial und sehen dabei die Landwirtschaftkammer als bedeutendsten Akteur. In der von ihnen durchgeführten Studie wurde ähnlich wie in der vorliegenden Arbeit die erhaltene Beratung als zweitwichtigster Grund für die Wahl einer bestimmten Maßnahme genannt. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 26-27)

In der Mid-Term Evaluierung 2003 wurde auch darauf hingewiesen, dass für die langfristige Akzeptanz des ÖPUL ein reibungsloser Ablauf der Teilnahme und die Zufriedenheit mit dem Programm eine große Rolle spielt. In jener Studie wurden im Zusammenhang der Kooperation mit den Behörden vor allem Terminprobleme und Bürokratie sowie Bevormundung und das Gefühl eingeschränkt zu sein als Probleme genannt – auch hier finden sich Übereinstimmungen mit der vorliegenden Arbeit. (vgl. GROIER/PÖTSCH 2003: 29-30)

Es besteht also Handlungsbedarf bei der Information der Teilnehmer, seitens der zuständigen Stellen aber auch der Landwirte selbst. Eine bessere, „kundenorientierte“ Betreuung könnte die Akzeptanz und den nachhaltige Erfolg des ÖPUL zusätzlich sichern.

6. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Alternativen des behördlichen Naturschutzes 4
Abbildung 2: Beziehung zwischen Akzeptanzsubjekt, Akzeptanzobjekt und Akzeptanzkontext.... 11
Abbildung 3: Übersicht über akzeptanzrelevante Faktorengruppen und Einflussvariablen 12
Abbildung 4: System der akzeptanzrelevanten Faktoren 15
Abbildung 5: Stufen der Implementierung von Vertragsnaturschutzprogrammen..... 16
Abbildung 6: Erfolgsbestimmende Faktoren für das Ausmaß der Teilnahmebereitschaft..... 17
Abbildung 7: Die Steiermark und ihre Bezirke 29
Abbildung 8: Flächennutzung im Bezirk Hartberg..... 30
Abbildung 9: Ablaufmodell zusammenfassender Inhaltsanalyse 46
Abbildung 10: Aufteilung der an der Befragung teilnehmenden Betriebe nach ihrer Größe..... 47
Abbildung 11: Anzahl der Betriebe nach bewirtschafteten Streuobstflächen 48
Abbildung 12: Altersstruktur der interviewten Personen..... 49

7. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ackernutzungen im Bezirk Hartberg..... 31
Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Betriebsgrößen im Bezirk Hartberg 32
Tabelle 3: Viehbestand und Viehhalter im Bezirk Hartberg..... 32
Tabelle 4: ÖPUL Maßnahmen im Bezirk Hartberg 33
Tabelle 5: Gründe für die Rückläufigkeit der Streuobstbestände..... 59
Tabelle 6: Bedeutung von Streuobstwiesen 61
Tabelle 7: Beurteilung der Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen und Behörden... 70
Tabelle 8: Zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Akzeptanzfaktoren nach Kategorien 75
Tabelle 9: Zufriedenheit mit ÖPUL..... 83

8. Literaturverzeichnis

AMA (O.J.a): *ÖPUL 2007-Glossar*. Online im Internet: http://www.ama.at/Portal.Node/public?rm=PCP&pm=gti_full&p.contentid=10008.68797&GlossarO4_2009.htm#Getreide-Mais-Anteil [11.06.2013]

AMA (O.J.b): *ÖPUL 2007 - Erhaltung von Streuobstbeständen (ES).* Online im Internet: http://www.ama.at/Portal.Node/public?gentics.rm=PCP&gentics.pm=gti_full&p.contentid=10008.47316&MEB_ES.pdf [7.1.2013]

ARCHE NOAH (2012): *Erarbeitung von Auswertungen, Schlussfolgerungen und konkreten Maßnahmenvorschlägen zu „SLK" und „Streuobst" für das Programm Ländliche Entwicklung 2014+.* Studie durchgeführt von SUSKE Consulting. Online im Internet: http://www.arche-noah.at/etomite/assets/downloads/Bibliothek/StreuobstSLKBericht_ArcheNoah.pdf [07.01.2013]

BERNKOPF, Siegfried (1994): *Geschichte des österreichischen Obstbaues*. In: BLAICH, Ute (Hg.) (1994): *Alte Obstsorten und Streuobstbau in Österreich*. Bedeutung, Schutz und Erhaltung bedrohter Lebensräume. Grüne Reihe des Bundesministeriums für Umwelt. Band 7. Graz: Austria Medienservice. 41-55.

BEZIRKSKAMMER OSTSTEIERMARK HARTBERG-FÜRSTENFELD (BK HB) (2012): *Überblick über die Landwirtschaft im Bezirk Hartberg*. Online im Internet: http://stmk.agrarnet.info/?+Zahlen+und+Fakten+&id=2500%2C1556747%2C%2C%2C [08.01.2012]

BRANDL, Michael (1994): *Der Vertragsnaturschutz als Instrument des Landschaftsschutzes*. Serie: Alpine Raumordnung Nr. 10. Innsbruck: Österreichischer Alpenverein.

BUßJÄGER, Peter (2001): *Österreichisches Naturschutzrecht.* Wien: Neuer Wissenschaftlicher Verlag.

DUDEN (2012): *Akzeptanz.* Online im Internet: http://www.duden.de/suchen/dudenonline/akzeptanz [22.09.2012]

EDER, Wolfgang (1998): *Die Bedeutung der Streuobstwiesen am Beispiel der Marktgemeinde St. Florian.* Dissertation am Institut für Obstbau. Wien: Universität für Bodenkultur.

ELER, Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Online im Internet: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:277:0001:0040:DE:PDF [27.10.2012]

ENDRUWEIT, Günter/TROMMSDORFF, Gisela (Hg.) (1989): *Wörterbuch der Soziologie*. Band 1. Stuttgart: Enke.

ERLACH, Alexander (1994): *Ökologie des Streuobstbaues*. In: BLAICH, Ute (Hg.) (1994): *Alte Obstsorten und Streuobstbau in Österreich*. Bedeutung, Schutz und Erhaltung bedrohter Lebensräume. Grüne Reihe des Bundesministeriums für Umwelt. Band 7. Graz: Austria Medienservice. 57-102.

ESSER, P. (1999): *Akzeptanz – was steckt dahinter?* Überlegungen zur Akzeptanzdebatte in Naturschutz und Landschaftsplanung. Diplomarbeit am Institut für Landschaftsentwicklung. Berlin: TU Berlin.

EUROPÄISCHE UNION (1995-2012a): *Verordnungen, Richtlinien und sonstige Rechtsakte.* Online im Internet:
http://europa.eu/about-eu/basic-information/decision-making/legal-acts/index_de.htm [18.11.2012]

EUROPÄISCHE UNION (1995-2012b): *Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).* Online im Internet:
http://europa.eu/legislation_summaries/agriculture/general_framework/l60032_de.htm [02.10.2012]

GAUGL, Günther (1994): *Pöllauer Tal*. In. BLAICH, Ute (Hg.) (1994): *Alte Obstsorten und Streuobstbau in Österreich*. Bedeutung, Schutz und Erhaltung bedrohter Lebensräume. Grüne Reihe des Bundesministeriums für Umwelt. Band 7. Graz: Austria Medienservice. 196-197.

GIS STEIERMARK (2012): *Steiermark – Bezirke*. Online im Internet:
http://gis2.stmk.gv.at/gis2.stmk.gv.at/gis/content/karten/download/BezStmkmitOrtenfarbig.jpg [22.09.2012]

GLÄSER, Jochen/LAUDEL, Grit (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag.

GROIER, Michael/PÖTSCH, Erich (2003): *Bericht zur ÖPUL-Befragung im Rahmen der MID-TERM Evaluierung 2003 gemäß VO 1257/99*. Wien: Gumpenstein.

INVEKOS (2007): INVEKOS Daten für den Bezirk Hartberg. Auflistung der Maßnahmen und teilnehmenden Betriebe. Übermittelt per Mail von Otto Hofer, Lebensministerium.

KELEMEN-FINAN, Julia/ZUNA-KRATKY, Thomas (2010*): Vertragsnaturschutz als Perspektive für Natura 2000 – Offenlandlebensräume in den March-Thaya-Auen.* In: Fakultätszentrum für Biodiversität (2010): *March-Thaya-Auen-Symposium*. Vielfalt, Ökologie, Schutz. Tagungsband vom 27. und 28. Mai 2010. Wien: o.V. 15-16. Online im Internet:

http://www.univie.ac.at/population-ecology/publications/tagungsband_symposium_mta_.pdf [23.10.2012]

KORNFELD, Birgit (2001): *Agrarstrukturelle Rahmenbedingungen als Faktoren für den langfristigen Erfolg des behördlichen Vertragsnaturschutzes in Niederösterreich*. Diplomarbeit am Institut für Agrarökonomik. Wien: Universität für Bodenkultur.

KRENN, Peter (1997) *Die Oststeiermark*. Ihre Kunstwerke, historischen Lebens- und Siedlungsformen. Graz, Wien, Köln: Verlag Styria.

LAND STEIERMARK - AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG (2012): *Der Bezirk Hartberg.* Online im Internet: http://www.bh-hartberg.steiermark.at/cms/ziel/59835984/DE/ [22.09.2012]

LEBENSMINISTERIUM (2012): *ÖPUL Übersicht.* Online im Internet: http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/agrar-programm/OEPUL-Uebersicht.html [12.07.2012]

MAYRING, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse*. Grundlagen und Techniken. Weinheim, Basel: Beltz.

OTTER, Josef (2012): Mündliche Auskunft vom 21.11.2012 durch Herrn Ing. Josef Otter, Bezirkskammer Oststeiermark-Fürstenfeld.

PENKER, Marianne (2001): *Vertragsnaturschutz in Österreich.* Dissertationen der Universität für Bodenkultur in Wien, Band 58. Wien: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag.

PENKER, Marianne/WYTRZENS, Hans Karl/KORNFELD, Birgit (2004): *Natur unter Vertrag – Naturschutz für das 21. Jahrhundert.* Der behördliche Vertragsnaturschutz: Bestandsaufnahme, Verwaltungsanalyse und Entwicklungspotentiale. Wien: Facultas.

PRINZ, Martin/RENETZEDER, Christa/SCHMITZBERGER, Ingrid/STOCKER-KISS, Andrea/WRBKA, Thomas (2007*): Obstbaumwiesen als Schlüsselelemente zur Erhaltung und Förderung der natürlichen Vielfalt in österreichischen Agrikulturlandschaften*. Online-Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Jahrgang 2007. Online im Internet: http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/Online-Fachzeitschrift-Laendlicher-Raum/archiv/2007/Prinz.html 14.01. [14.01.2013]

PREGERNIG, Michael (1999): *Evaluierung der Akzeptanz von Vorschlägen zur Waldsanierung*. Dissertationsarbeit am Institut für Sozioökonomik der Forst- und Holzwirtschaft. Wien: Universität für Bodenkultur.

PRILIPP, Kai Marc (1997): Zur Problematik der Naturschutzziele. Problemzusammenhang und Lösungsansatz. Schriftenreihe des Fachbereichs Landschaftsarchitektur, Heft 15. Osnabrück:

Fachhochschule Osnabrück.

ROGERS, Everett M. (2003): *Diffusion of Innovation*. New York, London, Toronto, Sydney, Singapore: Free Press.

SATTLER, Claudia/NAGEL, Uwe Jens (2010): *Factors affecting farmers' acceptance of conservation measures – A case study from north-eastern Germany*. Land Use Policy 27 (2010) 70-77.

SAUER, Alexandra/LUZ, Frieda/SUDA, Michael/WEILAND, Ulrike (2005) *Steigerung der Akzeptanz von FFH-Gebieten*. BfN-Skripten 144. Bonn: Bundesamt für Naturschutz.

SCHALK, Elisabeth (1994): *Naturräumliche Beschreibung des Bezirkes* Hartberg. In: FOSSEL, Curt/KÜHNERT, Hermann (Hg.) (1994): *Naturkundliche Besonderheiten in steirischen Gemeinden*. Naturschutz-Handbuch IV. Graz, Stuttgart: Leopold Stocker Verlag, 167-169.

SCHENK, Anita (2000): *Relevante Faktoren der Akzeptanz von Natur- und Landschaftsschutzmaßnahmen*. Ergebnisse qualitativer Fallstudien. St.Gallen: Publikation der Ostschweizerischen Geographischen Gesellschaft, Neue Folge, Heft 5.

SCHENK, Anita/HUNZIKER, Marcel/KIENAST, Felix (2007): *Factors influencing the acceptance of nature conservation measures – A qualitative study in Switzerland*. Journal of Environmental Management 83 (2007) 66-79.

SCHNELL, Rainer/HILL, Paul B./ESSER, Elke (2011): *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München: Oldenbourg Verlag.

SCHRAMAYR, Georg/NOWAK, Horst (2000): *Obstgehölze in Österreich*. Ökologie, Landschaft und Naturschutz. Wien: Umweltbundesamt.

SRL ÖPUL (2007): Sonderrichtlinie des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) für das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, BMLFUW-LE.1.1.8/0073-II/8/2007. Online im Internet: http://www.lebensministerium.at/dms/lmat/land/laendl_entwicklung/rechtsinfo/OEPUL/SRL_OEPUL_2007.pdf [27.10.2012]

SUSKE, Wolfgang/GATTERMAIER, Sandra/ELLMAUER, Thomas/TOMEK, Hemma (2009): *Analyse der Akzeptanzen der ÖPUL Maßnahme „WF" auf Lebensräumen der FFH- und Vogelschutzrichtlinie.* Im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien. Online im Internet: http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/evaluierung/le_studien/oepul_wf.html [28.11.2012]

WELAN, Manfried (2005): *Recht in Österreich*. Wien: WUV Universitätsverlag.

9. Anhänge

9.1. Interviewleitfaden

Fragen zur Person und Betriebsstruktur

- Sind Sie der/die Betriebsleiter/in? Wenn nein, wer dann?
    - Seit wann sind Sie Betriebsleiter/in? Von wem haben Sie den Betrieb übernommen?
- Wie lange gibt es den Betrieb schon?
- Ist die Hofnachfolge gesichert?
- Was ist Ihr höchster Abschluss? Haben Sie Zusatzausbildungen?
- Wie alt sind Sie?
- In welcher Erwerbsform bewirtschaften Sie Ihren Betrieb? (Haupt-/Neben-/Zuerwerb)
    - Seit wann führen Sie den Betrieb in dieser Form?
- Über wie viel land- und forstwirtschaftliche Fläche verfügt Ihr Betrieb?
    - Ackerland (welche Feldfrüchte?)
    - Grünland (Wiese oder Weide)
    - Dauerkulturen
    - Wald
    - Anteil der Streuobstwiesen an Gesamtfläche; Verhältnis geförderte/nicht geförderte
- Welche und wie viele Tiere halten Sie?
    - Wie werden Sie gehalten (Freiland, Stall)?
- Welche großen Veränderungen gab es in den letzten Jahren in Ihrem Betrieb?
    - Welche Veränderungen gab es in Bezug auf Streuobstwiesen?
- Handelt es sich um einen biologisch oder konventionell geführten Betrieb?
- Welche MitarbeiterInnen arbeiten auf dem Hof? (Familienangehörige, Angestellte, saisonale Hilfskräfte)?
- Welches zusätzliche Einkommen beziehen Sie? (Ab-Hof-Verkauf, Gäste, Veredelung)

ÖPUL

- Seit wann nehmen Sie an ÖPUL allgemein und an der über das ÖPUL geförderten Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen“ im Speziellen teil?
- Wie sind Sie zur Teilnahme an der Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen“ gekommen?
    - Wer hat Sie wann und wie über das Programm/die Maßnahme informiert?
- Warum haben Sie sich für eine Teilnahme entscheiden?
    - Warum sind Sie mit Streuobst eingestiegen? Hat sich der Betrieb dahingehend geändert?

- Was würde sich an Ihrer Bewirtschaftungsweise ändern, wenn es zu keiner Neuauflage des ÖPUL kommen würde?
    - Würden Sie mit Bewirtschaftungsweise weitermachen bzw. Streuobstbestände weiter erhalten? Wenn nicht, warum?

Streuobst

- Welche Bedeutung haben Streuobstbestände in Ihrer Region? (ökonomisch, für die Landschaft, für Sie persönlich)
- Welchen Nutzen haben Sie durch Ihre Streuobstbäume?
    - Als Einnahmequelle bzw. für den Eigengebrauch?
    - Nutzen Sie das Mähgut der Wiese oder entstehen Ihnen durch die Verbringung Nachteile?
- Inwiefern sind Ihrer Meinung nach Streuobstbestände schützenswert?
    - Worin liegt Ihrer Meinung nach die Bedeutung von Streuobstwiesen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere?
- Welchen Anreiz würden Sie benötigen, um mehr Streuobstwiesen anzulegen/zu erhalten?
- In der Steiermark sind die Streuobstbestände stark rückläufig, warum ist das Ihrer Meinung nach so? Wie kann das verhindert werden?

Meinung/Zufriedenheit

- Inwiefern trägt die Förderung im ÖPUL Ihrer Meinung nach zur langfristigen Erhaltung der Streuobstbestände bei?
- Was müsste an der Förderung von Streuobstbeständen geändert werden, damit mehr Landwirte daran teilnehmen?
- Wie beurteilen Sie die Höhe der Abgeltungen im ÖPUL, im Speziellen für die Maßnahme „Erhaltung von Streuobstbeständen“?
- Welche Einstellung haben Sie zu Förderungen allgemein?
- Was halten Sie davon, dass Naturschutz in der Landwirtschaft berücksichtigt wird?
- Welche Probleme/Konflikte haben sich durch Ihre Teilnahme an ÖPUL ergeben?
    - Wie lässt sich die Teilnahme an der Maßnahme (Erhalt von Streuobstwiesen) im Speziellen mit Ihrer Bewirtschaftungsweise vereinen?
- Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit den für Vertragsnaturschutz zuständigen Institutionen und Behörden (Bauernkammer, AMA)?
- Wie sind Sie mit ÖPUL allgemein zufrieden?
- Werden Sie bei einer Fortsetzung des ÖPUL wieder teilnehmen?
- Haben Sie Wünsche in Bezug auf ÖPUL/den Erhalt von Streuobstbeständen?